

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis (inkl. Porto) 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Annoncengruppe oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (sechsgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengezeigte und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 8. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die verfllossene Landtagsession.

Eine ungewöhnlich lange Landtagsession liegt hinter uns. Länger als sieben Monate war der Landtag zusammen, nicht um Kulturarbeit zu verrichten oder gar um dem preussischen Volke erweiterte Rechte zu verschaffen, sondern im Gegenteil, um die Kultur rückwärts zu revidieren und die winzigen Rechte des Volkes noch mehr zu verflummern. Deutlicher als je hat es sich in der verflossenen Session gezeigt, wach' tiefe Kluft sich aufgetan hat zwischen dem preussischen Volke und denen, die sich die Vertreter des Volkes nennen, die aber in Wirklichkeit die Vertreter der Besitzenden Klasse und die Todfeinde der Arbeiterklasse sind.

Als die „erlauchten, edlen und geehrten Herren von beiden Häusern des Landtages“ am 5. Dezember zusammenberufen wurden, stand das preussische Volk unter dem Zeichen der Wahlrechtsbewegung. Die Sozialdemokratie hatte sich gerüstet, um zu protestieren gegen das elendeste aller Wahlsysteme, um den Massen ihre Entrechtung klar zu machen und sie zum Kampfe gegen das Dreiklassenwahlsystem auf die Schanze zu rufen. Aber die Männer des Dreiklassenparlamentes kümmerten sich nicht um die Forderungen der Arbeiterklasse; wohl sahen sie ein, daß sie zu Unrecht ihre Mandate ausübten, die sie einzig und allein einem verrotteten Wahlsystem verdankten. Aber sie hatten nicht den Mut, das, was sie im Innern fühlten, offen zu bekennen, sie fühlten sich hinter dem Wall des Dreiklassenwahlsystems zu sicher, als daß sie sich auch nur zu den allergeringsten Konzessionen herbeigelassen hätten. Mit aller Schärfe betonten die Vertreter der Mehrheitsparteien wiederholt bei der Staatsberatung, daß sie entschlossen seien, das Dreiklassenwahlsystem zu verewigen. Und die Regierung, die von jeher Vertreterin der Besitzenden gewesen ist, war ihnen auch diesmal zu willig, sie unterbreitete dem Landtage zwei Gesetzentwürfe, die das Proletariat angeht, die innerpolitischen Lage geradezu als Faustschlag ins Gesicht empfinden mußte, die Entwürfe über die Teilung einzelner Landtagswahlbezirke und über die Aenderung einzelner Vorschriften des Wahlverfahrens, Entwürfe, die nach der Erklärung der Regierung lediglich das Zustandekommen gesetzmäßiger Wahlen auch in großen Wahlbezirken sichern sollten. Das war die Antwort der Regierung und der herrschenden Klassen auf die Forderungen des Proletariats, eine Antwort, die eine der niederträchtigsten Verhöhnungen der Arbeiter bedeutet. Sogar von nationalliberaler Seite wurde diese „Wahlreform“ als „Mißgesetz“ allergeringsten Grades bezeichnet. Aber die Regierung erreichte ihren Zweck, der Landtag nahm ihre Gesetzentwürfe an und trug dadurch bei zur Konservirung des Dreiklassenwahlsystems, eines Systems, das, um mit dem Abg. Broemel zu reden, von allen uninteressierten und sachkundigen Kreisen politischer und wirtschaftlicher Art mehr und mehr als ein Konglomerat von Unsinn und Ungerechtigkeit angesehen wird. Mit aller Entschiedenheit lehnten Regierung und Mehrheitsparteien die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ab, ja sogar gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerung oder unter Berücksichtigung der Bevölkerung erklärten sie sich, obwohl ein solche Neueinteilung bereits 1860 verheißen war.

Und nicht genug damit, daß der Landtag dem Volke seine ihm zustehenden Rechte vorenthielt, versuchte er auch, es mehr und mehr zu knebeln. Was sonst bedeuten die fortwährenden Aufforderungen zum Einschreiten gegen die Sozialdemokratie, die sich wie ein roter Faden durch die Etatsdebatten zogen? Was sonst die Interpellation einiger Herrenhändler, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um der Sozialdemokratie den Gar aus zu machen? Das durchaus gesetzmäßige Vorgehen der Sozialdemokratie sollte die Regierung, wenn es nach dem Wunsche der Scharfmacher gegangen wäre, durch Gewalt beantwortet werden.

Kampf gegen die Sozialdemokratie! Unter diesem Zeichen begann der Landtag seine Tätigkeit, unter diesem Zeichen brandete er sie. Von diesem Gesichtspunkt aus sind alle seine Maßnahmen zu betrachten, von dem Ruf nach einem neuen Ausnahmegefesze und den erfolgreichen Aufforderungen an die Justizverwaltung zum Einschreiten gegen sozialdemokratische Putschführer bis herab zu jener Selbstschändung, die das Abgeordnetenhaus in einer seiner letzten Sitzungen dadurch an sich verübte, daß es entgegen jedem bisherigen Brauche die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung einiger sozialdemokratischer Redakteure erteilte.

Daß derselbe Landtag, der fort und fort in die Reichsgesetzgebung einzugreifen sucht, sich gegen vermeintliche Eingriffe des Reiches in die Verfassung Preußens zur Wehr setzt, ist charakteristisch. Schon seit Jahren betrachtet sich der preussische Landtag als Gegengewicht gegen den deutschen Reichstag. Sein Streben geht dahin, die Reichsgesetzgebung möglichst ganz auszuschalten, er will das Sturmsignal zur allgemeinen Reaktion in Deutschland geben, der größte deutsche Bundesstaat soll die Aitenatate gegen das Volk des Reiches und Freiheiten, die der Reichstag abwehrt, vollbringen, die anderen Bundesstaaten sollen das preussische Beispiel nachahmen. Nur so ist die Aufforderung des preussischen Abgeordnetenhauses an die Regierung zu verstehen, im

Bundesrat dahin zu wirken, daß Eingriffe in die Verfassung der Einzelstaaten, insbesondere Preußens, im Wege der Reichsgesetzgebung vermieden, jedenfalls nicht ohne Einvernehmen mit den Einzelstaaten vorgenommen werden. Dieser Beschluß ist die Antwort des Abgeordnetenhauses auf die Diätenvorlage der Reichsregierung, die den Dreiklassenmännern ein Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie bedeutet.

Die gleiche Reaktion wie auf politischem zeigt sich auf geistigem Gebiete. Das Gesetz über die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, das Schulverfassungsgesetz, das nach endlosem Hin- und Herziehen zwischen beiden Häusern endlich zustande gekommen ist, schraubt die Kultur um hundert Jahre zurück. Die Volksschule ist den Pfaffen ausgeliefert, das Volk soll verdummt werden, damit es nicht zum Bewußtsein seiner Klassenlage erwacht, das viel gerühmte Selbstverwaltungsrecht der Städte wird durch einen Födertrieb hinwegdekretiert. Eigentlich ist keine Partei durch das Gesetz völlig befriedigt, aber hinter der Absicht, durch die Verfassung der Volksschule die Sozialdemokratie zu schädigen, treten alle anderen Bedenken zurück. Die Nationalliberalen, die einst das Volk mobil gemacht hatten gegen den bedächtigen Schulgesetzentwurf, schlossen mit den beiden konserverativen Parteien das schmachlichste Kompromiß, das sich denken läßt, sie gingen Arm in Arm mit den Dunkelmännern und übten schimpflichen Verrat an den heiligsten Gütern der Nation. Ja, so eilig hatten es die nationalliberalen Verräter, ihre Beute einzuheimsen, daß sie sich sogar über die Verfassung hinwegsetzten. Abgesehen von den Polen, die sich von nationalpolnischen Erwägungen leiten ließen, und einigen Zentrumsleuten, denen die konfessionellen Bestimmungen des Gesetzes noch nicht genügen, stimmte nur das kleine Häuflein der Freisinnigen dagegen. Die Proteste der Arbeiterklasse blieben unbeachtet. Wenn irgend etwas, so beweist der Verlauf der Verhandlungen über das Schulgesetz den unaufhaltsamen Niedergang des bürgerlichen Liberalismus in Preußen.

Was der Landtag sonst noch an positiven Leistungen aufzuweisen hat, ist an den Fingern einer Hand herguzählen. Das Einkommensteuergesetz ist in unwesentlichen Punkten abgeändert worden, vor einer durchgreifenden Reform hütete man sich, weil ja sonst die Besitzenden möglicherweise etwas stärker herangezogen werden könnten. Die Reform des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes interessiert das Proletariat nicht allzu sehr, ebenso das Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, das in früheren Jahren wiederholt gescheitert war. Die Novelle zum Vergesetz (Aenderung der Bestimmungen über die Knappschaftsvereine) erfüllte auch nicht die heftigsten Wünsche der Vergarbeiter. Keine Partei hat sich ernstlich der Interessen dieser Proletarier angenommen, die vor den übrigen Proletariern nur das eine voraus haben, daß sie im Dienste des Staates ihre Knochen zu Markte tragen dürfen.

Der preussische Staat als Arbeitgeber tut sich viel auf seine Wohlfahrts-Einrichtungen zu gute, er ist stolz darauf, daß er auch in der verflossenen Session wieder einige Millionen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der staatlichen Arbeiter und gering befoldeten Beamten zur Verfügung gestellt hat. Wenn man aber bedenkt, daß der Staat dadurch ausgesprochenemassen die Arbeiter zu politischen Geloten degradiert, daß er sie zu willfährigen Werkzeu gen des Klassenstaates machen will, so erscheinen solche Wohlfahrts-Einrichtungen als Wohlfahrts-Schwindel, zumal da die Regierung sich auf diese Weise ihrer Aufgabe einer durchgreifenden Wohnungsgesetzgebung zu entziehen sucht.

Erwähnen wir noch die Gesetze betr. den Erwerb des Kalifalzbergwerks der Gewerkschaft Hercynia für den Staat, das Sekundärabgabengesetz, die Aenderung des Kommunalabgabengesetzes und das agrarischen Sonderinteressen dienende Gesetz über die Festsetzung einer Verschuldungsgrenze für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke, so ist die positive Tätigkeit des Landtages im wesentlichen erschöpft.

Die allgemeine Situation am Schluß der Session läßt sich dahin zusammenfassen, daß zwischen Regierung und Landtag mehrheitlich eigentlich überhaupt keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Stets ist die Regierung einer Mehrheit für ihre vorkonserverativen Pläne sicher. Auf die konserverativ-nationalliberale Mehrheit kann sie sich bei ihren Angriffen auf die Rechte des Volkes, auf die konserverativ-kerikale Mehrheit, der sich neuerdings auch die Nationalliberalen zugesellen, bei ihren Angriffen auf die kulturellen Errungenschaften verlassen. Für ihre unsinnige Polenpolitik, für die Millionen und Abermillionen zwecklos vergeudet werden, findet sie im Landtag eine Stütze, ihre polizeilichen Schikanierungen werden vom Landtag gebilligt, wie die Debatte über die Ausweisung russischer Staatsangehöriger zur Genüge gezeigt hat. Der Landtag stellt der Regierung sogar die Mittel zur Verfügung, die es ihr ermöglichen, Spiebel zu zücken. Für alle Heidentaten der politischen Polizei in Preußen trägt der Landtag in erster Linie die Verantwortung.

So bietet denn die verfllossene Session genau das gleiche Bild wie die vorausgegangenen. Nichts für das Volk! Alles gegen das Volk! Das ist der Grundsatz, von dem der preussische Landtag sich leiten läßt. Die Arbeiterklasse aber hat es satt, ihr Geschick länger einer Handvoll Besitzender anzuvertrauen; sie verfolgt die Tätigkeit des Landtages mit regem Interesse, sie wird aus seinen Taten die Schlußfolgerungen ziehen und sich die Waffen schmieden, deren sie bedarf, um energisch und mit Erfolg die Mißwirtschaft in Preußen zu bekämpfen.

In dem Befreiungskampfe des Proletariats in seinem Kampfe gegen die Dreiklassenmach bietet ihm der Landtag selbst das wertvollste Agitationsmaterial.

Die Gärung in Rußland.
 Die Gärung im Geere schwillt weiter.
 Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erhält folgenden Spezial-Drahtbericht aus Petersburg vom 7. Juli: „Die Ansicht der russischen Generalität, daß die Armees kaiserlich sei und bei einbrechender Katastrophe ihren Mann stellen würde, läßt sich schwer mit den Tatsachen vereinigen, die aus allen Ecken des Reiches gemeldet werden. Besonders charakteristisch waren die Vorgänge in Odessa. Dort wurden während des Streiks der Besatzungen der Handelsschiffe weitgehende Konzessionen von der obersten Behörde gemacht. Trotzdem wollten die Mannschaften von keinem Entgegenkommen etwas wissen. In derselben Zeit hielten die Soldaten in Odessa ein Meeting ab, wobei Interpellationen an die Reichs-Duma vorgelesen wurden, in denen unter anderem gefagt wird, die Reichs-Duma solle an alle Teile der Armees ihre Kommissare entsenden, um die elende Lage des Militärs kennen zu lernen. Speziell wandten sich die Interpellanten an die Arbeitsgruppe der Reichs-Duma, die auf volle Unterstützung durch das Militär bei Durchdringung ihrer demokratischen Forderungen rechnen könne. Charakteristisch sind auch die Militärunruhen in Samara im Ujulschen Regiment. Dort weigeren sich zwei betrunkene Soldaten, ihre Offiziere zu grüßen. Sie wurden arretriert, wogegen die übrigen Mannschaften des Regiments protestierten. Die Arretrierten wurden gewaltsam befreit. Sofort wurde eine Versammlung einberufen. Die Soldaten verlangten dazu die Regimentsmusik und sangen revolutionäre Lieder. Zum Schluß wurden noch 20 Schüsse abgefeuert, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Auf der Versammlung wurden sowohl ökonomische wie politische Forderungen ausgearbeitet, die dem Kommandeur übermittelt wurden, der alle ökonomischen Forderungen zu erfüllen versprach. Am nächsten Tage war kein Dienst. Die Soldaten beschloßen, mit Musik und Fahnen durch die Stadt zu ziehen. Sie befreiten mehrere politische Gefangene und forderten auch die Offiziere auf, an ihrem Umzuge teilzunehmen. Die Offiziere willigten schließlich darin, nur um nötigenfalls Unheil zu verhüten. Es gelang ihnen, die weitere Befreiung politischer Gefangenen zu verhindern, indem sie diese als augenblicklich zwecklos bezeichneten. In den letzten Tagen war ferner in Ostkormer Infanterie-Regiment eine so starke Gärung bemerkbar, daß allen Zivilisten nicht nur der Eintritt in die Kasernen, sondern auch das Vorübergehen an diesen Gebäuden verboten wurde. Die Offiziere des Regiments wurden entlassen. Unter den Soldaten ist die Verteilung radikaler Blätter an der Tagesordnung, ebenso werden aufreizende Broschüren und Proklamationen heimlich in die Kasernen geschmuggelt. Jählt man zu diesem alles noch die Gärungen unter den Soldaten in Kurland, Poltawa, Kronstadt, Nischni, Tomsk, Batum, Maldoostol und endlich sogar im Lager von Krasnoje Selo, so nimmt sich die Behauptung der russischen hohen Offiziere über die unerschütterliche Kaisertruppe der Truppen etwas sonderbar an. — Gegen den Dumaabgeordneten Madjin, den Führer der Arbeitspartei, hat die Petersburger Gouvernementsgendarmerieverwaltung eine geheime Untersuchung eingeleitet wegen Beteiligung an der Agitation unter dem ersten Bataillon des Preobraschenski-Regiments.“

Die Revolution in Rußland.

Solidarität.
 Die Eröffnung der Gerichtsverhandlungen über die Tätigkeit des bekannten Arbeiterdelegiertenrates veranlaßte eine große Anzahl Fabrikarbeiter und die fortschrittliche Presse, sich mit dem Arbeiterdelegiertenrat solidarisch zu erklären. 2500 Arbeiter verschiedener Fabriken des Rayon Wosilij Ostrow und Wyborg beschloßen, sich an den Staatsanwalt zu wenden mit der Bitte, sie auch als Angeklagte zu betrachten, da der Arbeiterrat in ihrem Auftrag gehandelt habe. Der „Verband der Buchhalter und Kontoristen“, der ebenfalls in dem Arbeiterrat vertreten war, hat eine Resolution angenommen, in der er sich mit dem Arbeiterrat solidarisch erklärt.

Petersburg, 7. Juli. (B. Z. W.) Gestern wurde hier im Wyborger Stadtteil eine Versammlung abgehalten, die von 6000 Personen besucht war. In dieser wurde als Ausdruck des Protestes gegen den dem Arbeiterdelegiertenrat gemachten Prozes die Resolution angenommen: so schnell wie möglich einen neuen Arbeiterdelegiertenrat zu wählen.

Entweder — oder.
 Petersburg, 7. Juli. (B. Z. W.) Der Bischof von Wilna richtete an die Geistlichen seiner Diözese, welche Duma-Abgeordnete sind, die Aufforderung, entweder dem Priesterstande zu entsagen, oder aber auf ihr Mandat zu verzichten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juli.
Landtagschluß.

Am Sonnabend hielten beide Häuser des Landtages vor der gemeinsamen Schlußsitzung noch geschäftliche Sitzungen ab. Das Herrenhaus trat um 12 Uhr zusammen. Es nahm den Gesetzentwurf betreffend Festsetzung einer Verschuldungsgrenze für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke in der Fassung des Abgeordnetenhauses an und überreichte eine Petition der Charlottenburger Haus- und Grundbesitzer um Vermehrung und Gehaltsaufbesserung der Charlottenburger Polizeimannschaften der Regierung als Material.

Hierauf beschäftigte sich das Haus nochmals mit dem Schulunterhaltungsgeheimvertrag. Das Resultat der Debatte war die Annahme des Entwurfs gemäß den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses unter Ablehnung einiger Abänderungsanträge. Es ist also nunmehr eine Uebereinstimmung zwischen beiden Häusern erzielt. Die Annahme erfolgte mit großer Mehrheit. Zur Minderheit gehörten neben den Oberbürgermeistern Kirchener, Berlin und Schustehrus, Charlottenburg auch einige Konervative, die nichts davon wissen wollen, daß auch die Gutsbesitzer Lasten zu tragen haben sollen.

Das Abgeordnetenhause begann seine Sitzung um 3 Uhr; es erledigte nur Petitionen. Den noch auf der Tagesordnung stehenden Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Jderhoff (H.) brauchte es nicht erst entgegenzunehmen, da Herr Jderhoff, um der Ungültigkeitserklärung zuzubringen, sein Mandat im letzten Augenblick niedergelegt hatte.

Um 4 Uhr wurde der Landtag in gemeinsamer Sitzung beider Häuser geschlossen.

Altena-Iserlohn.

Die freisinnige Parteileitung des Wahlkreises Altena-Iserlohn hat mit Billigung der Berliner Parteileitung für die am 10. d. M. stattfindende Stichwahl die Parole: „Für den Zentrumskandidaten“ ausgegeben. Von vornherein haben wir nichts anderes erwartet. Selbst wenn die Freisinnigen nicht vom Zentrum vor die Alternative gestellt worden wären, entweder in Iserlohn für den ultramontanen Kandidaten einzutreten oder auf die Unterstützung des Zentrums in Hagen zu verzichten, würde die freisinnige Parteileitung schwerlich eine andere Stellung eingenommen haben, denn die säugigen politischen Kräfte, die einst in den besseren Jugendtagen der „Fortschrittspartei“ sich dieser angeschlossen hatten, sind längst gestorben oder aus dem politischen Parteienkampf, das an deren Stelle getreten ist, ausgeschieden; und was unter Eugen Richters Regime an neuen Kräften entstanden ist, das sind „Kapuziner“ von der Qualität der Herren Müller-Sagan—Mugdan: politische Einlagestögen, für die nur der Tageserfolg ohne Rücksicht auf Mittel, Zweck und Ziel gilt.

Wir haben deshalb für selbstverständlich gehalten, daß trotz der einseitigen Kampfkampfe des großen Dichters Albert Träger und anderer kulturkämpferischer freisinniger Warden die freisinnige Volkspartei ihre Kräfte für Klode an die Wahlurne entbieten würde; und wir entrüsteten uns deshalb auch über ihre Stichwahlparole nicht im mindesten, denn man soll von Parteien wie von Individuen nichts fordern, was über ihre psychischen Kräfte hinausgeht. Würde deshalb die freisinnige Presse einfach erklären: „Wir treten für den Zentrumskandidaten ein, weil wir ihn für das kleinere Uebel halten und die Unterstützung der Zentrumswähler in Hagen nicht verlieren möchten“, dann würden wir diese Stellungnahme in Anbetracht der Entwidlung, die der einstige Fortschritt genommen hat, für durchaus natürlich halten. Die Freisinnigen, und zwar die Richtung Müller-Mugdan-Kopsch, wie die Richtung Kadnische-Roffe, begnügen sich jedoch nicht mit dieser Begründung. Um sich vor dem kleinen Teil ihrer Anhänger zu rechtfertigen, der noch an den alten kulturkämpferischen Reigungen hängt, greifen sie allerlei gegen die Sozialdemokratie gerichtete niederträchtige Verdächtigungen der konservativen Blätter und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie auf, darunter auch die, die sozialdemokratische Parteileitung hätte im Wahlkreise Altena-Iserlohn 1500 sozialdemokratische Wähler zur Stimmabgabe für den Zentrumskandidaten Klode abkommandiert, um dadurch zu erreichen, daß dieser und nicht der freisinnige mit dem sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl käme. So schreibt z. B. das Moskische Tagesblatt:

„Wir nehmen keinen Anstand, es unbedünkt auszusprechen, daß und keine politische Partei in ihrer agitatorischen und politischen Betätigung so unsympathisch ist wie die der „Genossen“. Nichtsdestoweniger könnte man im Zweifel sein, ob man es nicht lieber hätte, wenn die Liberalen in Altena-Iserlohn ihre Stimmen dem Roten gäben statt dem Schwarzen. Diese Zweifel werden jedoch beseitigt durch verschiedene Erwägungen. Zunächst vergegenwärtige man sich, welche Rolle die Sozialdemokratie bei der Hauptwahl in Altena-Iserlohn nach der bisher unwiderprochen gebliebenen Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ gespielt hat. Danach hat die Sozialdemokratie, wie wir mitgeteilt haben, 1500 Mann zur Stimmabgabe für den Zentrumskandidaten abkommandiert, um so zu erreichen, daß statt des freisinnigen der Zentrumskandidat in die Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten käme. Dies ist denn auch geschehen. Das war eine von der sozialdemokratischen Parteitaktik diktierte Verführung. Die Liberalen in Altena-Iserlohn haben keine Veranlassung, dieser Verführung, die sich gegen sie selbst richtete, zum Erfolge zu verhelfen. Sie hätten es auch dann nicht, wenn nicht noch andere, allgemeine wie parteipolitische, Rücksichten gegen eine Unterstützung der Sozialdemokraten in Altena-Iserlohn sprächen.“

Wir meinen, in einer Lage, wie es die durch die Stichwahlen in Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm geschaffene ist, in einer Lage, wo einmal durch eine Unanständigkeit des sozialdemokratischen Parteikommandos und zum anderen durch das Stimmverhältnis ein liberales Mandat verloren und ein anderes gefährdet ist, in einer solchen Lage hat der Liberalismus die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich seiner Haut gegen seine Widersacher zu wehren.“

Eine gemeine Verdächtigung, und zwar wider besseres Wissen; denn wie weit wir auch davon entfernt sind, die Weisheitsallegorie des Moskischen Redaktionsstabes zu überschätzen, für so gering vermögen wir sie doch nicht zu halten, daß wir anzunehmen vermöchten, sie glaubten allen Ernstes an diese konfessionell-antisemitische Mär. Ober sollten wir vielleicht in dieser Hinsicht doch die Herren überschätzen haben?

Anerkannt muß übrigens werden, daß es immerhin einige wenige wirklich liberale Blätter gibt, die gegen die freisinnige Stichwahlparole protestieren. So erklärt z. B. die „Nation“:

„Wären unsere speziellen Parteifreunde bei dieser Stichwahl im Spiel, so würden wir keinen Augenblick säumen, ihnen mit allem Nachdruck zu empfehlen, den Zentrumsmann durchfallen zu lassen. Bei unseren elenden Parteiverhältnissen tritt die Frage, ob durch irgendeine Schwärze ein einzelnes Mandat gerettet werden kann, völlig zurück hinter der politischen Erwägung, daß alles geschehen muß, um die Wähler an eine resolute Verteidigung ihrer politischen Ueberzeugungen zu gewöhnen.“

Und die „Frankf. Ztg.“ schreibt: „Wir können diesen Stichwahlbeschlüsse nur bedauern. Die Klugelei betrefft der künftigen Wahl ist so geschränkt, daß man deutlich erkennt, daß sie nur als Hilfsargument für den Hauptgrund: die Hoffnung auf die Zentrumswahlhülse in Hagen, mit herangezogen ist. Wir sind aber der Meinung, man soll die Wahltaktik nicht über grundsätzliche Fragen entscheiden lassen. Und von grundsätzlicher Bedeutung ist es doch, ob ein Anhänger einer freisinnlichen Richtung oder ein Reaktionsär gewöhnt wird; die reaktionäre Natur des Zentrums oder kann heute nicht mehr bestritten werden. Es ist übrigens noch sehr die Frage, ob auch rein wahltaktisch die Parole klug war. Denn zweifellos wird sie eine erhebliche Anzahl von Wählern abstoßen, und die Aussichten für die nächste Reichstagswahl schwerlich bessern. Auf die Dauer kommt eine rückhaltlose Betonung des freisinnlichen Standpunktes

auch bei den Stichwahlen jedenfalls dem entscheidenden Liberalismus mehr zugute als derartige wahltaktische Rücksichten mit Augenblinderfolgen.“

Deutsches Reich.

Sozialdemokratische Doppelmoral.

Die „Post“ entwirft sich unter den üblichen Kloostenergießen über die Doppelmoral der Sozialdemokratie. Der „Vorwärts“ schimpfte darüber, daß das Abgeordnetenhause gegen zwei „überrechte“ Genossen wegen „schamloser Schmutzartikel“ Strafantrag gestellt habe, während er kürzlich selbst berichtet habe, daß mehrere Wähler Genossen gerichtliche Klagen gegen bürgerliche Preßverleumder angestrengt hätten.

Die Intelligenz der „Post“ läßt es natürlich nicht zu, den in die Augen springenden Unterschied zwischen dem Vorgehen des Abgeordnetenhauses und dem der Wähler Genossen zu erkennen. Bekanntlich verzichtet die Sozialdemokratie grundsätzlich darauf, wegen formaler Verleumdungen zum Klode zu laufen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß Personen die Korporationen der Partei sogar Begnern vom Schlage der „Post“ die ausgiebigste Schimpffreiheit zu konzessieren haben. Etwas anderes ist es natürlich, wenn es sich um persönliche Ehrabschneidereien handelt, deren Weiterfortpflanzung die Partei zu schädigen geeignet ist. In solchen Fällen hält es auch die Sozialdemokratie für erlaubt, ab und zu einmal durch gerichtliche Feststellung gegnerischer Thesen und Niederträchtigkeiten ein Exempel zu statuieren. Das Abgeordnetenhause will aber Strafantrag stellen wegen der politischen Kritik, die von verschiedenen Parteiblättern an seinen Handlungen geübt worden ist!

Wollte die Sozialdemokratie freilich wegen der täglich gegen sie von der „Post“ verübten verbalen Beschimpfungen und sonstigen Hundsfottereien den Gerichtsweg beschreiten, so würde der verantwortliche Redakteur der „Post“ alle sechs Tage der Woche auf der Anklagebank zuzubringen haben!

Karl Schurz und Karl Marx.

Ein Teil der bürgerlichen Presse geht mit einem Urteil krebhen, das der jüngst verstorbene amerikanische Politiker Karl Schurz in seinen jetzt auch in deutscher Ausgabe erschienenen „Lebenserinnerungen“ (Berlin, Georg Reimer) über Karl Marx fällt. Es heißt dort:

„Er (Marx) war damals 30 Jahre alt und bereits das anerkannte Haupt einer sozialistischen Schule. Der untergesetzte kräftig gebaute Mann mit der breiten Stirn, dem pechschwarzen Haupthaar und Vollbart und den dunkeln blühenden Augen zog sofort die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Er besaß den Ruf eines in seinem Fache sehr bedeutenden Gelehrten, und da ich von seinen sozialökonomischen Entdeckungen und Theorien äußerst wenig wußte, so war ich umso begieriger, von den Lippen des berühmten Mannes Worte der Weisheit zu sammeln. Diese Erwartung wurde in einer eigentümlichen Weise enttäuscht. Was Marx sagte, war in der Tat gehalten, logisch und klar. Aber niemals habe ich einen Menschen gesehen von so verlegender, unerträglicher Arroganz des Aufstretens. Keiner Meinung, die von der seinigen wesentlich abwich, gewährte er die Ehre einer einigermaßen respektvollen Erwägung. Jeden, der ihm widersprach, behandelte er mit laun verhärteter Verachtung. Jedes ihm mißliebige Argument beantwortete er entweder mit heischem Spott über die Bemitleidenswerte Unwissenheit, oder mit ehrenrühriger Verdächtigung der Motive dessen, der es vorgebracht. Ich erinnere mich noch wohl des schneidenden höhnischen, ich möchte sagen des ausspühdenden Tones, mit welchem er das Wort „Vourgeois“ aus sprach; und als „Vourgeois“, das heißt als ein unverlembares Beispiel einer tiefen geistigen und sittlichen Verumpfung, denunzierte er jeden, der seinen Meinungen zu widersprechen wagte.“

Die „Tägliche Rundschau“ knüpft daran die weise Bemerkung: „Gewiß ein vorzügliches Porträt des Unfehlbaren der Sozialdemokratie.“

Das Urteil des Herrn Karl Schurz gründet sich also nicht auf irgend welche nähere persönliche Bekanntschaft mit Marx, sondern auf den Eindruck, den Schurz im Jahre 1848 von dem Auftreten unseres Altmeisters auf einem Kongreß demokratischer Vereine in Köln empfing, zu dem auch Schurz delegiert worden war. Daß dort dem erst neunzehnjährigen, mit den unreifsten politischen Ideen vollgestopften Schurz die factische Art und Weise, mit der Marx die unklaren Anschauungen der demokratischen Spießbürger kritisierte, nicht gefallen hat, ist recht erklärlich. Das Entsetzen des späteren amerikanischen Politikers über den schneidenden höhnischen Ton, mit dem Marx das Wort „Vourgeois“ aus sprach, beweist jedoch viel weniger die Arroganz des „Unfehlbaren der Sozialdemokratie“ als die damalige Reivität des Herrn Schurz.

Die Verfassungsreform vor dem Abschluß.

Stuttgart, 6. Juli. (Fig. Ver.)

Das Reformwerk, um das in Württemberg zwei Menschenalter lang gerungen wurde und von dessen Gelingen man sich eine Verbindung im staatlichen Leben des Schwabenlandes verspricht, kann so gut als gesichert bezeichnet werden. Es mühte ganz eigenartig zugehen, wenn das Schicksal jetzt noch auf Klippen aufzubrechen und zerfallen sollte.

Heute beriet die Zweite Kammer über die Differenzpunkte, die zwischen den beiden Kammern noch bestanden und über die in Nr. 149 des „Vorwärts“ berichtet wurde. In einer Reihe wichtiger Punkte hatte die Kammer der Standesherren nachgegeben. Sie hatte vor allem zugestanden, daß die Zweite Kammer in ihrer heutigen Stärke von 92 Mitgliedern bestehen bleiben und daß die als Ersatz für die ausscheidenden Privilegierten neu eintretenden Abgeordneten auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes und im Proportionalwahlverfahren gewählt werden sollten. Sie hatte des weiteren auf das königliche Ernennungsrecht weiterer erblicher Mitglieder der Ersten Kammer aus den Kreisen des Feudaladels verzichtet und bestand nur noch darauf, daß nur fünf und nicht acht Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks in die Erste Kammer eintreten sollten, sowie daß in bezug auf das Budgetrecht der Ersten Kammer gewisse Zugeständnisse gemacht werden sollten. So verlangte sie die Streichung des von der Zweiten Kammer beanspruchten Rechtes, gewisse Steuern auf eine Finanzperiode außer Kraft setzen zu können, sowie die Entziehung des der Ersten Kammer bei der Einkommensteuer zustehenden Mitwirkungsrechtes in die Verfassungsurkunde. In den ersten beiden Differenzpunkten wurde der Ersten Kammer heute entgegengekommen, im dritten Punkt, Einkommensteuer, wurde ihr Verlangen abgelehnt.

Gesprochen wurde heute nicht mehr viel. Das Zentrum suchte seine politische Niederlage dadurch zu verschleiern, daß es Zusammenstöße mit dem Ministerium und den Parteien provozierte, ohne jedoch damit Erfolge erzielen zu können. Die Annahme des gesamten Gesetzes erfolgte in der Schlussabstimmung mit 65 gegen 23 Stimmen. Die Verlesung dieses Resultats wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Nun haben noch die Standesherren der heutigen Beschlußfassung zuzustimmen, was in den nächsten Tagen erfolgen dürfte.

Aus dem württembergischen Parlament.

Die Kammer der Abgeordneten hat heute das Landtagswahlgesetz, wie telegraphisch aus Stuttgart gemeldet wird, unter Zustimmung zu den Beschlüssen der Ersten Kammer mit 45 gegen 1 Stimme angenommen. In der dann folgenden Beratung der Gemeindeordnung hat das Haus mit 49 gegen 21 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Bestimmung, daß die Abschaffung der Lebenslänglichkeit für die nach dem 1. Januar 05 gewählten Ortsvorsteher als rückwirkend gelten soll, aufrechterhalten, im übrigen aber den Beschlüssen der Ersten Kammer zugestimmt und hierauf die Gemeindeordnung einstimmig angenommen.

Der Abgeordnete Erzberger erklärt in der „Germania“ gegenüber einem Angriff des erst kürzlich aus der Kolonialverwaltung ausgeschiedenen Dr. Helfferich, daß der Fall der Unterschleife von Uniformen in Südwestafrika keineswegs längst erledigt sei, da ja der Reichsanwalt selbst eine neue Untersuchung angeordnet habe und zudem jetzt in den Leipziger „Neuesten Nachrichten“ eine ganz neue Lesart über diese Unterschleife verbreitet werde.

Im übrigen bemerke er, daß ihm in der Presse eine ganze Anzahl von Artikeln zugesprochen werden, mit denen er nicht das mindeste zu tun habe. Herr Erzberger hätte gut getan, zu erklären, für welche Artikel er nun eigentlich die Verantwortung zu übernehmen gewillt ist.

Abermals die Liebesgaben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt ein langes Dementi gegenüber den Anschuldigungen, die von der „Freisinnigen Zeitung“ im Anschluß an die Kritik des Abgeordneten Erzberger in Sachen des Liebesgabenfonds erhoben worden sind. So erklärt sie u. a., daß die Spender des Tappelskirch- und Boermann-Fonds es dem Belieben des Oberkommandos überlassen hätten, die Liebesgaben ganz nach freiem Ermessen zu verwenden. Auch sei über jede Spende amtlich quittiert worden. Ferner seien die Angaben der „Freisinnigen Zeitung“ über die sonderbare Buchführung über den südwestafrikanischen Fonds unrichtig. Alle Eintragungen seien unter voller Angabe der Zuwendungen und des Namens des Empfängers in der für Kassembücher üblichen Form erfolgt. Auch seien die Bücher stets durch Intendantenbeamte geprüft worden, keineswegs ausschließlich durch Offiziere. Die Statuten für den Südwestafrikafonds seien dem selbsterzogenen Kriegsministerium für den Chinafonds gegebenen angepaßt worden.

Die „Freisinnige Zeitung“ bemerkt demgegenüber, daß die Erklärungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ insofern eine Lüge hätten, als nur von Geldspenden, nicht aber von Liebesgaben in Gestalt von Naturalien die Rede sei. Im übrigen halte sie die Ansicht aufrecht, daß die Remuneration von bürgerlichen Beamten und Militärs, die am südwestafrikanischen Aufstand niemals aktiv beteiligt gewesen seien, unmöglich in der Absicht der Spender gelegen haben könne. Und wenn auch die Quittungen der Spenden völlig korrekt erfolgt seien — worauf sie noch zurückkommen werde — so sei doch eine öffentliche Rechenschaftsablegung niemals erfolgt. Ferner räume die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein, daß auch die Statuten niemals veröffentlicht worden seien. Im ganzen sei also das offiziöse Dementi, das nur Rebenfächer richtigstelle, keineswegs geeignet, die Bedenken über die Verwendung des Fonds zu zerstreuen. Ramentisch sei auch dafür eine Begründung nötig, weshalb noch nicht einmal die Hälfte des Fonds zur Verteilung gelangt sei.

Eifer am unrechten Ort.

Die Justizbeamten, die mit der Ermittlung der Beamten der Kolonialabteilung betraut sind, durch die vermeintlich die Nachfragen über die Korruption der Kolonialverwaltung an die Öffentlichkeit gelangt sind, entwickeln einen außerordentlichen Eifer. So teilt die „Freisinnige Zeitung“ mit, daß ihr verantwortlicher Redakteur als Zeuge vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden sei. Der Redakteur habe sich selbstverständlich geweigert, den Namen seines Gewährsmannes zu nennen, sich aber bereit erklärt, zu bezeugen, daß er kein Material nicht von einem Beamten des Auswärtigen Amtes erhalten habe.

Auch bei einem in Oberschlesien wohnenden Privatmann, der mit den Missionen in Verbindung steht, ist auf Grund eines bei einer Hausdurchsuchung gefundenen Briefes eine Hausdurchsuchung abgehalten worden.

Es bleibt abzuwarten, ob es die Justizbehörde auch so eilig hat, zu erfahren, welches Beweismaterial die an den Enthüllungen beteiligten Zentrumblätter zuzubringen in der Lage sind!

Die Voruntersuchung gegen den in Altona verhafteten Anarchisten August Rosenbergs nimmt, wie eine fliegende Korrespondenz zu berichten weiß, ihren Fortgang. Gestern ist Rosenbergs in das Untersuchungsgefängnis in Altona gebracht worden. Die Untersuchung wird sehr streng von dem Polizeichef Geheimrat Rosenhagen geführt. Bei der Kriminalpolizei soll der Verhaftete als einer der gefährlichsten „Anarchisten der Tat“ seit langer Zeit bekannt sein. Die Gestern und heute stattgefundenen Vernehmungen haben, wie es heißt, die schwersten Verdachtsgründe, daß Rosenbergs ein Attentat auf Wilhelm II. geplant habe, nicht beseitigen können. Rosenbergs Reiseverhalt wurde nach Bomben und Sprengstoffen genau untersucht, doch hat man dabei Bombeninstrumente nicht gefunden. Auf Anregung des deutschen Konsuls in Seattle (Amerika) stellte die dortige Polizei eine Hausdurchsuchung in der Wohnung Rosenbergs an und fand eine komplette Einrichtung zur Herstellung von Bomben und Höllenmaschinen sowie Vorrat von 200 Flaschen Säuren und Sprengstoffen.

Zwischen der Altonaer politischen Polizei und den amerikanischen Polizeibehörden findet ein lebhafter Depeschwechsel statt.

Die Mitteilungen lauten recht schaurig!

Die Folgen der Meerfahrt. Die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ leistet sich in ihrer letzten Nummer folgende Anempfehlung der Genossen Lili Braun wegen ihrer Teilnahme an der Meerfahrt deutscher Journalisten:

„Die Sozialdemokratie hat bei der Fahrt nicht vertreten sein wollen, nichtsdestoweniger war Lili Braun so feinfühlig, sie doch zu vertreten, und ein Mandat auszugeben, das ihr nur von ihr selbst erteilt worden ist. Wir glauben nicht, daß es vorteilhaft von der „Genossin“ ist, wenn sie so viel Aufhebens von ihrer Meerfahrt macht, denn es läßt sich doch einmal nicht leugnen, daß in ihr der Egoismus, die Vergnügungssucht, stärker entwickelt war als das Parteiprinzip, und zwar so stark, daß sie in einer Gesellschaft bürgerlicher Journalisten, denen sie noch dazu durchweg durchaus unwillkommen war, diese Fahrt in Begleitung ihres sechsjährigen Sohnes, der wie ein echter Flottenvereiner eine Matrosenmütze mit der Aufschrift: „S. M. Ziti“ trug, mitmachte. Unbestimmt darum, daß sie doch die Grundlagen des gesellschaftlichen Bodens, auf denen die anderen Teilnehmer standen, völlig verwirrt, drängte sie sich in diese Gesellschaft, der sie direkt zur Last war, um die Vorteile der Fahrt mit zu genießen. (Im Original geipert.)

Wir nehmen keinen Anstand, die Unerschämtheit der reichsverbandlerischen „Korrespondenz“ zu verurteilen. Die Behauptung, daß Genossin Braun sich den bürgerlichen Journalisten aufgedrängt hat, ist selbstverständlich erfunden. Aber daß derartige Anschuldigungen folgen würden, haben wir vorausgesehen und schon deshalb — abgesehen von anderen Gründen — von vornherein abgesehen, und an der Fahrt zu beteiligen.

Berichtigung. In dem Leitartikel der gestrigen Nummer (Wertzuwachsteuer) sind in der zweiten Spalte, oben, bei der Korrektur einige Zeilen verschoben worden. Es muß dort heißen:

„Ungeheuren kommen für bebauten Grundstücke diese Sätze nur dann zur Erhebung, wenn seit dem früheren bis zum jetzigen Eigentumswechsel höchstens 5 Jahre verfloßen sind. Beträgt dagegen der Zeitraum mehr als 5 Jahre, aber höchstens 10 Jahre, so werden nur zwei Drittel, beträgt der Zeitraum mehr als 10 Jahre, so wird nur ein Drittel der vorgenannten Sätze erhoben.“

Ausland.

Schweiz.

Abschaffung der Nachtarbeit der Wälder. Der Große Rat des Kantons Tessin hat mit 35 gegen 15 Stimmen die Abschaffung der Nachtarbeit in den Wäldern, d. h. in der Zeit von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens, beschlossen. Der erste derartige Fortschritt in der Schweiz.

Frankreich.

Ausgesperrt — wegen Budgetverweigerung.

Paris, 5. Juli. (Fig. Ver.) Gestern wählte die Deputiertenkammer die Budgetkommission. Das Verfahren hierbei ist folgendes: Es werden durch das Los 11 Gruppen konstituiert, deren jede 3 Mitglieder in die Kommission wählt. Gestern benutzte die radikale Majorität ihre Übermacht, um die Opposition überhaupt auszuschließen! Von den Rechtsparteien wurde nur ein einziger Progressivist gewählt, die Sozialisten aber wurden ganz ausgeschlossen. Als Vorstand nahm man hierzu die Verweigerung des Budgets durch unsere Genossen. Früher hat man dieses Argument nie verwendet. So war Genosse Sembat, der als Angehöriger der alten revolutionären Partei immer gegen das Budget stimmte, seit langem Mitglied der Budgetkommission, und ihm war sogar die Verichterstattung über das Post- und Telegraphenwesen übertragen. Diesmal unterlag er, weil der „unabhängige Sozialist“ Fort gegen ihn stimmte. Die „Unabhängigen“ haben für diesen Streich den verdienten Lohn empfangen. Die Majorität ließ auch ihre Kandidaten, Lebada und Colliard, durchfallen.

In ihren politischen Folgen betrachtet, ist diese Taktik der Bourgeoisradikalen nur zu begrüßen. Sie haben sich zu Herren über den Staatshandhabt gemacht. Aber sie tragen nun auch vor dem Lande die ganze Verantwortung für die Finanzpolitik der nächsten Jahre. Sie haben es in der Hand, ob die ungeheure Steigerung der Militäraufgaben durchgeföhrt werden, ob das Steuersystem auch weiter auf der Ausplünderung der besitzlosen Klassen aufgebaut bleiben soll. Mit der Finanzpolitik steht die Sozialpolitik im engsten Zusammenhang. Das Schicksal der Altersversorgung hängt davon ab, ob die Majorität das Militärbudget verringern und die progressive Einkommensteuer schaffen wird.

Zum Vorliegen der Budgetkommission wurde Verteilung im dritten Wahlgange gegen Pelletan gewählt. Da Pelletan die jetzige Regierung ziemlich unverhohlen bekämpft, wäre seine Wahl eine Demonstration für den Combiismus gegen Clemenceau gewesen. Verteilung ist zwar auch ein Anhänger der progressiven Einkommensteuer, aber er hat während seiner Ministerschaft dem Verkommen manches Ueberzeugungsoffer gebracht.

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch eine Resolution beschloffen, worin sie angefaßt der Greuel des in den letzten Tagen liegenden Parismus und der Mißhandlung der Regierungen und der Kapitalisten, von denen der Parismus die Mittel für seinen verbrecherischen Widerstand empfangt, ihre volle Gemeinschaft mit den russischen Revolutionären ausdrückt.

Italien.

Die Marineenquete vor der italienischen Kammer.

Rom, 5. Juli. (Fig. Ver.) Ein klägliches Ende konnte die Marineenquete kaum nehmen, als sie es in der gestrigen Kammer Sitzung gefunden hat. Nach all dem Staub, den sie aufgewirbelt hatte, nach all den Schwere, mit Dokumenten belegten Anklagen gegen die Marineverwaltung, nach dem ganzen schmählichen Zusammenbruch von Personen und Systemen hat die Kammer — Violittis Kammer — nichts anderes zu tun verstanden, als in feierlichem Votum der Marine ihre — Vertrauen auszusprechen!! Das hätte man billiger haben können.

Die Enquete hat Schäden aufgedeckt, die nicht Reinigungs-sache sind, sondern greifbare Tathatsachen. Der Marineminister hat eine endlose Rede gehalten, um darzutun, daß die Panzerplatten trefflich, die Geschütze musterhaft — kurz, in der besten der Marinen alles zum besten sei! Wohl hat man in einigen Gesechessentwürfen auf die Forderungen der Kommission Rücksicht genommen, aber der Ministerpräsident hat ausdrücklich die Hauptforderung, die Gründung staatlicher Stahlwerke, für eine — Utopie erklärt, so daß am Ende als Ergebnis der ganzen Enquete nur das eine übrig bleiben wird, daß die italienische Marine Geld braucht: einige 50 Millionen, und daß diese Millionen in den Schlund der alten Mißwirtschaft geworfen werden.

Nicht einmal eine formale Genehmigung hat man der Enquete-Kommission zuteil werden lassen. Man hat die Tagesordnung gerade jenes Abgeordneten Kelotta angenommen, der die schärfsten Angriffe gegen die Kommission gerichtet hatte, und man hat dieser Kommission kein Wort der Anerkennung ausgesprochen, sondern einzig sich damit begnügt, nach Kenntnisnahme der Erklärungen der Regierung der Marine das Vertrauen der Kammer zu bestätigen und zur Tagesordnung überzugehen. So hätte alles in schönster Harmonie, mit einer patriotischen Surrendemonstration enden können, wenn die Regierungspartei nur noch ein s verstanden hätte: die Kunst des Wahhaltens. Sie hat aber über das Ziel hinausgeschossen, die spärlichen Gegner ganz über den Haufen werfen wollen. Und so hat sich denn das Präsidium über die Geschäftsordnung hinweggesetzt und — ohne die Unterzeichner der verschiedenen Tagesordnungen zu fragen, ob sie diese aufrechterhalten wollen — einfach die von der Regierung angenommene Tagesordnung Kelotta zur Abstimmung gebracht! Es ist dies ein offener Gewaltstreik, der noch dazu unmäßig war, da auf den Bänken der Sozialisten und der Republikaner nicht einmal die 15 Abgeordneten zu sehen waren, die zur Forderung einer namentlichen Abstimmung nötig sind! Vegetarischerweise war die Reaktion auf den Gewaltstreik hin um so bestiger, je machtloser sich die vergewaltigte Äußerste Seite fühlte. Der Republikaner Chiesa stürzte auf den Präsidenten ein, den zu verlassen der achtzigjährige Biancheri sich soeben anschickte, um dadurch gegen den fürchterlichen Dämon zu protestieren, der sich erhoben hatte. Mit geballten Fäusten drängte der republikanische Abgeordnete vor, so daß einige der Rückstehenden den Eindruck empfingen, er könnte sich zu Tätlichkeiten gegen den Präsidenten hinreissen lassen. Sofort warfen sich ein paar Abgeordnete dem Jorantbrannten entgegen. Von kräftigen Worten kam es zu kräftigen — Geberden, zu einer regelrechten Schlägerei. Der Lärm und die Erregung war so groß, wie man es hier im Parlaamente seit Jahren nicht mehr erlebt hat.

Wie es scheint, sind gerade die heißen Sommermonate diesen Szenen günstig, die nicht eben dazu angetan sind, die Würde des Hauses zu heben. Alle derartigen Prügeleien, auf die die italienische Kammer zurückblickt, haben sich bis jetzt im Juni oder im Juli abgespielt.

Die ganze Angelegenheit ging ab mit ein paar geknickten Krügen, zerlegten Arawatten und vielen — Händbedrückten der Gegner, die sich nach dem ersten Groß sehr schnell versöhnten. — So wurde die Marineenquete zu Grabe getragen.

Wohl hat sich das Land und das Parlaament die Enthaltungen dieser Enquete anfangs recht nahe gehen lassen. Es ist viel über ihre standalösen Ergebnisse geschrieben und geredet worden, und es schien, als ob die tapfere Kampagne des „Avanti“ mäßliche Früchte tragen müsse. Schließlich hat sich aber zu der kleinen Schar der Interessenten die der „Unita“ hinzugesetzt, für die der Begriff der ehelichen Verwaltung von Staatsgeldern überhaupt ins Reich der Utopie gehört, und die große Masse der Indifferenten hat ihnen natürlich Zugang geliefert. Die Regierung, die es um alles in der Welt nicht mit den Interessent-Cliquen verderben will, welche sich um die Stahlwerke Terui kristallisiert, hat sich an die Spitze der wackeren Schar gestellt und ihr die Fahnen des „Patriotismus“ und der „nationalen Interessen“ vorangetragen. So ist es zu dem stupiden Votum gekommen, das sich die italienische Kammer jemals geleistet hat: „Die Marine ist voll von Verbrechern, voll von Unrechtlern und Spelantentum — hoch die Marine!“ Und die Prügelei bildete einen würdigen Hintergrund für die Tragikomödie.

Anarchistenfeste. Rom, 5. Juli. Wieder haben sich italienische Richter durch ein Schandurteil gegen einen Anarchisten hervorgetan. Am 28. Juni d. J. ließ sich der Anarchist M. Pantaleo, empört über die Verurteilung eines Gefinnungsgenossen, dazu hinreissen, gegen die Geschworenen des Gerichtes von Bari einen Stahl zu schleudern. Das Urteil für diese Tat lautete auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis, 700 Lire Geldstrafe und 3 Jahre Polizeiaufsicht! Dabei war keinem der Herren Geschworenen ein Leidsgeföhlen.

England.

Koloniale Vorbeeren.

London, 5. Juli. (Eigener Bericht.) Wenn auch infolge des englischen Regierungswechsels manche Verringerung in der inneren Politik eingetreten ist, so hat sich doch in der Kolonialpolitik nichts geändert. Sowohl in Natal wie in Indien ist nicht die geringste Spur einer freierthlicheren und humaneren Politik zu treffen. Die sogenannte „Rebellion“ in Natal ist nicht weiter als eine von den Kolonisten provozierte Gelegenheit, einen Teil der Julius abzuschlachten und den anderen Teil zu Zwangsarbeiten zu verurteilen. Die militärische Erfahrung, die die südafrikanischen Kolonisten im Burenkriege gewonnen haben, kommt ihnen jetzt zufluten. Die gespaltenen und hetzigen Zulustämme werden einer nach dem anderen dezimiert, gefangen und zur Arbeit in die Minen geschickt.

In Bengalen (Indien), wo die Bevölkerung einen selbständigen nationalen Geist zu zeigen begonnen hat, werden dieser alle bisherigen Freiheiten genommen. Versammlungen werden verboten, Provinzialkongresse werden aufgelöst, die Meinungsfreiheit wird unterdrückt. Solange England noch eine russische Invasion Indiens befürchtete, gewährte es den nordindischen Provinzen größere Freiheiten, um sie durch die Furcht vor dem russischen Absolutismus loyal zu erhalten. Nachdem aber jetzt eine russische Invasion auf Jahre hinaus unmöglich geworden ist, nimmt England keine Rücksicht mehr auf die politische Entwicklung der Hindus. Und doch ist gerade John Morley, dieser Heilige des Liberalismus, Staatssekretär für Indien! Man hatte von ihm wenigstens erwartet, daß er einer politischen Reform die Bahn ebnet würde. Aber auch diese Erwartung wurde getäuscht.

Aus der Partei.

Die „Interparlamentarische sozialistische Kommission“ macht bekannt, daß ihre erste Plenarversammlung vom 17. bis zum 20. Juli in London stattfinden soll. Am ersten Tage soll die Mandatsprüfung vorgenommen, die Tagesordnung festgesetzt, der Bericht des Secretariats gegeben und der Organisationsentwurf der Interparlamentarischen Kommission vorgelegt werden.

Am 18. will man ein öffentliches Meeting abhalten. Thema: „Die russische Revolution“. Folgende Genossen sind aufgefordert worden, auf diesem Meeting zu sprechen: Kubanowitsch, Webel, Wandervelde, Ferri, Troesstra, Reir Hardie u. a. m. (Wahrscheinlich wird auch ein Mitglied der russischen Reichstuma reden.)

Am 19. und am 20. sollen folgende Thematata besprochen werden: 1. Die beste Methode, um gleichzeitig Proteste oder sonstige gemeinsame Aktionen in den Parlamenten der verschiedenen Länder zu veranstalten. 2. Mittel und Wege, um in den Parlamenten die russische Revolution zu unterstützen. 3. Die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der „Internationalen Friedenskonferenz 1907“ und gegenüber der „Interparlamentarischen Friedenskonferenz“ (zu London vom 23. Juli an). 4. Geseßliche Maßnahmen, um die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verwirklichen. (Jaurès ist ersucht worden, zu diesem Punkte das Referat zu übernehmen.)

Das „Vollblatt für Anhalt“ zerbricht sich weiter den Kopf der Genossen im 6. Berliner Kreise wegen des Beschlusses, den Ausschluß aller derjenigen zu beantragen, die — entgegen Majoritätsbeschlüssen — am 1. Mai gearbeitet haben. In der Polemik gegen uns laufen ihm allerlei Unrichtigkeiten unter. So z. B., wenn es sagt, wir hätten gegen seine Kritik mit einem Schamfacherorgan verglichen. In der Tat aber haben wir diesen Vergleich in ganz ungewollter Weise nicht wegen des Inhalts, sondern wegen des Tones jener Kritik gebraucht.

Im übrigen malt das „Vollblatt“ die Konsequenzen jenes Beschlusses in den düstersten Farben: Hunderte von Schiedsgerichten, Tausende von Schiedsrichtern, die das ganze nächste Jahr nichts anderes zu tun haben werden als zu Gericht zu sitzen usw. Dann heißt es:

„In der einen Fabrik ist etwa mit 31 gegen 29 Stimmen beschlossen worden, zu feiern, die Arbeiter dieser Fabrik kommen unter Anflage; in einer anderen Fabrik ward mit 35 gegen 33 Stimmen beschlossen, nicht zu feiern, alle haben gearbeitet, keiner kommt unter Anflage.“

Wenn das „Vollblatt“ nun in vernünftiger Weise gegen die Parteierbestimmungen einiger Gewerkschaften polemisierte oder die seit dem Jenaer Parteitag gültigen Ausschlußbestimmungen objektiv kritisierte, so lieh man sich das gefallen. Aber es verzapft statt dessen folgende unglaublich kindischen „Weisheiten“:

„Beschlüsse sind in der Partei sehr leicht gefaßt. Wenn sie aber von Hunderten gebrochen werden, so sind nicht immer die die Verbrecher, die den Beschluß nicht halten, sondern die, die ihn herbei führten. Man soll eben in gewissen Dingen keine Beschlüsse fassen, die dem Gesamtwillen noch nicht entsprechen, sonst erzeugt man eben Parteiverbrecher nur durch taktisches Unge-schick. Ist's denn z. B. damit abgetan, daß hunderte organisierter Parteigenossen ausgeschlossen werden? Ist das ein Erfolg, wenn der Wille von Berlin VI sich durchsetzt? Werden die Ausgeschlossenen der Partei hernach sehr nützlich sein? Sind sie nicht noch besonders dafür gekrafft, daß sie sich organisiert hätten? Unorganisierte können soviel sündigen als sie wollen, sie trifft keine Strafe.“

Offen herausgesagt, wir sänden es viel besser, wenn die ganzen Ausschlußparagrafen im Statut fehlten. Für eine Millionenpartei paßt das ganze Verfahren nicht. Man stelle solche Genossen, die sich irgendwie ernsthaft verhalten, nicht an führende Stelle, das kann vollkommen genügen.“

Das dürfte ungesähr der Rekord sein; wir können und wenigstens nicht befinnen, daß in bezug auf wichtige organisatorische Fragen jemals in unserer Parteipresse etwas annähernd Oberflächliches geäußert worden ist.

Ein neues sozialdemokratisches Blatt in der Schweiz. Die seit einiger Zeit in Verisau unregelmäßig erscheinende „Appenzeller Volkswacht“ soll vom 1. Oktober ab regelmäßig und zwar vorerst alle 14 Tage herausgegeben werden.

Stadtvorducte und Gemeindevortreter machen wir darauf aufmerksam, daß im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, soeben das „Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtvorducten und Gemeindevortreter Groß-Berlins, abgehalten zu Berlin am 6. Mai 1906“ erschienen ist. Auf der Tagesordnung der Konferenz wurde verhandelt: 1. Die Lehrpolitik Groß-Berlins. 2. Armen-Krankenpflege. 3. Die Notwendigkeit von Zweckverbänden. Das Protokoll ist in allen Parteibuchhandlungen erhältlich. Der Preis beträgt 1 M. Für sozialdemokratische Gemeindevortreter, wenn in Partien bezogen, 50 Pf.

Einen sozialdemokratischen unbesoldeten Beigeordneten wählte am Donnerstag die Stadtvorductenversammlung in Offenbach a. M. in der Person des Genossen Ehnert, des Vorsitzenden des dortigen Kreiswahlvereins. Genosse Ehnert gehört jetzt im achten Jahre dem Offenbacher Stadtvorductenkollegium an. Die bürgerlichen Stadtvorducten, die wohl an der Person und den Fähigkeiten des Gewählten nichts anzufehen fanden, votierten gegen ihn, weil er „ein zu ausgesprochener Parteimann“ sei! Jetzt liegt nun die Entscheidung bei der hessischen Regierung, der das Besätigungsrecht zusteht.

Aus Industrie und Handel.

Konzentration in der Bergwerksindustrie.

In der Rohstoffindustrie und der Halbfabrikatindustrie vollzieht sich die Schaffung großer Betriebe am leichtesten und schnellsten. Das Erfordernis bedeutender Kapitalien zum Betrieb und die geringen Qualitätsunterschiede der konkurrierenden Produkte erleichtern und befördern hier ganz besonders die Konzentration des Kapitals. Freilich äußert sich dieser Prozeß in sehr unangenehmen

Wirkungen auf die Konsumenten und die Arbeiterschaft. Denn gerade die großen Unternehmungen sind imstande, einheitlich die Arbeitsbedingungen ihrer Lohnslaven festzulegen und einheitlich die Produktion derart zu beschränken, daß die Preise einen möglichst hohen Stand erreichen.

Eine neue Erscheinung auf diesem Gebiete wirft wieder einmal ein grelles Licht auf diese Konzentrationsbewegung in der Bergwerksindustrie. Die Deutsche Tiefbohraktiengesellschaft in Nordhausen, die, vor sieben Jahren mit einem Kapital von 19 Millionen begründet, bereits im Vorjahre eine Dividende von 35 Prozent zu verteilen in der Lage war, hat laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Dezember 1906 die beiden elässischen Delbergwerke, die in holländischen Händen befindliche Elässische Petroleumgesellschaft zu Wilsheim und die Gewerkschaft Kleeberg in Walburg erworben und hat nunmehr auch die Verhandlungen zwecks Erwerb der Pechelbronner Delbergwerke abgeschlossen. Die zwei erstgenannten Gesellschaften sind nicht sehr bedeutend gewesen. Die Gewerkschaft Kleeberg hatte überhaupt erst einige vorbereitende Arbeiten erledigt, die Elässische Petroleumgesellschaft, die bis 1901 von 2 1/2 Proz. (für vier Monate) bis 5 und 7 Proz. Dividende verteilt hatte, bezeichnete seither regelmäßig Defizit. Dagegen ist die Pechelbronner Aktiengesellschaft ein sehr fetter Bißfen. Das Grundkapital beläuft sich auf 15 Millionen Mark und die Dividende betrug in den letzten Jahren durchweg 28 Prozent. Der Erwerb vollzieht sich in der Weise, daß die Aktionäre der elässischen Gesellschaften ihre Aktien (bzw. die Genussscheine) unter Berücksichtigung der geltenden Kurswerte gegen die Aktien der deutschen Tiefbohraktiengesellschaft umtauschen.

Den unmittelbaren Anlaß zur Verschmelzung gab die im vorigen Jahre im preussischen Landtag angenommene Lex Camp, das Patungssperrgesetz, das bei Akquisition von Bergwerkseigentum die private Konkurrenz zugunsten des Fiskus möglichst auszuschalten bezweckte. Der Gesetzgeber hat eine Frist von zwei Jahren gewährt, und die preussischen Unternehmungen versuchten daher sich für die bevorstehende Erschwerung von Stahl- und Steinkohlenbohrungen dadurch schädlos zu halten, daß sie außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes sich Gebiete und Objekte sichern, die eine rentable Ausbeutung zulassen. Dazu könnten allerdings die reichen Oesterrreich der nordöstlichen Ecke des Reiches (zwischen Paganau, Niederbrunn und Weissenburg) sehr geeignet erscheinen und zwar namentlich deshalb, weil — wenigstens bis zu dem im laufenden Frühjahr vom Landesausfluß angenommenen Geseß betreffend die Besteuerung der Bergwerke — die Delfelder, die bergrechtlich auf staatlicher Verleihung beruhen, nur mit einer sehr geringen Steuer belastet waren, ähnlich wie in Preußen die Steinkohlen- und Kalisfelder.

Daß die Aktieninhaber der schwachen zuerst genannten Gesellschaften gegen die Aufsaugung nicht einzuwenden konnten, ist klar, daß aber die wohlbestallten Teilhaber der Pechelbronner sich mit der Fusion einverstanden erklärten — in der Generalversammlung vom 15. März 1906 mit 1161 gegen 79 Aktien — ist ein Beweis dafür, daß die vom Vorstand der Nordhäuser Gesellschaft für die Verschmelzung angegebenen Gründe nur die direkte Veranlassung zu der kapitalistisch wichtigen und bedeutungsvollen Maßnahme darstellen, nicht aber die tiefere Ursache.

Dabei kommt noch in Betracht, daß auch die Minorität von 79 Aktien gegen die sehr rationale Vereinigung sich nicht prinzipiell wandte. Denn den zuerst erhobenen Widerspruch hat sie ja, wie die Liquidatoren schon wenige Tage nach der Generalversammlung in einem Rundschreiben mitteilen, zurückgezogen. Vielmehr wollte die Opposition lediglich gegen das Vorgehen des Aufsichtsrates opponieren, das allerdings sehr eigenartig und lehrreich, aber für den unbedeutlichen Zuschauer auch sehr heiter ist. Der Artikel 41 der Statuten sichert nämlich dem Aufsichtsrat im Fall der Liquidation 15 Prozent des Liquidationsertrages zu. Diese gewaltige Bevorzugung ist zweifellos gedacht als Entschädigung für die durch den Verkauf der Immobilien, Mobilien usw. entstandene Arbeit. Im vorliegenden Fall kam es sich aber um eine solche Arbeit natürlich nicht handeln: die Liquidation, die vorgenommen wird, ist fiktiv, sie besteht nur in einer Vermögensübertragung. Und da die 15 Prozent gleich 1 800 000 M. sind, wollen die 79 Aktionäre begreiflicherweise nicht um diesen Betrag geprellt sein, obwohl der Aufsichtsrat „generös“ genug war, sich mit den aus der Stempelsteuer usw. erwachsenden Kosten in Höhe von 300 000 M. und den 75 000 M. erste Dividende von 5 Proz. an die Aktionäre zu belasten. Sie haben daher voller Entrüstung nachträglich die Anwendbarkeit des Artikels 41 der Statuten im Wege des Prozesses bestritten, so daß der Aufsichtsrat sich um die bereits verteilten 1 425 000 M. vor dem Landgericht und später auch vor dem Oberlandesgericht und dem Reichsgericht mit den Opponenten herumbalgen muß.

Ersteausflüchten in Rußland. (Wendung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach dem amtlichen Staatenlandsberichte vom 6. d. M. sind die Ersteausflüchten im europäischen Rußland: für Winterweizen gutmittel bei einiger Verschlechterung gegen den Stand vom 14. Juni im Südrussland und einem Teil von Nordrussland; für Sommerweizen mittelmäßig; für Roggen unbefriedigend bei einiger Verschlechterung im Südrussland und Verringerung im Nordrussland; für Hafer mittelmäßig bei einiger Verringerung im Nordrussland; für Gerste befriedigend.

Aus dem russischen Telegraphenstil in offenes Deutsch übersetzt, heißt das: Rußland steht vor einer großen Mißernte.

Die Gründung von Aktiengesellschaften im ersten Halbjahre 1906. Nach der Zusammenstellung des „Deutschen Delon.“ wurden im 1. Semester 1906 in das Zentral-Handelsregister 120 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 228,55 Mill. M. eingetragen gegen 102 Gesellschaften mit 886 Millionen Mark im ganzen Jahre 1905, 104 Gesellschaften mit 140,65 Millionen M. in 1904 und 84 Gesellschaften mit 300 Millionen M. Kapital im Jahre 1903. Die Neugründungen, die schon im vorigen Jahre gegenüber den vorhergehenden Jahren erheblich zugenommen hatten, sind also im ersten Semester des laufenden Jahres noch zahlreicher geworden.

Gewerkschaftliches.

Arbeitertrug — Unternehmerschaft.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz, eine Institution der freien Gewerkschaften, erließ vor einiger Zeit in der gesamten Parteipresse eine Aufforderung an die Bauarbeiter, überall in der Zeit vom 15. bis 30. Juni Erhebungen über die vorhandenen Mißstände zu veranstalten, um Beweismaterial zu erhalten für die Notwendigkeit des Erlasses eingehender und umfassender Unfallverhütungsvorschriften usw. Namentlich soll auch der Nachweis für die Notwendigkeit der Einführung von den Arbeitern in freier Wahl gewählter Kontrollen erbracht werden. Daß die getroffenen Maßnahmen bei den Unternehmern Unwillen erweckt haben, der sich in der bürgerlichen Presse auch Luft machte, ist nicht weiter verwunderlich. Neu und bisher noch nicht bekannt geworden ist aber, daß eine regelrechte Gegenaktion eingeleitet und auch durchgeführt worden ist. Und zwar ist diese Gegenaktion von den Baugewerks-Vereinsgenossen ausgegangen, genau wie im Jahre 1897. Amtliche Aktenstücke, die der bekannte günstige Wind soeben auf den Redaktionsstisch der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ geweht hat, liefern den dokumentarischen Beweis. Danach ging die Anregung zu der Gegenaktion von der hannoverschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft aus. Die hannoversche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft wandte sich mit folgendem Schriftstück an den Verband der deutschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften in Berlin:

Hannover, den 6. Juni 1906.

An den Verband der Deutschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaften zu Berlin SO.

Anlässlich eines im hiesigen „Volkswille“ erschienenen Aufrufs an die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands, wonach von der Zentralkommission für Bauarbeiterfragen außerordentliche Erhebungen über die angeblichen Mißstände auf den Bauten in der Zeit vom 15.—30. Juni dieses Jahres angestellt werden, ersuchen wir ergebenst, auch seitens des Verbandes Stellung zu diesem Vorhaben zu nehmen.

Wir halten es für unbedingt notwendig, daß von sämtlichen technischen Aufsichtsbeamten der Bauwerks-Berufs-Genossenschaften ebenfalls in der Zeit vom 15.—30. Juni über folgendes Verdict erstattet wird:

- 1. Wieviel Betriebe und Betriebsstätten sind in der Zeit vom 15. bis 30. Juni revidiert?
2. Wieviel von diesen Betriebsstätten befanden sich bezüglich Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften in Ordnung und in wieviel Betrieben wurden Verstöße gegen gedachte Vorschriften festgestellt?
3. Worin bestanden diese Verstöße (leichtere und größere)?
4. Wieviel dieser Verstöße konnten und wurden durch die Mitwirkung der Arbeitnehmer — vergl. die einschlägigen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften, hier §§ 36—47 — vermieden werden?
5. In wieviel Fällen konnten den Arbeitnehmern direkte Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften zur Last gelegt werden?
Wir werden unsere technischen Aufsichtsbeamten antreiben, im Sinne des Vorstehenden Revisionen vorzunehmen und ihnen demnächst das Material zugehen lassen.

Von Ihren Beschlüssen bitten wir uns in Kenntnis setzen zu wollen.

Hochachtungsvoll!

Der Vorstand der Hannoverschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaft. gez. (Unterschrift).“

Daß der Vorstand des Verbandes der Deutschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaften die Gegenaktion billigt und der von Hannover gegebenen Anregung gerne Rechnung getragen hat, geht aus dem Schreiben hervor, welches er an die Vorstände der verschiedenen Bauwerks-Berufs-Genossenschaften in den Provinzen gerichtet hat. Auch dies sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

Verband der Deutschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaften.

Berlin, den 7. Juni 1906.

Von der Hannoverschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaft geht mir die abschriftlich beigefügte wichtige Mitteilung zu.

Ich halte es für überaus geboten, daß der dankenswerten Anregung Folge gegeben werde und bitte deshalb, den dortigen technischen Aufsichtsbeamten gefälligst, wenn möglich, den Auftrag zu geben, die von der Hannoverschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaft angegebenen Feststellungen (vornehmlich in größeren Städten) in der Zeit vom 15. bis 30. Juni er. vorzunehmen.

Bereits im Jahre 1897 waren wir genötigt, einer Veröffentlichung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über angebliche Mißstände im Baugewerbe entgegenzutreten; es erscheint deshalb wichtig, daß wir jetzt den zu erwartenden neuen Behauptungen unsere Feststellungen entgegenstellen können.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Der Vorsitzende

des Verbandes der Deutschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaften. gez. (Unterschrift).“

Die technischen Aufsichtsbeamten werden also aufgefordert, Material gegen die Arbeiter zu sammeln, damit deren Beschwerden als nichtig und ihre Forderungen als unberechtigt zurückgewiesen werden können. Und da sollen die Arbeiter zu solchen Beamten noch Vertrauen haben? Gut nur, daß die Gegenaktion bekannt geworden ist; durch die Veröffentlichung der Aktenstücke wird sie völlig wirkungslos. Mag man auch Verge von Verschuldigungen gegen die Arbeiter zusammentragen, wir werden dann auch sagen, wie sie zustande gekommen sind! Gerade die Gegenaktion der Berufs-Genossenschaften ist der trefflichste Beweis für die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform des gesetzlichen Schutzes für Bauarbeiter.

Berlin und Umgegend.

Zur Aussperrung der Lithographen und Steinbruder.

Die große öffentliche Versammlung der Lithographen und Steinbruder, die am Freitagabend in Kellers Festsaal den Situationsbericht über den Stand der Aussperrung entgegennahm, war wieder außerordentlich gut besucht. Der Referent H a h behandelte zunächst in großen Zügen den Anschauung der Stimmung unter den Unternehmern an der Hand von Preßstimmen aus ihren Blättern. Aus den Kanzeln, die beim Beginn der Aussperrung ertönten, sind jetzt recht wehmütige Töne geworden. Während man früher den Deutschen Senefelderbund total vernichten wollte, leugnet man jetzt, jemals derartige Absichten gehabt zu haben. Während man früher die Berliner Aussperrten verachtete, weil sie die Aussperrungen durch Forderungen an die Aussperrfirmen beantworteten, schreibt jetzt dasselbe Unternehmerrblatt, durch das es geschah, folgende schönen Sätze: „Weßhalb jetzt übrigens weitergestreift (1?) werden soll, ist nicht recht einzusehen. Der Schutzverband hat gegen den Senefelderbund an sich nichts einzuwenden, er sieht verschiedenen Wünschen der Gehilfen sympathisch gegenüber und hat auch nicht die Absicht, rüchthändige Arbeitsverhältnisse zu schaffen.“ — Wir freuen uns, daß die Unternehmer in der kurzen Zeit von fünf Wochen durch die Gehilfenhaftigkeit der Gehilfenhaftigkeit zu derartigen vernünftigen Ansichten gekommen sind. Wären sie von vornherein so einsichtig gewesen, dann hätten sie sich vor manchen Schäden bewahrt, und die Lehren, die ihnen die Gehilfenhaftigkeit erteilt, wären ihnen erspart geblieben. Die Aussperrten haben gegen den Stimmungswechsel der Unternehmer nichts einzuwenden. Sie sind bereit, die Hand zum Frieden anzuschlagen, wenn sie ihnen gereicht wird. Aber sie wollen auch eine entsprechende Entschädigung für die Opfer des Kampfes, der ihnen aufgedrängt wurde. Ohne diese ist an eine Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu denken, denn die Kraft der kämpfenden Gehilfenhaftigkeit ist noch ungebrochen. Das mögen sich die Unternehmer von vornherein gesagt sein lassen, wenn es zu Verhandlungen kommt. Die Gehilfenhaftigkeit will nicht den Krieg um des Krieges willen. Aber wenn sie, wie es hier geschah, in einen Kampf gedrängt wurde, dann wird sie ihn auch unter allen Umständen zu einem guten Ende führen, zum Vorteil für jeden einzelnen und zu Ruh und Frieden für den ganzen Beruf! — Der brausende Beifall, mit dem das Referat aufgenommen wurde, legte Zeugnis dafür ab, wie sehr allen Versammelten aus der Seele gesprochen worden war. Eine Diskussion wurde aus den gleichen Gründen für überflüssig gehalten. Der Versammlungsleiter Barthel wies noch kurz darauf hin, daß auch die Fassung einer Resolution überflüssig sei, da sie doch nur aus den kurzen Worten: „Wir halten aus!“ bestehen könne. Er erinnerte ferner daran, daß die „Arbeiter-Zeitung“ Berliner Morgenpost“ ihre Wochenauflagen in einer Aussperrfirma durch den Oberdrucker und Lehrlinge drucken lasse, und nachdem er noch darauf hingewiesen hatte, daß zu den Versammlungen der nächsten Woche durch Inserate und Hand-

zettel eingeladen würde, wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Senefelderbund geschlossen.

Die Bauarbeiter befinden sich in einer Bewegung. Mit den Meistern finden fortgesetzt Verhandlungen wegen des neuen Einsekertarifs statt. Ein Abschluß ist allerdings noch nicht erfolgt, doch zeigen sich die Meister entgegenkommend.

Achtung, Bauarbeiter und Bauhandwerker!

Die Differenzen der Dachbedeckungsarbeiter mit der Firma Reuge sind beigelegt und der Zustand mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet.

Wegen Nichtbeachtung der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes sind am Montag früh sämtliche bei Berliner Firmen arbeitende Dachdeckerbauhülfsarbeiter in den Streik getreten.

Etwa die Arbeit aufnehmende Bauhülfsarbeiter ersuchen wir, auf obiges aufmerksam zu machen und der Verbandsleitung der Bauarbeiter, Engel-Allee 16, von solchen Fällen Mitteilung zu machen. Der Zweigvereins-Vorstand der baugewerblichen Hülfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Zur Aussperrung der Glaser.

In der gestrigen Streikversammlung wurde mitgeteilt, daß die Firma Zell nachträglich ebenfalls ausgesperrt hat, dagegen läßt die Firma Dreher wieder weiterarbeiten. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich alsdann über die Frage, ob es zweckmäßig sei, als Antwort auf die Aussperrung auch die nicht ausgesperrten Glaser zur Arbeitsniederlegung zu bewegen und so den allgemeinen Zustand herbeizuführen. Beschlossen wurde hierzu, daß sich die Streikleitung sofort an die bei der Aussperrung nicht beteiligten Firmen wenden solle, um eine bündige Erklärung zu verlangen, ob sie mit der Glaserorganisation jetzt in Tarifverhandlungen eintreten wollen oder nicht. Von der Antwort wird dann die weitere Beschlußfassung abhängig sein. Debattelos wurde ferner beschlossen, den wöchentlichen Verbandsbeitrag in Höhe von 1 M. zu erhöhen. Die Streikleitung richtet sodann folgenden Aufruf an die Arbeiter des Baugewerbes:

Achtung! Bauhandwerker, Rahmenmacher, Glaschleifer! Durch schändlichen Tarifbruch hat das Unternehmertum 400 organisierte Glaser Berlins auf Straßensperrung verworfen. Jene der Aussperrung ist nach den eigenen Worten der Scharfmacher die vollständige Zertrümmerung der Organisation.

Jetzt soll aus Kleintrautern ein Streikbrecherverein gegründet werden. Genossen, gebt acht, daß nicht die Arbeiten der Aussperrten durch solche Elemente ausgeföhrt werden!

Achtet alle auf die roten Arbeitsberechtigungskarten, welche das Wochenblatt vom 9. Juli bis 14. Juli und den Namen des Verbands, mächtigsten tragen.

Mit Parteigruß

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Glaser.

J. A. C. Jahn.

Tarifforderungen haben die im Transportarbeiter-Verband organisierten Pader und Paderinnen, Lagerarbeiter, Fahrschulfführer, Hofarbeiter, Kutsher, Misfahrer und Stogträger an die Berliner Kontobuch-Fabrikanten eingereicht. Verlangt wird für jugendliche Arbeiter ein Anfangslohn von 17 M. pro Woche, steigend je nach Alter bis zu 23 M. Vom 21. Lebensjahre ab wird für die Arbeiter ein Anfangslohn von 24 M. gefordert, steigend bis zu 33 M. Für die Paderinnen soll der Anfangslohn auf 15 M. bemessen werden, steigend in jährlichen Zwischenräumen bis zu 21 M. Die Arbeitszeit soll neun Stunden und für Kutsher zehn Stunden betragen. Der Ueberstundenzuschlag ist auf 15 resp. 20 Pf. pro Stunde normiert. Außerdem lauten die Forderungen auf Anerkennung des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches, Gewährung von Sommerurlaub und Freigabe des 1. Mai als Feiertag. In Betracht kommen 22 Firmen.

Zum Streik der Fensterputzer der Firma Patenge u. Müller in Charlottenburg ist zu berichten, daß alle bis dato geschlossenen Verhandlungen an dem Starrsinn der Unternehmer gescheitert sind. Alle Vermittlungsvorschläge sind rundweg mit dem Bemerkens abgelehnt: „Wir können nicht!“ Streikbrecher haben sich bis jetzt aus den Reihen der Arbeiter nicht gefunden, wohl aber aus den Reihen der Herren Unternehmer!

Der Fensterputzereinstützhaber Herr Kest spielt die sehr ehrenwerte Rolle eines Arbeitswilligen. Der Inhaber Herr Schwarz soll erklärt haben: Der Lohn, welchen die Arbeiter verlangen, ist nicht zu viel, aber wir geben ihnen nichts.

In einer am Freitag abgehaltenen Besprechung der Unternehmer ist den Herren Patenge u. Müller treuer Beistand versprochen worden. 8 Mann sollten Sonnabendmorgen um 8 Uhr auf dem Sabignyplatz antreten; aber man hat von den 8 Mann nichts gesehen noch gehört. Nur Herr Kest kam per Rad, dann noch ein Husarenreut des Herrn Patenge, und noch eine sehr eigentümliche Person. — Die Streikenden sehen mit frohem Mute in die Zukunft, und hat sich bis jetzt noch keiner wankelmütig gezeigt.

Zugung ist nach wie vor fernzuhalten. Ueber die Firma Dreher, Sophie-Charlottenstraße, ist die Sperre verhängt und darf kein organisierter Arbeiter dort in Arbeit treten. Die Streikenden appellieren noch an das Solidaritätsgefühl der sehr vielen organisierten Geschäftsinhaber.

Nachweisungen von geregelten Geschäften, welche Fugen übernehmen, erfolgen Rosinenstr. 2 I. Tel. 4457.

Die Sektionsleitung.

Achtung! Mühlenarbeiter!

Alle Mühlenarbeiter werden ersucht, den Zugung nach Potsdam fernzuhalten, weil die Kollegen bei J a l o b i in den Streik getreten sind.

Deutsches Reich.

Der Buchdruckerstanz

läuft bekanntlich in diesem Jahre ab und die Gehilfen haben aus diesem Anlaß eine Revision desselben beantragt. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in der Lage, über den Stand der Dinge folgendes mitzuteilen:

... scheint ... im Buchdruckergewerbe die Klippe ernstlicher Zerwürfnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern diesmal mit Hilfe der Verhandlungen glücklich umschiffet worden zu sein, deren Resultate der Öffentlichkeit bald zugänglich gemacht werden dürften.

Zum Kampf der Steinarbeiter im fränkischen Muschelkalkgebiet hat eine Sitzung des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte, die in Würzburg stattfand, Stellung genommen und beschlossen, daß vor dem 4. September keine Sitzungen in der Streikfrage mehr stattfinden dürfen. Vielleicht überlegen sich die Herren dies doch noch einmal, denn für die Arbeiter steht die Situation immer noch günstig, da wenig Streikbrecher zu verzeichnen und eine große Anzahl der Streikenden abgereist sind.

Der Kampf in der Metallspielwarenindustrie in Nürnberg hat jetzt auch auf Fürth und die benachbarten Orte übergegriffen. Die Fabrikanten wollen 5 Proz. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde zugestehen, die Arbeiter verlangen jedoch, daß am 1. Januar 1907 nochmals eine 5 Proz. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde eintrete. Darauf wollen die Unternehmer nicht eingehen.

Die bayerischen Oberscharfmacher, die im Industrieverband organisiert sind, sind auf ein neues Mittel verfallen, wie sie ihrer Meinung nach die Arbeiter mit dem

Kapitalistischen Ausbeutungssystem ausführen und von ihrer „Gefährlichkeit“ abbringen können. Dies wollen sie durch Einigung einer Verdienstmédaille mit Ehrendiplom fertig bringen. Wer mindestens 25 Jahre in einem industriellen Betriebe geschuftet hat, bekommt eine silberne, wer aber eine so gesunde Konstitution hat, daß er eine vierzigjährige Ausbeutung durch einen und denselben Unternehmer ausgehalten hat, ohne vorher ins Gras gebissen zu haben, wird mit der goldenen Médaille dekoriert. Selbstverständlich müssen sich die Arbeiter, die diesen Unternehmerorden erhalten wollen, auch durch Fleiß und Treue ausgezeichnet haben. Die Kosten für die Médailles 16,50 M. resp. 18,50 M. haben die betreffenden Unternehmer selbst zu tragen. Die der Dekoration „würdig“ Befundenen schlägt der Verband vor, das Ministerium hat aber seine Genehmigung hierzu zu erteilen. Es muß für die Arbeiter ein wahrer Hochgenuß sein, mit dem von den Scharfmachern verliehenen „Ehrenzeichen“ einherzufolgen zu können.

Ausland.

4000 Maurer und Handlanger in Zürich sind am Donnerstag in den Streik getreten, nachdem die Bauunternehmer auch nicht das geringste Zugeständnis gemacht haben. Die Arbeiter wollten sich vorläufig mit der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und mit der Einführung des Reinstundentages im nächsten Jahre begnügen; aber die Unternehmer halten den Jahresumstieg für den Abschluß der menschlichen Entwicklung und wollen daher eine kürzere Arbeitszeit nicht bewilligen, ebensowenig natürlich auch den geforderten Minimallohn von 70 Cts. pro Stunde.

Der Streik der Bergarbeiter in Oberungarn nimmt immer größere Dimensionen an. Bislang konnte noch keine Versammlung abgehalten werden, da die Behörden energisch dagegen sind. Zur Unterstützung der Lokalbehörde wurden sogar aus Budapest nach Salgótarján mehrere Detachments beordert! Die eingelernten Arbeiter haben sehr viel zu leiden, da sie seitens der Gendarmen mächtig mißhandelt werden. Die Ruhe wurde nirgends gestört. — Wie kleinlich die Salgótarján-Gesellschaft ist, beweist am besten deren Jahresbilanz resp. die bezahlten Dividenden, die von 1891—1904: 41 1/2 Proz., 56 Proz., 70 Proz., 100 1/2 Proz., 32 Proz., 32 Proz., 32 Proz., 32 Proz., 17 Proz., 13 Proz., 16 Proz., 15 Proz., 15 Proz., 15 Proz. betragen. Das Aktienkapital beträgt 14 Millionen Kronen.

Versammlungen.

Berliner Gewerkschaftskommission. In der letzten Versammlung der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission stand als erster Punkt die Aussperrung der Lithographen und Steinbruder und die der Buchbinder auf der Tagesordnung. Den Bericht für die erstere Organisation gab H a h, für die letztere V l a r. Die Redner gaben eine Schilderung des bisherigen Verlaufes der Bewegungen und drückten den Wunsch aus, daß die Solidarität der Berliner Arbeiterschaft sich in weitgehendstem Maße zeigen möge. Die Delegierten befanden sich in der folgenden Diskussion ihre Zustimmung hierzu. Von dem Vertreter der Buchbinder wurde über das rigorose Vorgehen der Polizei lebhaft Klage geführt. In der Debatte wurde außerdem der Wunsch laut, bei den Berliner Organisationen Beiträge zu erheben; es wurde darauf hingewiesen, daß dies Sache der Zentralvorstände der einzelnen Gewerkschaften sei. Vom Vertreter der Lithographen wurde noch bekannt gegeben, daß deren Unternehmerrorganisation eine schwarze Liste, die 79 Folienseiten umfasse, herausgegeben habe. In Wandlbeck, Bremen und Mainz sind die Unternehmer von ihrer Organisation abgedrückt. Der Bericht für die Glaser, die seit geraumer Zeit ebenfalls ausgesperrt sind, wurde von J a h n erstattet. Vorläufig sei der Gang der Dinge abzuwarten; die übrigen Bauarbeiter werden auf die grüne Berechtigungskarte der Glaser aufmerksam gemacht. Auf Antrag der Delegierten der Buchbinder gelangte außerdem folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission verpflichtet sich, in ihren Gewerkschaften dahin zu wirken, daß bei Vergeltung von mit Buchbinderarbeiten verbundenen Druckaufträgen an Druckereien die Inhaber derselben verpflichtet werden, die Buchbinderarbeiten in nur tariffreien Buchbindereien herstellen zu lassen. Event. Auskunft ist bei dem Deutschen Buchbinderverband einzuholen.

Die Versammlung nahm weiterhin Stellung zu der vom Polizeipräsidenten angeordneten Abstimmung unter den Berliner Gewerbetreibenden betreffend den Achtuhr-Ladenschluß. Auf Antrag U r b a n dem Zentralverband der Handlungsgeschäften und -Geschäftinnen gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: Die Delegierten der Gewerkschaftskommission verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder derselben resp. deren Familienangehörige ihre Einkäufe in den Geschäften bis 8 Uhr abends besorgen, und ferner dahin zu wirken, daß die Inhaber der Ladengeschäfte ihre Stimmen für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses abgeben. Die Handelsgeschäfte sehen in einem schweren Kampf um die Verbeführung des Achtuhr-Ladenschlusses, dessen Durchführung die einzige Möglichkeit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bedeutet. Das Unternehmertum entfaltet eine rege Gegenagitation und stützt sich hierbei auf die Tatsache, daß es die Arbeiter als die Hauptkonsumenten sind, deren Angehörige die Verkaufsläden in später Abendstunden aufzusuchen pflegen.

Eine Angelegenheit der Berliner Rodetschitzergesellschaft, die nach der Verteuerung des Postportos die Expedition von Gewerkschaftszeitungen wieder in die Hand nehmen will, wird dem Ausschuss zur weiteren Beratung mit der Maßgabe überwiesen, daß die hierbei interessierten Gewerkschaften hinzugezogen werden. Vom Vertreter des Vereins Berliner Hausdiener wird hierbei der Wunsch ausgesprochen, daß sich diese Kommission auch die Untersuchung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Paketfahrboten angelegen sein lassen solle.

An Stelle des aus dem Ausschuss geschiedenen Genossen Heidemann (Bauarbeiter) werden die Genossen Busse (Lohgerber), Hennig (Postsekuller), Schade (Buchbinder) und Weigner (Verein Berliner Hausdiener) vorgeschlagen. Die Wahl wird in der nächsten Delegiertenversammlung vollzogen werden. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Es schieden die Vertreter der Bureauangestellten, Formschneider, Glasarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Kürschner, Chemigraphen, und der Unterkommision Rummelsburg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Propaganda unter den Truppen.

Petersburg, 7. Juli. (R. S.) Nach Mitternachtsmeldungen aus Odesa zirkuliert unter den Truppen Odesas ein Aufruf, der von vier Regimentern der Schützenbrigade unterzeichnet und in Tausenden von Exemplaren verbreitet ist. Der Aufruf fordert die Hauptpersonen der Arbeitsgruppe der Duma auf, das Volk und seine Vertreter in der Duma zu unterstützen und sich zum Kampf gegen die Regierung vorzubereiten.

Unwetter.

Wien, 7. Juli. (W. T. Z.) In Görlich sowie ganz Niederösterreich hat ein großes Unwetter auf den Feldern, in Fabriken und Wirtschaften beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Flüsse traten über die Ufer. In vielen Stellen hat der Blitz gezündet. In Kaufawalle wurde ein Gastwirt aus Weibitz vom Blitz erschlagen.

Budapest, 7. Juli. (W. T. Z.) In der Ortschaft Csob (Komitat Bars) richtete ein Wolkenbruch große Verwüstungen an; 35 Wohnhäuser wurden vernichtet; drei Personen fanden ihren Tod. Eine Hülfsaktion wurde eingeleitet.

Partei Vorstand und Massenstreik.

Auch das „Hamburger Echo“ nimmt zu der Frage jetzt in einem 8 Spalten langen Artikel Stellung. Wir geben die markantesten Gesichtspunkte hiermit wieder:
„Seine Kunst der Dialektik wird den Unbefangenen darüber Hindergläschen können, daß die Resolutionen von Köln und die von Jena nach ihrem Sinne in diametralem Gegensatz stehen. Wortklaubereien und Auslegungen nützen hier nichts. Während die Vertreter der Gewerkschaften in Köln sogar vor der Propagierung des politischen Massenstreiks warnten, erklärten die Vertreter der sozialdemokratischen Partei den politischen Massenstreik als eines der wichtigsten Kampfmittel. Ein solcher Gegensatz läßt sich nicht überbrücken, der muß zum Austrag gebracht werden. Daß dieser Austrag in Loyalität und in kameradschaftlicher parteieigenständlicher Weise erfolgt, das sollte innerhalb der Arbeiterbewegung selbstverständlich sein. Weiter aber sollte der Austrag eines nun einmal vorhandenen Gegensatzes gründlich und vor dem Forum aller Parteigenossen, d. h. in der Öffentlichkeit erfolgen.“

Nachdem dann das „Hamburger Echo“ die Widersprüche in den Erklärungen von Parteivorstand und Generalkommission erörtert, fährt es fort:

„Es muß etwas nicht stimmen! Das ist das allgemeine Gefühl. Bittere Worte kann man von den Parteigenossen hören, und was verschiedene Parteioorgane sagen, das ist nur ein schwacher Ausdruck des allgemeinen Unbehagens.“

In der Tat stimmt es nicht, und es nützt nichts, sondern würde nur das Uebel verschlimmern, wollte man den Rantel der Rächtenliebe über ein unerfreuliches Symptom der „Unstimmigkeit“ decken. Aus den Erklärungen und Gegenerklärungen muß man, wenn es auch nicht klipp und klar in deutlichen Worten gesagt ist, schließen, daß die Generalkommission und mit ihr die große Mehrheit der Gewerkschaftsleiter gemäß dem Kölner Beschluß von der Propagierung des politischen Massenstreiks nichts wissen will, und daß andererseits der Parteivorstand Mangel an Umsicht und Voraussicht gezeigt hat, daß er auf alle Fälle in dieser Angelegenheit schlecht abschneidet. Der Gegensatz zwischen Kölner und Jenaer Beschluß ist nicht zum Austrag gebracht, ist nicht ausgeglichen, sondern die Situation ist verwirrt worden.“

Weiter tadelt das Hamburger Parteiblatt die Sorglosigkeit des Parteivorstandes, nicht für die Anfertigung eines offiziellen Protokolls zu sorgen, dessen beglaubigter Inhalt jeden späteren Streit ausschloß. Zur Frage des Massenstreiks selbst bemerkt dann das „Hamburger Echo“:

„Die Kölner Resolution zeigte, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsführer (wir unterscheiden ganz ausdrücklich Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer!) den Gedanken an einen politischen Massenstreik weit von sich weist. Auf den Kölner Beschluß folgten lebhafteste Debatten, die erkennen ließen, daß der allergrößte Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, einschließlich der Gewerkschaftler, als Kampfmittel auch den politischen Massenstreik in Betracht zieht. Demgemäß revidierte der Jenaer Parteitag. Der sächsische, der preussische Wahlrechtskampf setzte ein; die Stimmung war begeistert, die Masse entflammte. Reichte die Begeisterung, reichte die Kraft aus, mit Aussicht auf Erfolg das neue Kampfmittel zu gebrauchen? War das Kampfmittel den Einsatz und die Gefahr wert? War man sicher, daß nicht hemmende Einflüsse im eigenen Lager die Schwungkraft lähmen würden? Das zu erforschen war eben die Aufgabe des Parteivorstandes, wenn er etwas mehr sein will als eine Verwaltungsförderung. Gewiß hat der Vorstand Schritte getan — und wir haben jetzt das „große Mißverständnis“ als Fazit der „unverbindlichen Aussprache“, und die nachgerade unausbleibliche Erklärungsflut.“

Kraft scheint es, als ob die führenden Männer der Gewerkschaften und die der Partei verschiedene Sprachen sprechen und sich nicht mehr verstehen. Denn man darf doch nicht annehmen, daß durch eine mit raffinierter List und Geschicklichkeit durchgeführte Intrige die Sache so „geklärt“ wurde, damit die Generalkommission den Gewerkschaftsfunktionären vom Parteivorstand einen Abdruck der Jenaer Erklärung und ein Bekenntnis zur Kölner Resolution überbringen konnte. Keiner aber es ist menschlich, daß man das, was man gerne hören würde, hört. Daß der andere Teil, der Parteivorstand, der die Stellung der Generalkommission doch kennt, nicht vorsichtig war, nicht auf vollste Klarheit drang, das ist sein Fehler, und das muß rückfällig gefagt werden. Wären die „Entwidelungen“ nicht erfolgt, so würde noch weiterhin die „Umkehr“ des Parteivorstandes bei vielen Gewerkschaftsfunktionären als Tatsache gelten, würde demgemäß ein stiller, aber starker Widerstand gegen alle Versuche, das Proletariat mit dem Gedanken des Massenstreiks vertraut zu machen, fortbauern. Nicht der Jenaer Beschluß, aber seine Wirkung würde so gut wie aufgehoben.“

Daß der preussische, der sächsische Wahlrechtskampf, daß diese Volksbewegung mit Versammlungsresolutionen und Peti-

tionen sein dem Anfang nicht entsprechendes vorläufiges Ende fand, das müssen wir bedauern, können aber auch einsehen, daß aus verschiedenen Gründen die schneidigsten Waffen noch nicht angewendet wurden. Daß aber die klägliche Geschichte von der „unverbindlichen Aussprache“ den Abschluß bilden soll, das ist schlimm, sehr schlimm! In der offiziellen Reichspolitik ist man gewohnt, daß auf eine Tangerfahrt Algeriras kommt, daß die mit gewaltigem Tamtam eingeleitete Aktion mit der verlegenen Entschuldigung, mit einem „Mißverständnis“ endigt — in der sozialdemokratischen Politik darf das nicht vorkommen.“

Die Lehre, die aus den Vorgängen zu ziehen ist, ist die: Es gibt innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung eine Reihe einflussreicher Personen, die jeder Propagierung des politischen Massenstreiks entgegen sind, trotz des Parteitagbeschlusses, der ihn als Kampfmittel ausdrücklich anerkennt. Der Parteivorstand hat aus Mangel an Umsicht, an Vorsicht, an Entschiedenheit es verschuldet, daß diese Widerstände geklärt worden sind. Die Partei in ihrer Gesamtheit hat jetzt die Aufgabe, darzutun, daß für sie die Jenaer Resolution kein leerer Schall, sondern eine Verpflichtung ist.“

Zu den vorstehenden Ausführungen des „Echo“ schreibt uns ein Genosse aus dem Parteivorstand:

Dem „Echo“ wäre wahrscheinlich manches in der ganzen Angelegenheit klarer geworden, hätte es sich die vorjährigen Hamburger Vorgänge vor Augen gehalten, die ein Spiegelbild der Vorgänge zwischen Generalkommission und Parteivorstand sind. Damals war es auch der Parteivorstand und nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, die Vertretung der Hamburger Parteigenossen, der die Initiative ergriff und nach Hamburg die Frage richtete, was die Hamburger Genossen dem geplanten Wahlrechtskampf gegenüber zu tun gedächten. Es waren die Vertreter Hamburgs im Reichstage — Webel, Diez und Wegner — die der Parteivorstand veranlaßte, nach Hamburg zu gehen, um mit der Vertretung der Hamburger Genossen eine Aussprache herbeizuführen. Außer den Genannten waren es die Vertreter der Parteiorganisationen, die Generalkommission und die Redaktion des „Echo“, die an der Besprechung teilnahmen. Die Vertreter der Hamburger Genossen zeigten aber auf alle Anregungen der anderen Seite ein solches Maß von Bestimmtheit, daß keine Verständigung zustande kam. Als dann in der Massenstreikdebatte in Jena auch der Hamburger Verhandlungen gedacht wurde, stellten sich zwischen den verschiedenen beteiligten Gruppen ganz ähnliche Meinungsverschiedenheiten über das Verhandelnde heraus, wie jetzt zwischen Parteivorstand und Generalkommission.“

Man kann sagen, diese beiden Vorgänge vollzogen sich sehr ähnlich, was die natürliche Folge der grundverschiedenen Auffassung über die zu ergreifenden Maßregeln war.

Der halbjiährige Demonstrationstreik vom 17. Januar in Hamburg kann nicht als Massenstreikdemonstration in Vergleich gezogen werden. Technische Demonstrationen waren nach dem 21. Januar auch Gegenstand der Beratung zwischen dem Parteivorstand und den Vertretern von Groß-Berlin, die laut Beschluß des preussischen Parteitages zu Weihnachten 1904 zur Beratung einer preussischen Angelegenheit hinzugezogen werden mußten; ebenso nahm an derselben ein Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“ teil. Bei allen diesen Zusammenkünften, welche die Beratung der Demonstrationen vom 21. Januar und 18. März zum Ziele hatten, wurde von keiner Seite angeregt, den Massenstreik schon jetzt in Betracht zu ziehen. Es ergibt sich also schon hieraus, daß die Aussprache des Parteivorstandes mit der Generalkommission einen durchaus unverbindlichen Charakter hatte, andernfalls wären sowohl die Vertreter von Groß-Berlin wie die Redaktion des „Vorwärts“ zu den Beratungen hinzugezogen worden. Bedeutung für weitere Kreise erlangte diese Besprechung erst durch die Behandlung, welche die Angelegenheit durch die Anregungen der Generalkommission auf der Konferenz der Zentralverbände erfuhr, an der der Parteivorstand nicht teilgenommen hat.

Das hindert nicht, daß in einer Reihe Parteioorgane, so der „Arbeiter-Zeitung“, Dortmund, der „Sächs. Arbeiterzeitung“, Dresden, dem „Hamburger Echo“ usw., allerlei Betrachtungen angestellt wurden über die Fehler, die der Parteivorstand dadurch gemacht haben soll, daß er der Partei nicht Kenntnis von jenen Verhandlungen gab. Der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ möchten wir hier empfehlen, sich die Vorgänge in Sachsen, die um die gleiche Zeit spielten und bei denen Vertreter des Parteivorstandes beteiligt waren, ins Gedächtnis zu rufen und sich zu fragen, warum sie nicht auch die Veröffentlichung jener Verhandlungen verlangte.

Es ist doch eine selbstverständliche Sache, die bei keinem vernünftig denkenden Menschen einen Augenblick Bedenken erregen sollte, daß wenn eine größere politische Aktion eventuell in Frage kommt, die Notwendigkeit entsteht, sich über die Vorbedingungen dazu mit anderen in Betracht kommenden Faktoren auszusprechen. Und daß, wenn diese Aussprache zunächst kein bindendes Resultat haben soll, darüber auch nicht öffentlich gesprochen wird. So war es feinerzeit in Hamburg, so in Sachsen, so in Preußen. Den weisen Thebanern aber, die jetzt tiefgründige Betrachtungen anstellen, weil sie von den Erörterungen zwischen der General-

kommission und dem Parteivorstand durch eine Indiskretion der „Einigkeit“ überrastet wurden — denn daß die Verhandlungen der Verbände der Zentralverbände diskret sein sollten, geht schon aus der Geheimhaltung des Protokolls hervor — muß gesagt werden, daß sie ihre Vorwürfe an die falsche Adresse richteten. Glaubten sie, daß die Frage des Massenstreiks erörtert werden müsse, warum richteten die Mitglieder ihrer Redaktion, die in der Fraktion sitzen, nicht eine Anfrage an den Parteivorstand? Und noch ein anderes. Da eine ganze Anzahl Fraktionsmitglieder an der Konferenz der Zentralverbände teilgenommen haben, teils als Mitglieder der Generalkommission, teils als Vertreter ihrer Gewerkschaftsverbände — nur kein Mitglied des Parteivorstandes — so hätte man von dieser Seite eine Anfrage an den Parteivorstand über seine Stellung zum Massenstreik erwarten sollen.“

Wir müssen aber feststellen, daß von den 78 Mitgliedern der Fraktion in der Zeit vom 23. Februar (Konferenz der Zentralverbände) bis zum Schluß des Reichstages am 30. Mai, also in einem Zeitraum von über drei Monaten, nicht Einer in den wöchentlichen Beratungen der Fraktion die Vorgänge in jener Konferenz oder die Frage des politischen Massenstreiks als eventuelle Fortsetzung der Demonstrationen vom 21. Januar und 18. März berührte.“

War es ein Fehler des Parteivorstandes, daß er nicht sofort von dem Inhalt der ihm zugesandten Protokolle Kenntnis nahm, dann war es ein noch größerer Fehler derjenigen, die an jener Konferenz teilnahmen oder durch Hörensagen von derselben Kenntnis erhielten, nicht den Parteivorstand wegen seiner Haltung zu interpellieren. Jetzt sich als Hüter und Vertreter des Kapitols aufzuspielen, wo das Kapitol nicht in Gefahr ist, erregt nur Achselzucken.“

Soziales.

Soziale Kurse für Massenärzte.

Es kommt nicht selten vor, daß ein Massenarzt, einem Patienten, wenn er ihn untersucht hat, sagt: „Ja, Ihnen fehlt weiter nichts; Sie müßten abwechseln mit der Arbeit, sich nicht so viel auf das linke Bein stützen, täglich Freiübungen machen, viel spazieren gehen, auch kräftiger essen und öfter ein Sonnenbad nehmen, da werden die Schmerzen schon vergehen.“ Na, denkt der Arbeiter, wenn er den Arzt so oder ähnlich sprechen hört und sein Rezept — etwa 100 Gramm Kampferspiritus — erhalten hat, hat der eine Meinung von der Fabrikarbeit und von der Lage eines Arbeiters mit harter Familie. Aber woher soll der junge Arzt die Lage der Arbeiter kennen, er hat ja nie Gelegenheit dazu gehabt; er hat wohl eine Reihe Semester Physiologie, Pathologie, Diagnostik und Therapeutik studiert, sein Examen bestanden und ist dann als Massenarzt angestellt worden; von den wirtschaftlichen Vertrieben, der sozialen Erziehung und ihrem Einfluß auf die Lage und das Befinden der Arbeiter hat er so wenig wie viele andere Angestellte dieser Betriebe eine klare Vorstellung. Sie empfinden allmählich aus diesem Mangel, ebenso zuweilen die Unternehmer selbst. Aus diesem Grunde hatte kürzlich die Sektion Hamburg der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie angeregt, bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß an den Universitäten und technischen Hochschulen Lehrstühle für soziale Medizin und soziale Erziehung errichtet werden, um den an der Ausübung der Arbeiterversicherung wirkenden Ärzten, Schiedsgerichtsvorsitzenden, Technikern usw. Gelegenheit zu geben, sich für diese Tätigkeit genügend vorzubereiten. Der Vorstand erkannte zwar das Bedürfnis einer solchen Ausbildung an, aber er erklärte, er halte den Unterricht auf den Hochschulen hierzu nicht für geeignet. Es erscheint ihm zweckmäßiger, wie es schon jetzt an einzelnen Orten geschehe, in den Industriezentren Kurse für praktische Ärzte, Techniker und Verwaltungsbeamte einzurichten, um die Kenntnisse der sozialen Erziehung in diesen Kreisen zu fördern und deren praktische Durchführung zu erleichtern. Es empfiehlt sich daher, die weitere Erörterung dieser Frage in Verbände der Berufsgenossenschaften anzuregen.“

Warum die Hochschulen nicht für den Unterricht und die Vorträge über diese Materie geeignet sein sollen, und die Einrichtung dazu dienender Kurse in die Hände des Verbandes der Berufsgenossenschaften gelegt werden soll, wird nicht gesagt. Der Grund ist aber un schwer zu erkennen. Man traut den an den Universitäten angestellten Lehrern nicht so ganz, denn sie können doch zuweilen auch ein mißbilligendes Urteil über das Verhalten der Unternehmer fallen lassen. Man hält es daher doch für besser, daß die Unternehmer die Einrichtung dieser Kurse selbst in die Hand nehmen. Denn dann können sie, ebenso wie sie an den Betriebskrankenkassen nur ihnen genehme und von ihnen abhängige Ärzte anstellen, auch für diese Kurse nur ihnen genehme und von ihnen abhängige Lehrer anstellen. Sie sind dann sicher, daß diese die „sozialen“ Kurse so abhalten, daß das Verhalten der Unternehmer in keinem trüben Lichte erscheint, daß den Ärzten usw. die Bedeutung der Wohlfahrts-einrichtungen und der ganzen sozialen Erziehung recht zum Bewußtsein gebracht wird, und daß durch sie auf das Beste für die Arbeiter wie für die Angestellten geforgt wird. Die Berufsgenossen-

Die polnischen Könige benutzten den inneren Zwiespalt zwischen Deutschen und Eingeborenen zu einer demagogisch-demokratischen Agitation. In ihrem eigenen Lande befand sich zwar die niedrigere Landbevölkerung in ebenso großer Not, doch glaubte man durch Versprechungen an die Eingeborenen das Land gänzlich in polnische Hände bringen zu können. Das wäre auch gelungen, wenn nicht Schweden den Deutschen zu Hilfe gekommen wäre. Schon vor dem 30jährigen Kriege hatten Abgesandte der Stadt Riga von Schweden Hilfe zugesichert erhalten. Als nun Gustav Adolph mit seinem Heere in Deutschland landete und auch nach den Ostpreussischen Provinzen zog, fielen sofort sämtliche baltischen Länder von Polen ab und begaben sich unter seine Schutzherrschaft. Die erste Vorbedingung dazu war natürlich wieder, daß man die vollkommene Selbstherrlichkeit des Adels unangefastet ließ. Doch trotzdem sollte es dieses Mal den deutschen „Adelsmännern“ etwas ernstlicher an den Krügen gehen. Im Jahre 1625 hatte Gustav Adolph Polen zum Verzicht auf Livland gezwungen. Im Jahre 1655 erfolgte ein Beschluß der schwedischen Reichstände, daß eine allgemeine Revision der Besitztümer und eine Reduktion aller der Güter vorzunehmen sei, die willkürlich in Alodien oder Erbgütern verwandelt und demgemäß verkauft, verpfändet oder an Lächter und Seitenerwände vererbt worden waren. Im Jahre 1680 wurde dann auf Betreiben Karl XI. von Schweden ein Reichstagsbeschluß gefaßt, diese Reduktion auch auf Livland und Estland auszudehnen. Nach Durchführung desselben wären mehr als fünf Sechstel des Bodens seinen bisherigen Inhabern entzogen worden. Den Herren Junkern stand das Wasser am Halse; und von derselben Seite, von der heute jene Gesichtspunktverdrängungen ausgehen, hat man auch die damaligen Maßnahmen der schwedischen Regierung in ein schlechtes Licht zu stellen versucht. Man suchte und sucht es noch heute so darzustellen, als ob Schweden nur aus Hunger nach Kronengütern jene Maßnahmen angeordnet hätte.“

Doch selbst Jul. Ehardt, dem Treisichle noch zu liberal ist, vertritt eine entgegengelegte Auffassung, die uns zugleich jene Adelsmännern im rechten Lichte erscheinen lassen.“

Schweden selbst hätte sich einen freien Bauernstand geschaffen, der ja auch die Grundlage seiner Macht im 17. Jahrhundert bildete. Es war natürlich, daß ihm Zustände, wie die in Livland, fremdartig anmuten mußten, wo der größte Teil „enagelischer Christenmännern“ in „direkter Sklaverei“ lebte. Es suchte nun seine „gute Politik“ auch in jenen Ländern einzuführen. Der Beginn dazu war die noch unter Gustav Adolph im Jahre 1639 erzielte Gründung der Universität Dorpat. Dann versuchte man den Adel zu bewegen, eine Revision der Leistungen der Eingeborenen einzuführen. Die Junker widersetzten sich dieser Beschränkung ihrer Ausbeutung,

Baltische Kulturbilder.

II.*)

In der Geschichte der europäischen Staaten vom Ausgang des Mittelalters bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts können wir, von einzelnen Besonderheiten abgesehen, überall eine einheitliche Entwicklungsrichtung verfolgen. Die Ausbreitung des Handels förderte die Entstehung einer größeren Zahl von städtischen Gemeinden. Diese gaben den Fürsten ein Gegengewicht gegen die allzu große Expansion des grundbesitzenden Adels, und es entwickelten sich absolute Monarchien mit stehenden Soldateneinheiten. In den baltischen Ländern war durch die formwährenden Fehden aller gegen alle eine solche Gestaltung unmöglich. Außer Riga, Reval und Dorpat ist es zu einer eigentlichen Städteentwicklung gar nicht gekommen. Und die Ordensritter, d. h. der grundbesitzende Adel, hatte ja gegen Bischof und Städte gesiegt. Die Ritter waren nur darauf bedacht, ihre Selbstherrlichkeit auszubauen. Sie kamen zu diesem Zweck auf Landtagen zusammen, wo sie über das Wohl und Wehe der unterdrückten Eingeborenen entschieden. Solche Landtage existierten bereits im ersten Viertel des 15. Jahrhunderts, und es waren auf ihnen nur die Ritter vertreten. Den Städten gewährte man hin und wieder Zutritt, räumte ihnen aber selbst dann nur beratende Stimme ein. Es war vorauszu sehen, daß unter solchen Umständen eine starke Vereinigung nach außen überhaupt unmöglich war und das ganze Staatsgebilde bei dem ersten Anstoß zusammenbrechen mußte.“

Und dieser Zusammenbruch erfolgte denn auch unter Umständen, wie sie in der Geschichte nur noch ein einziges Mal ihre Wiederholung gefunden haben, nämlich in dem Sturze des preussischen Junkerstaates Anno 1806/07. Gerade wie damals die Iphenilge und Hymelwe vor Napoleon auskniffen, so haben es ihre Klassen-genossen in dem baltischen Lande schon 250 Jahre früher getan. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts griffen die Russen unter dem Zaren Iwan II. den Ordensstaat an und verwüsten das ganze Land. Es ist klar, daß die Ritter der Hebermacht Iwans auf die Dauer doch nicht hätten standhalten können; aber, daß sie so feige Haus und Hof ohne Schwertschmerz aufgeben würden, war doch nicht zu erwarten. Nach dem Fall Dorpats verkaufte der größte Teil dieser „Adelsmännern“ alle Besitztümer, zum Teil an Danemark, zum Teil an Schweden und floh in die alte Heimat Weisfalen. Es gingen damals folgende Verse in den Kreisen der Landsknechte um:

Der Bogt von Hertven hat die Tugend,
Er hat nicht viel gebüht in der Jugend,
Drum muht' er's im Alter treiben,
Drum küßt er viel sein „Hausgemach“.
Als er erfuhr den Dorpater Schlag,
Tät' er sein Gebiet verlassen
Und floh über alle Straßen.

Der Feind war noch über 15 Meilen,
Da floh der Ritter mit großen Eilen,
Ließ alles offen hinter sich liehn.

Wie es mit Reval ergangen dann,
Das kann bezugen wohl mancher Mann.
Der Komtur hat's ohne Not verlassen,
Ließ hinter sich den Dom und die Straßen;
Er setzte sich flugs auf ein Schiff und entkam,
Eh' noch der Däne das Schloß übernahm.

Die Bürger versuchten wohl Widerstand zu leisten, wurden aber von der Hebermacht Iwans, der widerholt mit seinen Heeren einfiel, in blutigem Kampfe geschlagen. Am meisten hatten natürlich die Eingeborenen zu leiden. Sie machten wiederholt verzweifelte Aufstände, doch so feige sich die Ritter dem äußeren Feinde gegenüber zeigten, den „i n n e r e n“ grausam niederzumetzeln, das haben sie auch damals schon verstanden. Wiederholt tiefen sie den deutschen Kaiser, Schweden und Polen gegen Iwan zu Hilfe. Estland wurde denn auch schwedische Provinz, die übrigen Länder begaben sich unter polnische Schutzherrschaft, machten aber zur ersten Bedingung dieses Abtes die Beibehaltung ihrer Herren- (d. h. Ausbeutungs-)rechte. Der Zar Iwan II. machte nach viele Kauszüge nach Livland, mußte aber zuletzt nach schweren Niederlagen alle Eroberungen an Polen und Schweden wieder herausgeben.“

Der Zustand des Landes war nach all den Zerstörungen schauerlich. Das ganze Land war ein Trümmerhaufen. Selbst Kinder von Adligen liefen mit Bettelbriefen im Lande umher. Die eingeborene Bevölkerung war dezimiert. Sie lebte in Erdhöhlen und Wäldern von Raub und Mord. Meilenweit war alles Land un bebaut und verwüdet. Dörfer sah man überhaupt nicht mehr, nur hin und wieder ein einzelnes Häuschen. Die Ritter, anstatt nun durch zeitgemäße Konzessionen gemeinsam mit den Eingeborenen dem Elend zu steuern, glaubten nur durch noch größere Härte ihre Lage verbessern zu können. In erster Linie lam es ihnen darauf an, ihre „Autorität“ wiederherzustellen, und das setzten sie auch mit junckerlicher Grausamkeit durch.

*) Vergl. den ersten Teil dieser Schilderung in Nr. 144 des „Vorwärts“.

Schaften sind geeignet, antisoziale Empfindungen der Menge in die Gänge zu treiben, die soziale Lage der Arbeiter dazu zu misbrauchen, die Versicherungsgesetze noch mehr, wie es die Leute in der Arbeiterklasse leider tonangebenden Mugdan, Feder und Genossen anstreben, zu Verschönerungsanstalten gegen Gefährdung der Arbeiter und für Verhinderung der Einnahmen von Steuern zu machen. Soziale Kurie müssen völlig von dem Einfluß der Unternehmerrschaft losgelöst sein, wenn sie nicht das Gegenteil dessen wirken sollen, was ihr Name andeutet.

Aus der sozialpolitischen Freiheitsdomäne. In den Steinbrudereien Rü r n b e r g s wird, da die organisierten Arbeiter ausgespart sind, der Betrieb mit Hilfe von Arbeitsmädchen und Lehrlingen notdürftig aufrecht zu erhalten gesucht. Das führt zu ganz gefährlichen Zuständen. So sollten bei der Firma Sed u. Co. zwei Mädchen an einer großen Maschine arbeiten, die von einem 15 Jahre alten, noch unausgebildeten Lehrling bedient werden sollte. Die Mädchen weigerten sich, weil sie Gefahr für ihr Leben befürchteten. Sie wurden deshalb ohne weiteres entlassen und stellten beim Gewerbeamt Klage auf Entschädigung. Ihre Klage wurde jedoch abgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es wörtlich: „Das Gericht nahm eine beharrliche Arbeitsverweigerung an, die Mädchen hätten eine ausführliche Begründung ihrer Weigerung geben und überdies auch abwarten sollen, ob wirklich eine Gefahr für ihr Leben bestehe!“ Ein solches Urteil verkehrt geradezu Unrecht in Recht. Nach dem Gesetz hat der Unternehmer alle zur Abwendung von Gefahr erforderlichen Maßnahmen, selbstverständlich auch schon bevor ein Unglück eingetreten ist, zu treffen. Die Bedeutung einer Maschine durch einen Lehrling ist eine großschadliche Gefährdung des Lebens der Arbeiterinnen. Die Rechtsprechung der Gewerbeämter hält sich in ihrer Mehrzahl von solchen sozialpolitischen Empfindungen und dem Gesetz ins Gesicht schlagenden Aussprüchen, wie sie das Nürnbergger Gericht produziert, glücklicherweise noch fern. Es ist aber leider nicht zu verkennen, daß das Vertrauen der Arbeiter in die sozialpolitische Einsicht der Gewerbeämter in wachsendem Maße getrübt wird.

Gerichts-Zeitung.

Ein Chinakämpfer vor Gericht.

Vorgestern stand vor der Strafkammer in Halle ein Chinakämpfer, Gustav Schwertinsky aus Wittenberg, vor demselben Vorsitzenden, vor dem sich seinerzeit der Reichstags-Abgeordnete Genosse Kumeri im Chinaprozess zu verantworten hatte. Die zur Anklage stehende Tat spielte nur eine nebensächliche Rolle — der Mann hatte gelegentlich eines Besuchs bei einer Pächterin in Wenddorf Hausfriedensbruch begangen —, charakteristisch war aber die Verteidigung. Der Chinakämpfer betrat in tadellos weißer Weste, mit Glacéhandschuhen an den Fingern und einem Stock in der Hand die Anklagebank. Auf die Frage nach seinem Verufe erklärte er: „Ich bin Preuze durch und durch.“ Dann hielt er — daran konnte ihn kein Staatsanwalt und kein Richter trotz beantragter Ordnungstrafen hindern — folgende Rede:

„ReichsHerren, ich habe den Chinakampfbuch mitgemacht und trage die Chinamedaille. Die Augen sind mir nur so um die Brüste herumgeschlagen“, denn ich löst nach dem Grundsatze meines Kaisers: „Pardon wird nicht gegeben und Gefangene werden nicht gemacht.“ Ich habe meine Brust dem Kaiser geschenkt und werde stets mit Revolver, Flinten und Dolch den Kaiser verteidigen. Der Teufel soll denjenigen holen, der sich an meinen Kaiser heranwagt und wehe demjenigen, der mir hinderlich ist.“ Bei diesen Worten lachte der Angeklagte wie ein Narrischer mit seinem Stock auf der Anklagebank umher. Der Staatsanwalt beantragte eine Strafe wegen Ungehörigkeit vor Gericht. Der Angeklagte wies den Staatsanwalt aber „in seine Schranken“ zurück. Einen Gerichtsvollzieher, der sich ihm näherte, jagte der Angeklagte mit dem Stocke weg. Dann begab sich der Chinakämpfer auf das juristische Gebiet und fuhr trotz Protestes des Staatsanwalts und der Richter fort: „Meine Herren, ich kenne die ganze Strafprozessordnung und habe die ganzen Gesetze unter meinem Schädel; an mir ist ein Rechtsanwalt verstorben.“

Die Richter glaubten, daß der Angeklagte neben den Gesetzen auch noch etwas anderes unter dem Schädel habe. Der herbeigerufene Gerichtsarzt führte aber das wüste Betragen des Angeklagten als Alkoholgenuss zurück. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß der Angeklagte nicht zurechnungsfähig sei und verhängte wegen Hausfriedensbruchs eine Geldstrafe von 10 Mark. Von Strafen wegen Ungehörigkeit vor Gericht wurde Abstand genommen. — Eine Chinareise hat demnach manchmal etwas Gutes für sich.

Canow — Dr. Leipziger.

Wegen Körperverletzung sollte sich der Inhaber einer Annoncenspedition Johannes Canow in der Berufungsinstanz verantworten. Nebenkläger war der Schriftsteller Dr. Leo Leipziger, den Rechtsanwalt v. Palmowski vertrat. Gegen das Urteil des Schöffengerichts war von dem Nebenkläger Berufung eingelegt worden. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Casper. Der Nebenkläger Dr. L. konnte in dem gestrigen Termin nicht erscheinen,

freilich in einer Weise, die sie auf ewig als die reaktionärste Junkerklasse Europas kennzeichnet. Sie verweigerten auf ihren Landtagen jede, auch nur die geringste Reform und erklärten, daß die Bauern ihre Herrschaft selbst so haben wollten und an ihre Anrechtenschaft schon so gewöhnt seien, daß ein anderer Zustand für sie überhaupt unmöglich wäre. Da erst entschloß sich die schwedische Regierung zur Reduktion der Güter, um so in den zu Domänen umgewandelten Besitzungen die geplante Bauernbefreiung durchzuführen. Der Adel widersetzte sich mit junkerlicher Zähigkeit, dennoch hatte sich in der kurzen Zeit schwedischer Reformen der Besitzstand an Vieh und Früchten vervierfacht, und sicherlich wäre die Erlibung der Bauern damals zur Laftache geworden, wenn nicht andere historische Ereignisse dem Junkertum wieder zu Hilfe gekommen wären. Durch den großen nordischen Krieg, der von Polen, Sachsen und Rußland gegen Schweden geführt wurde, fielen die baltischen Länder in den Besitz Rußlands unter Peter den Großen.

Durch diesen gewaltigen Krieg hatte Rußland wieder am meisten zu leiden. Der Zustand des Landes erreichte beinahe den Grad des Elends, das unter Ivan II. das Land heimgesucht hatte. Natürlich sicherte sich der Adel auch unter russischer Oberherrschaft dieselbe Selbstherrlichkeit, die er von jeher zu wahren verstanden hatte. So lebte denn der lettische Adelsstand das ganze 18. Jahrhundert in diesem von unzähligen Kautzügen verwüsteten Land in elendester Unterdrückung und Armut, bis im Jahre 1817 Alexander I. durch kaiserliche Verordnung die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen herbeiführte. So und nicht, wie Th. Schiemann in jener alldeutschen Schrift behauptet, auf Initiative des Adels erfolgte die Befreiung der Bauern. Wie es mit dieser Befreiung wirklich ausgesehen, berichtet O. v. Ruthenberg, ein Schüler Dr. Chr. Schloßers, in der trefflichen Schrift: „Medienburg in Kurland“, Leipzig 1883:

„Die beiden Jahrzehnte, welche der Emanzipation folgten, waren ohne Frage schlimmer als die beiden anderen, die ihr vorangegangen waren. Das patriarchalische Verhältnis, wo es unter milderen Herren existiert hatte, war vernichtet, und die schlimmen Herren fanden leicht Mittel und Wege, die Freigelassenen ebenso zu quälen und auszupressen, wie sie es mit den Leibeigenen getan hatten.“

Die Bauern hatten die Freiheit erhalten, doch die Freizügigkeit war ihnen vorbehalten worden, „sie blieben darum dem Wesen nach Leibeigene und sind es bis auf den heutigen Tag (1883)!“ Allerdings hatte die Aufhebung der Leibeigenschaft Ruhen gebracht — dem Adel! So schreibt Ruthenberg über die Folgen dieses Gesetzes:

„Schon vor zwei und drei Jahrzehnten hatten es einzelne Gutbesitzer versucht, die Bauerngemeinden ihres Gutes, wie man

sondern hatte ein Altes eingeleitet, nach welchem er infolge einer Verweigerung nicht in der Lage sei, im Termin erscheinen zu können. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt v. Palmowski, beantragte deshalb, die Verhandlung zu vertagen, weil der als Nebenkläger zugelassene Dr. Leipziger unbedingt der Verhandlung beiwohnen müsse, da sonst nur einzig und allein die Angaben des Angeklagten einem zweiten Urteil zur Grundlage dienen müßten. Das Gericht beschloß, den Antrag des Rechtsanwalts v. Palmowski abzulehnen und auch ohne Gegenwart des Nebenklägers Dr. Leipziger zu verhandeln. Rechtsanwalt v. Palmowski erklärte hierin eine gewisse Voreingenommenheit des Gerichtshofes und lehnte deshalb den gesamten Gerichtshof wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Da sich ein anderes Richterkollegium nicht so schnell bilden konnte, mußte die Verhandlung nunmehr doch vertagt werden.

Verständige Entscheidungsgründe.

Selten, leider sehr selten ist der Fall, daß ein Gericht seine Entscheidungsgründe in Strafsachen so einrichtet, daß der gesamte Tatbestand daraus zu ersehen ist. Fast nur die Momente pflegen hervorgehoben zu werden, die zur Begründung der Verurteilung führten. Die gegen die Annahmen des Urteils sprechenden tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen haben selten eine Stätte. Wohl drei Viertel aller „Gründe“ enthalten weiter nichts als die Formel „Auf Grund der Zeugenaussagen in Verbindung mit den eigenen Angaben des Angeklagten ist für tatsächlich festgestellt erachtet...“ (folgt die Behauptung der Anklage). Deshalb war der Angeklagte auf Grund der Paragraphen so und so zu verurteilen.“ Solches Urteil ist kaum angreifbar, denn es verhält alle zur Entlastung dienenden Momente. Es entspricht aber dem Gesetz, weil dies nicht fordert, daß die Einwendungen des Angeklagten angeführt und die einzelnen Bestandteile des Urteils begründet werden. Die oben angeführte „Begründung“ genügt. Um so anerkenntswürdiger ist es, wenn ein Gericht selbst im Urteil schon hervorhebt, daß es eigentlich falsch geurteilt habe. Das ist in einem Urteil geschehen, über das am Freitag vor dem Reichsgericht verhandelt wurde. Das Landgericht Thorn hatte am 20. April den Arbeiter Josef Torde wegen Mordbrauchs — er hatte ein Huhn gestohlen — zu zwei Wochen Haft verurteilt. Das Urteil des Landgerichts enthält am Schluß die bemerkenswerten Worte: „Die Prüfung der Frage, ob die Straftat verjährt war, ist vor Verkündung des Urteils unterlassen worden.“ Tatsächlich war die Tat verjährt. Der Staatsanwalt legte zugunsten des Angeklagten Revision mit dem selbstverständlichen Erfolge ein, daß das Reichsgericht den Angeklagten freisprach. Sollte Anklagebehörde und Gericht, die doch beide aus hochgelehrten Herren bestehen, nicht vor Erhebung der Anklage die Verjährung bemerken und dadurch dem Angeklagten Scherereien, über ein Duzend gelehrter Juristen tiefgründige Arbeit und Abfassung gelehrter Urteile ersparen können?

§ 153 der Gewerbeordnung.

Eine drastische Ausdrucksweise der Streikposten wird von den Gerichten als Verurteilung (§ 153 Gewerbeordnung) und Bedrohung mit Todschlag ufw. (§ 240 Strafgesetzbuch) ausgelegt. Vom Reichsgericht wird in dieser Auslegung ein Rechtsirrtum nicht entbedt. Auch die Maschinenfabrik Schmidt und Korn sind aus diesen Paragraphen am 28. Januar vom Landgerichte I in Berlin zu Gefängnis verurteilt worden. Schmidt hatte nach Annahme des Gerichts einem Arbeitwilligen Schläge ins Gesicht und Ohren in Aussicht gestellt, und Korn hatte gesagt: „Soll ich das Was einmal unter den Wagen (es fuhr gerade einer vorüber) stoßen?“ — Die Revision der Angeklagten, welche Verleugnung der Begriffe der Drohung behaupteten, wurde vom Reichsgericht am Freitag verworfen.

Vermischtes.

Eisenbahnschäden durch Unwetter.

Dresden, 7. Juli. Der mehrtägige, wolkenbruchartige Regen hat im Bereich der königlich sächsischen Eisenbahnverwaltung schwere Schäden hervorgerufen. Auf der Bahnstrecke zwischen Ober-Löselitz und Pirna ist der Bahndamm auf 20 Meter Länge durchbrochen; außerdem sind beide Hauptgleise der Linie Bodenbach—Dresden in 120 Meter Länge durch herabgeschlagene Gesteinsmassen unbenutzbar. Die Wiederherstellung der Strecke wird 2—3 Tage erfordern. Zwischen den Haltepunkten Pochscha (Wehlen) und Ober-Löselitz ist an zwei Stellen das linke Hauptgleis durch Steingeröll fast einen Meter hoch verschüttet. An diesen Stellen wird der Umfahverkehr vorübergehend von heute ab bis zu ermöglicher Zeit. Der Verkehr zwischen Schandau und Dresden muß bis auf weiteres über Sebnitz—Kaufstadt—Dürrröhrsdorf—Pirna geleitet werden. Die Telegraphenleitungen zwischen Schandau und Pirna sind gleichfalls unterbrochen. Auf der Strecke Wollensba—Pirna mußte der Verkehr gestern abend vollkommen eingestellt werden; erst heute früh gegen 8 Uhr war es möglich, denselben zeitweise wieder aufzunehmen.

Erzgraf und Wäscherin. Der Erzgraf Erasmus zu Erbach-Erbach heiratete am 1. September 1906 in London die bildhübsche Tochter der Wäscherin Dorothea Fischer geb. Voll, die seit September

das genannt hat, zu sprengen, und alles Bauernland mit einem Schlege in (den Herren unmittelbar gehörendes Land) Hofesland zu verwandeln. Der Versuch war vortrefflich gelungen: die Herren waren reich, die Bauern waren Proletarier geworden. Dies Beispiel wurde jetzt vielfältig im Kleinen nachgeahmt.“

So konnte Ruthenberg noch im Jahre 1883 erklären: „Es ist bis auf den heutigen Tag kein lettischer Bauer in Kurland Eigentümer einer Hofstelle Land geworden.“ Das ist die wahre Geschichte des baltischen Adels, und selbst Zul. Eckardt, ein konsequenter Geschichtsschreiber, muß von der „deutschen Kulturarbeit“ bekennen: „Und es geschah nichts für die Heranbildung der Bevölkerungsschicht, welche die Grundlage des gesamten Staatswesens, die Quelle der Macht und des Reichturns der deutschen Kolonisten bildete.“

Als dann im Jahre 1883 Alexander II. die Befreiung der Bauern fortsetzte, da mußte der deutsche Adel auf seinen Landtagen auch dieses Gesetz zu seinem Vorteil auszubedenken. Sie beriefen sich auf den Artikel 5 der ihnen verbrieften Rechte, der die Unantastbarkeit ihres Eigentums sicherte.

Damit glaubten sie das Recht zu haben, die Befreiung so zu vollziehen, daß für die armen Leuten dies zugleich die Expropriation bedeutete. Ruthenberg warnte damals:

„Der kurländische Adel sollte es erkennen, daß er durch zähes und egoistisches Festhalten an mittelalterlichen Formen und Einrichtungen dem Haße der altrussischen Partei, die ohnehin alles Fremde und Deutsche zu verschwärzen sucht, immer neue Nahrung und immer neue gefährliche Waffen leiht. Der kurländische Adel sollte es erkennen, daß der gegenwärtige Vorteil, den er durch Eingehen des Bauernlandes machen will, in nicht fernem Zukunft, wenn die verstoßenen Bauern massenweise nach Rußland auswandern werden, notwendig in große Verluste und dauernde Verlegenheiten, die teilweise jetzt schon ihren Anfang genommen haben, umschlagen muß.“

Der baltische Adel hat alle Maßnahmen, die ihm wohlmeinende Männer erteilten, in den Wind geschlagen, er hat weiter unterdrückt, weiter ausgebeutet, und wenn jetzt seine Herrenfüße in Trümmern liegen, so kann, wer der Wahrheit die Ehre geben will, nichts anderes dazu sagen, als: ihn hat nur gerechte Vergeltung getroffen.“

Im ersten Artikel „Baltische Kulturbilder“ (Nr. 144 vom 24. Juni d. J.) muß es im letzten Satze des vierten Absatzes natürlich nicht „drei Jahrzehnte“, sondern „drei Jahrhunderte“ heißen.

1900 in jener Eigenschaft bei dem Vater des Erbgrafen tätig war. Gegen diese Verbindung waren die Verwandten des jungen Grafen. Sie beschloßen, daß ihm im Falle des Fortbestandes dieser ihrer Ansicht nach „unebenbürtigen“, weil zu sauberen Ehe, die Erbchaft des Millionen betragenden Vermögens und des gesamten Fideikommisses nicht zufallen solle. Es wurde beantragt, die Ehe im Wege der Klage für nichtig zu erklären. Dann wurde bei dem Amtsgericht Homburg v. d. S. der Antrag gestellt, den jungen Grafen Erasmus für geisteskrank zu erklären und den Vater als Vormund zu bestellen. Se. Durchlaucht Graf Georg Albrecht zu Erbach-Erbach, der Vater des Erbgrafen, veranlaßte alsbald, daß sein Sohn den ehelichen Wohnsitz in Oberursel i. Taunus verließ und sich in eine auf der hohen Mark belagene Nervenheilanstalt begab, wo er sich zurecht noch aufhält. Als Graf Erasmus das traute Heim verlassen hatte, erhielt seine Gattin, Gräfin Dora zu Erbach-Erbach, geborene Fischer, einen Betrag von 200 Mark monatlich zur Befreiung ihres Unterhaltes. Diese Summe war ihr aber zu wenig, da sie mit dem Erbgrafen luxuriös gelebt hatte. Sie forderte daher 500 Mark monatlich. Die Klage wurde vom Landgericht Frankfurt abgewiesen. Vor dem Oberlandesgericht verlangte die Gräfin monatlich 800 Mark. Begründet wurde diese Forderung zunächst damit, daß der Erbgraf eine jährliche Pension von 6000 Mark beziehe, von seinem Vater außerdem einen erheblichen Zuschuß erhalte und standesgemäß mit ihr gelebt habe. Erasmus zu Erbach-Erbach verlangte aber die Abweisung der Klage, denn er erhalte, seitdem er in der Anstalt sei, nur noch ein Taschengeld von 100 Mark monatlich. Wichtig sei es, daß er eine Pension von 9000 Mark bekommen habe; sie betrug früher „nur“ 6000 Mark. Der Rechtsanwalt der Klägerin machte u. a. vor dem Oberlandesgericht geltend, die Gräfin habe ihre Eltern zu unterstützen und sende ihnen monatlich 30 bis 40 Mark. Im Oktober 1905 sei der Gräfin Mutter gekündigt. Nun erhalte die bejahrte Frau keine Stelle mehr, weil die Leute sagten, sie besäße ja eine reiche Tochter. Die alte Wäscherin verdiene nun monatlich nur drei Mark. Ihr lungentranke Mann sei arbeitsunfähig. Der Erbgraf hätte das Ehepaar unterstützen wollen, aber nur zweimal habe er Unterstützungen gegeben. Daß die Gräfin mit 200 Mark nicht auskommen könne, gehe auch daraus hervor, daß sie auch 20 Mark monatlich dem Dienstmädchen zu bezahlen habe. Schon zweimal sei die Gräfin von ihrem Gatten um Darlehen angegangen worden, doch hätte sie dem Wunsche nicht willfahren können. Der Vertreter der Gegenpartei führte u. a. aus, daß die Gräfin außer den 200 Mark noch eine 750 Mark jährlich kostende Wohnung frei erhalte, den Lohn für das Dienstmädchen extra bekomme und zudem die vom Erbgrafen gekaufte Wohnungseinkaufspreise besitze. Das Vermögen des Erbgrafen sei gleich Null. Er werde überhaupt nichts erhalten, wenn die Ehe nicht für ungültig erklärt werde. Infolge seiner Kerkhaft sei der Erbgraf nicht erwerbsfähig. Im vorigen Jahre habe der Vater 216 000 Mark Schulden des Sohnes bezahlt. Infolge des Schuldenmachens habe die Entmündigung des Erbgrafen stattgefunden. Die Verpflichtung des Vaters als Vormund sei kürzlich erfolgt. Das Oberlandesgericht wies die Berufung der Klägerin zurück. Sie dürfe auch mit 200 Mark auskommen, selbst wenn sie weder ihrer Standesgenossin treue in der Vorliebe für Silber nachziefert, noch ein durchlauchtigstes Wäsche-Etablissement zur Reinigung der schmutzigen Wäsche derer von Erbach-Erbach eröffnet. Aber durchlauchtig ist die Vorenhaltung zur Befreiung „standesgemäßen“ Lebensunterhaltes nicht.

Erdbeben in Tyrol.

Innsbruck, 7. Juli. In Niening und Stams im Ober-Juntal wurden in der vorhergehenden Nacht um 10 Uhr 35 Min. und 11 Uhr 17 Min. starke Erdbeben verspürt. (Zf. B. 3.)

Augsburg, 7. Juli. Aus Mittelschwaben werden schwere Gewitter und Hochwasser gemeldet. Auf der Ammerseebahn ist infolge Dammrutschs der Verkehr unterbrochen, ebenso auf der Bahnlinie nach Schongau. (Zf. B. 3.)

Budapest, 7. Juli. Ein gestern abend hier niedergegangenes stürmisches Unwetter hat großen Schaden angerichtet. Der Verkehr der elektrischen Stadtbahn wurde überschwemmt, so daß der Verkehr bis in die Nacht eingestellt werden mußte.

Allgemeine Familien-Todesliste. Heute: Anzahl Adressen 123 bei Wieselhof von 3—5 Uhr.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Weizen 1. 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 58—64, IIIa 53—56, IVa 46—51, engl. Weizen 0,00, dan. Weizen 0,00, holl. Weizen 0,00, Ralsfleisch, Doppelländer 100—110, IIa 84—90, IIIa 74—82, IIIa 62—72, Sammelfleisch Ia 72—76, IIa 62—70, Schweinefleisch 61—67, Kaninchen per Stück 0,20—0,60, Hühner, alte, Stück 1,60—2,40, junge, per Stück 0,60—1,00, Tauben, junge 0,30—0,50, alte 0,00, Enten, prima, pr. Stück 1,70—2,25, Hamburger, junge, per Stück 2,00—3,00, Gänse, junge, per Pfd. 0,50—0,65, per Stück 3,00 bis 4,00, Fleisch 83—102, Schale 75—88, Eier 0,00, Kalb, groß 137—155, mittel 133—139, klein 0,32, um 91—127, Wägen 61—62, Hühner, pom. I, pr. Schod 3,00—6,50, Kleier, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—4, do. klein per Kiste 0,00, Wäslinge, engl. per Ball 4,50—5, Kleier 2—4,50, Straußener 5—6, Kalb, groß p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, II, 0,50 bis 0,60, Spotteln, Kleier, 2 Ball 0,00, Eib. per Kiste 0,00, Erbellen, 1902er, pr. Kiste 85,00, 1904er 85,00, 1906er 80,00, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40—44, fall 38—33, mod. 35—42, deutsche 37—44, Perlinge, neue Matjes, pr. 1/2 To. 60—120, Hummer, Ia, 100 Pfd. 85—118, Krebse, pr. Schod, mittel 10,00, kleine 3,50—10, unsortiert 2,10—5, Gänse, mittel 0,00, Eier, Land, pr. Schod 0—0,00, frische 0,00, Butter per 100 Pfund, Ia 109, IIa 103—106, IIIa 100—103, abfallende 95—100, Saure Gurken, neue, Schod 4—6, Pfeffergurken 4,50—5,00, Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 0,00, rote Daberger 2,10—2,25, runde weiße 1,80—2,10, hiesige blaue 3,25—3,50, neue hiesige 2,25—3, neue Berliner 2,50—3, Spinat, pr. 100 Pfund 8—10, Karotten pr. Schod 2,50 bis 4,00, Kohlrabi, pr. Schod 1,00—1,50, Rettig, harr., pr. Schod 2,40—4,20, Habarber, Hamb., pr. 100 Pfd. 0,00, Radishes, pr. Schod 0,60—0,70, Salat, pr. Schod 1,00—1,25, Bohnen (grüne), pr. 100 Pfd. 25—40, Schoten hiesige, pr. 100 Pfd. 5—12, Pfefferlinge pr. Pfd. 0,30—0,35, Mohrrüben pr. Schod 2,50—4,00, Mamentofel pr. Pfund 1,50—2,50, Wirsingtopf pr. Pfund 1,00—1,50, Strohspitz pr. Pfd. 0,33, Teltower Rübchen pr. Pfd. 0,00, Johannisbeeren, hiesige, weiße, pr. 1 Pfd. 0,07—0,12, do. rote 0,06—0,10, Stachelbeeren pr. Pfd. 0,09—0,14, Kirchen, ital., 100 Pfd. 0,00, Ratten, Berderjer 22—24, Berderjer Glas 10—14, Ratten, ungar. 0,00, do. 10—12, do. sarrer 18—24, Himbeeren, Berderjer pr. 100 Pfd. 22—30, Maulbeeren pr. Pfd. 0,05—0,12, Erdbeeren, holl., pr. 100 Pfd. 18—28, Garten- pr. Pfd. 0,00—0,00, Hamburger 0,20—0,25, hiesige 0,15—0,20, Walzen pr. Pfd. 0,30—0,55, Räumern, ital. lange, pr. 100 Pfd. 20—24, Zitronen, Messina, 300 Stück 14,00—16,00, 300 Stück 14,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00.

Witterungsübersicht vom 7. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.		
										Zeitpunkt	Zeitpunkt
Emmende	751,8	SW	3	19	Habaranda	761,8	SB	2	16		
Hamburg	761,8	SB	4	bedekt	14	Petersburg	764,8	S	bedekt	13	
Berlin	757,8	SB	3	bedekt	15	Silly	764,8	SB	1	bedekt	15
Frankfurt	762,8	SB	2	bedekt	15	Aberdeen	761,8	S	1	bedekt	13
München	762,8	SB	5	bedekt	15	Paris	764,8	SB	1	bedekt	16
Wien	758,8	SB	5	bedekt	17						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 8. Juli 1906.

Langsam aufklarend, am Tage etwas wärmer bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 6. Juli. Elbe bei Hufsch — 0,05 Meter, bei Dresden — 1,47 Meter, bei Magdeburg + 1,21 Meter. — Unstrut bei Trausnitz + 1,40 Meter. — Oder bei Antbitz + 1,08 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,02 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,04 Meter, bei Frankfurt — — Meter. — Weichsel bei Wapensünde + 3,04 Meter, — Barthe bei Posen + 0,70 Meter.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 10. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr,
in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 103:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung aus voriger Versammlung und zwar: Kasfenbericht. Bericht der Revisoren. Vorträge. Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreicher Besuch erwünscht.

Verein der Bierabzieher Berlins u. Umgegend.
Vereinslokal und Vereinsnachweis: Seidelstr. 30.
Fernsprecher Amt 1, Nr. 9248.

Achtung! Bierabzieher! Achtung!

Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 2 Uhr, im großen Saale der
„Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Versammlung aller Bierabzieher Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

Vortrag und Diskussion über die Wirkung der Biersteuer auf
unsere Arbeitsverhältnisse.

Der Vorstand.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 9. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann,
Rauynstr. 27:

Werkstatt-Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über „Gewerkschaftsorganisation und Unternehmerium“.
2. Der Streit in der Pianofortefabrik von Bell u. Co. 3. Werkstatt-
angelegenheiten.

Zur Beachtung! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung
muß jeder Betrieb vertreten sein.

Der Vorstand.

**Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen
und Berufsgenossenschaften Deutschlands**
Bezirksgruppe: Berlin-Brandenburg u. Mecklenburg.
Montag, den 9. Juli 1906, abends 8 Uhr, bei Riegel,
Stralauerstraße 57:

Bezirkstag in Berlin.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: **Modernes Verkehrswesen.** Referent:
Ingenieur **P. M. Grempe.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
in den

Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 82:

Allgem. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Vortrag des Kollegen **Müntner** über „Hirsch-Dundersche
Gewerksvereine“.
3. Diskussion.
4. Berichterstattung der Delegierten zur Berliner Gewerkschafts-
kommission sowie Neuwahl derselben.
5. Verschiedenes.

Kollegen! Angesichts der in der letzten Zeit getriebenen Versuche
des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, Mitglieder unserer Organisation zu
sich herüberzuziehen, um dadurch die so dringend notwendige Einigkeit der
Kollegen zu zerstören, erwarten wir, daß sämtliche Kollegen diese Ver-
sammlung besuchen, um so die Abrechnung mit dem Hirsch-Dunderschen zu
einer recht impolanten zu gestalten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schük,
Schönhauser Allee 28:

Bezirks-Versammlung für die Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Silber** über: Die wirtschaftlichen Kämpfe.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Frauen und Nichtmitglieder haben Zutritt.

Der Bezirksleiter.

Dienstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von
Kubat, Blumenstr. 38:

Branchen-Versammlung aller auf Näh- und Damen-Schreibtiſche arbeitenden Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Die werden die mit unseren Arbeitgebern im Frühjahr getroffenen
Vereinbarungen innehalten? 2. Verschiedenes.

NB. Es empfiehlt sich zu dieser Versammlung die Werkstatt-Larſe
mitzubringen.

Die Kommission.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sektion der Töpferträger.
Montag, 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus,
Rosenthalerstr. 57:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Zweigvereinsvorstand.

**Einkaufs-Vereinigung
Berl. Fabrik-Konsumvereine**
Sonnabend, den 11. Juli, abends
8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Char-
lottenburg, Rosenthalerstr. 3:
Allgemeine Versammlung.
Fabrik-Konsumvorstände
im eigenen Interesse drin-
gend eingeladen. 28406



Heinrich Franck,
Berlin N. 54, Brunnenstr. 185.
Belästigen Sie bitte sofort:
Druck, Schneid. 150 Pf.

Billige Rohtabake.
Max Jacoby, Stollitzerstr. 52.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Mariendorf und Umgegend.

Am 16. Juli d. J., nachmittags
6 1/2 Uhr, im Restaurant Reichardt
zu Mariendorf, Chausseestraße 10:

Generalversammlung der Arbeit- nehmer-Delegierten der Kasse.

Tagesordnung:
Wahl dreier Vorstandsmitglieder.
Mariendorf, den 5. Juli 1906.

Für den Vorstand: 274/9
H. Herzberg, 2. Vorsitzender.

**Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen
beschäftigt. Arbeiter Berlins u. Umgegend.**

Am Montag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(großer Saal), Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Kasfenbericht. 3. Wahlen. 4. Vorträge. 5. Ge-
werkschaftliches. 75/16

Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Dienstag, den 10. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn
Hoppe, Hermannstr. 48/49:

Branchen-Versammlung der Möbeltischler.

68/30

Die Ortsverwaltung.

Gesund, nahrhaft u. billig
alkoholfreies Erfrischungs-Getränk

ausgezeichnet mit Ehrenpreis
u. goldenen Medaillen

Genl.-Vertrieber: **Ernst Krüger, Berlin 110, Hallesche Str. 28**
Tel. VII. 94703

**Sterbekasse
ehemaliger Pflugscher Arbeiter**
(Hetzelsche Kasse). 284/5*
Sonntag, 22. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 188:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der Generalver-
sammlung vom 23. Januar 1906. 2. Kasfenbericht des Revisors der ersten
Halbjahre 1906 und Bericht der Revisoren. 3. Festlegung der Substitutions-
organe pro 1906/07. 4. Antrag des Vorstandes betreffend Erneuerung der
abgelaufenen Dattungsbücher. 5. Verschiedene Kasfenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. A.: O. Winkler.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!
Berliner

Schneiderei-Genossenschaft

(Gegr. von organisierten Schneidergehülſen Berlins)

Brunnenstr. 185, im Laden,
zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse,
empfiehlt sich den werten Arbeitern und Parteigenossen zur
Anfertigung von

feinerer Herren-Garderobe.

Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge,
Sommer-Paletots und Arbeiter-Berufskleidung.

Verkauft nur gegen bar! — Streng feste Preise!
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Werkstätten unter den von der Organisation
festgesetzten Lohnbedingungen.

Um geeigneten Zuspruch bittend, zeichnet
„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
Lieferant des Berliner Konsum-Vereins und der
Konsum-Genossenschaft Berlins und Umgegend.

**Berliner Mumme
Caramel-Malz-Bier**

alkoholarm in Flasern u. Flaschen pasteurisiert
Vorzügliches Kräftigungsmittel f. Rekonvaleszenten u. Kranke.
erfrischend bekömmlich

Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Brauerei Weißensee Gust. Sanders.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Firma
Stahlwarenfabrik GGG
Versandhaus L. Ranges.

Gebrüder Rauh Gräfrath bei Solingen.

Nachstehende Gegenstände versenden wir **30 Tage zur Probe.** Jedes Stück wird einzeln ab-
gegeben und franko versandt.

Nickel-Uhrkette mit Kautschuk-Stempel **NEU! „Hansa“ Vexier-Börse mit NEU!**
No. 1830. Herren-Uhrkette mit Medaillon-Anhänger

aus echt Nickel m. schön. Glasphotogr.
(Frauenkopf), welches inwendig einen
herausnehmbaren Kautschuk-Stempel ent-
hält, der mit beliebiger Inschrift nach An-
gabe jed. Käufers extra angefertigt wird.
Der Stempel kann die volle Adresse
des Bestellers enthalten u. ist so stets
zur Hand, um Briefe, Kuverts, Karten,
Bücher etc. stempeln zu können. Ganze
Länge der Kette zirka 28 cm. Preis
einschließl. Medaillon mit fertigerem
Stempel, Farbkissen, Farbe und
Pinsel nur

M. 1.60 franko.

Abbildung in halber
natürlicher Größe.

Ohne Uhrkette kostet das Medaillon **M. 1.— franko.**
kompl. m. Stempel nur

Geräumig und außerordentlich solide.
Kann nur vom Eigentümer geöffnet werden.

**Hansa
Vexier-Börse**
Ficht Seehund

Versand unter Nachnahme oder gegen
Vorauszahlung des Betrages.

Garantieschein: Nichtgefallende Waren
tauschen wir bereitwilligst
um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei
ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jeder-
mann, aber nicht an Personen unter 16 Jahren,
unseren neuesten illustrierten

Pracht-Katalog, über 5000 Gegenstände enthaltend, und zwar: alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- u. Küchengeräte, Werk-
zeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen,
Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren u. viele and. Artikel in größter Auswahl.

Wir bemerken noch, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.
Über 5000 lobende Anerkennungsschreiben bestätigen die Güte und Qualität unserer Waren.
So schreibt Herr Lärkens unaufgefordert: „Bis jetzt habe ich schon über 300 M. an Waren bezogen und muß
der geehrten Firma meinen herzlichsten Dank aussprechen. Bin jedesmal mit der Ware sehr zufrieden gewesen
und werde mir auch fernerhin Mühe geben, die geehrte Firma zu empfehlen.“
gez.: Joh. Jos. Lärkens.

Bei größeren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

No. 9640. Vexier- oder Sicherheits-Portemonnaie „Hansa“

echtes schwarzes Seehundleder, fein vernickelter Außen- und Innen-
bügel, echtes, starkes Lederfutter, 3 Fächer, zum Preise von nur
M. 1.40 franko. Genaue Gebrauchsanweisung,
welche angibt, wie das Portemonnaie
geöffnet wird, liegt jedem Stück bei.

2 Buchstaben oder 1 Monogramm in Golddruck in das Leder
eingepreßt kostet 10 Pfennig, der ganze Name 20 Pfennig.

Musik.

Die industrielle Art unserer lieben Weltstadt bringt auch die musikalischen Theater immer mehr und mehr dazu, nicht produktiv voranzugehen, sondern es dem Publikum und sich mit bewährten Repertoirestücken und bewährten oder unbewährten Gästen bequem zu machen.

hafter Lyrik und erhöhte das Ganze durch die außerordentliche, manchmal vielleicht zu weitgehende, Milde ihrer vollendeten Künstlerkraft. Daß ihre Gesangstechnik noch immer auf einer mühselgütigen Höhe steht, bedarf wohl am wenigsten der Erwähnung.

Wahrscheinlich ging es auf ihren Einfluß zurück, daß beinahe alle wichtigeren Partien italienisch gesungen wurden; so viel ich bemerkte, sang nur der Chor und ein oder der andere Sänger deutsch (einer sogar halb deutsch halb italienisch).

Die Tenorpartie sang Georg Raiff von der Wiener Oper. Er entfaltete sich im Laufe des Abends gut und spielte gemütlicher, als es sonst Tenore tun, wie denn überhaupt ein Hauch von mürrem Gemüt über der ganzen Vorstellung lag.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Neues König. Operntheater. Sonntag: Nignon. Montag: Ein Madonnenbild. Dienstag: Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. Mittwoch: La Traviata. Donnerstag: Nignon. Freitag: Das goldene Kreuz. Sonnabend: Die Fledermaus. Sonntag: Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. Montag: Das goldene Kreuz.

Baer Sohn advertisement featuring 'Sommer-Joppen' and 'Lüster Jacketts' for men. Includes a central illustration of a man in a suit and hat, and lists various clothing items with prices.

Singer Nähmaschinen advertisement. Features the Singer logo and text: 'Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!'.

Der Kinder Liebstes advertisement. Promotes a beverage with text: 'und gesüßetes Getränk ist Feuchtsilimonade. Reiches Feuchtsilimonade-Extrakt enthält das volle Aroma früherer Feuchte.'

Vineta-Zigaretten advertisement. Promotes 'Steuerfreie Vineta-Zigaretten!' with details on prices and availability.

4000 M. Preisausschreiben advertisement. Offers a contest for 'Gedichte, Romane, Novellen, Kompositionen, Amateurphotographien'.

Gelegheits-Kauf! advertisement. Offers a 33 1/3% discount on various goods like 'Teppiche, Gardinen, Portieren'.

Kredit! advertisement. Offers 'Monatlich 10 Mark' credit with details on terms and interest.

Grosse Betten 12 Mk. advertisement. Promotes 'Grosse Betten 12 Mk.' with details on quality and price.

Möbel advertisement. Promotes 'Polsterwaren' including sofas, mattresses, and furniture.

Jahre & König advertisement. Promotes watches and timepieces with text: 'Auf Teilzahlung!!! Wöchentlich nur 1 Mk.'

Hygienische advertisement. Promotes 'Hygienische' products and services, including dental care.

„Was Ihr Wollt“ advertisement. Promotes a magazine with text: 'Eine Zeitschrift von Abonnenten für Abonnenten.'

J. Baer advertisement. Promotes 'Badstr. 26' and various goods.

Glück advertisement. Promotes a lottery or game with text: 'Man findet es in reicher Nähe (spielt man Lotterie bei Gustav Haase)'

Spiritus-Glühlicht advertisement. Promotes 'Spiritus-Glühlicht: Lampen und Brenner' with an illustration of a lamp.

Zähne advertisement. Promotes dental services with text: 'tadellose saubere Ausführung 3 Mark. Plomben 2 Mark.'

!! Von 36 Mk. an !! advertisement. Promotes goods starting at 36 marks.

Parteigenossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am Montag, den 16. Juli d. J.:

Großes Volks- und Kinderfest

in folgenden Lokalen:

Beylers Gesellschaftshaus, Treptow, Köpenicker Landstraße 20.

Ludwigs Viktoria-Garten, Treptow, Köpenicker Landstraße 21.

Ludwigs Park-Restaurant, Treptow, Köpenicker Landstraße 25/26.

Konzert unter Leitung der Herren Musikmeister **Otto Hassauer, Otto Runge, Hermann Loppe. Große Kasperle-Theater. Bonbonregen. Fackelpolonaise**, zu welcher jedes Kind eine Fackel gratis erhält. Ueber **1000 Geschenke** werden an die Kinder verteilt.

Die **Kaffeeküche** steht den geehrten Damen zur Verfügung, a Liter 60 Pf., 1/2 Liter 35 Pf. Kassenöffnung: nachmittags 1 Uhr. X X Anfang des Konzerts: 3 Uhr. X X Billetts a 20 Pf. Zahlreichen Besuch erwartet. 244/4* **Das Komitee.**

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 15. Juli 1906:

Großes Sommer-Fest

im Gesamt-Etablissement „Moabiter Schützenhaus“, Plötzensee.

Großes Garten-Konzert

ausgeführt von zwei stark besetzten Musik-Kapellen. Auftreten der beliebten Volkssänger-Gesellschaft **Lewandowski.**

Gesangs-Aufführungen

von Mitgliedern des **Arbeiter-Sängerbundes** Berlins und Umgegend.

Turnerische Aufführungen

ausgeführt von Mitgliedern der **Arbeiter-Turnvereine.**

Auftreten des **Athleten-Klubs „Wedding 83“** (Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes.)

Vorführungen von Mitgliedern des

Berliner Arbeiter-Radfahrervereins (Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.)

Von 3 Uhr nachmittags:

243/16*

Tanz

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

für die Kinder: Jedes Kind erhält am Eingang zwei **Bons**, von denen der eine gegen eine Stocklaterne umgetauscht werden kann, während der andere zur einmaligen Benutzung der Schankel oder des Karussells berechtigt. — Aufführungen eines **Kasperle-Theaters** (ohne Entree).

Für ausreichende Fahrverbindung ist Sorge getragen, da die Straßenbahn-Gesellschaft die Linien 10, 11 und 12 an diesem Tage bis Plötzensee durchführt und bei Bedarf vom Rosenthaler Tor ab Einsetzwagen verkehren. Von der Haltestelle ist zwei Minuten Weg bis zum Schützenhaus. Vom Ringbahnhof Beusselstraße ist das Lokal zehn Minuten entfernt.

Bei etwa eintretenden Unglücksfällen steht den ganzen Tag die **Arbeiter-Samariter-Kolonie** gratis zur Verfügung.

Der **Arbeiter-Schwimmerbund** hat am See eine Rettungswache stationiert.

Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Anfang mittags 12 Uhr.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.

Zur Feier des zehnjährigen Bestehens:

Montag, den 9. Juli, präzise 8 1/2 Uhr abends:

Oeffentliche Versammlung

im Alten Schützenhaus, Linienstr. 5.

Tagesordnung: Aus der Geschichte des 5. Kreises. Referent: Genosse **Leopold Liepmann.**

Gäste erwünscht. Alle Mitglieder, besonders auch die ehemaligen Mitglieder des Wahlvereins sind zum Besuch dieser Versammlung eingeladen. 245/12*

Sonnabend, den 14. Juli:

Festfeier

in den Gesamträumen des **Schweizer Garten** (Königstor).

Konzert X Theatervorstellung

Festrede des Abgeordneten Genossen **Robert Schmidt**

X **Arbeiter-Radfahrer** X **Spezialitäten** X **Kinderbelustigungen** X **Fackelpolonaise** usw. — Jedes Kind erhält Bons für Karussell und Fackel gratis.

Billetts im Vorverkauf 25 Pf. (Kassenpreis 30 Pf.) in der Parteipostition, Kolbelstraße 42, in den Zahlstellen und bei allen Bezirksführern.

Anfang 4 Uhr nachmittags. — Kassenöffnung 3 Uhr.

Rege Beteiligung an beiden Veranstaltungen erwartet

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Stukkateure.

Filiale Berlin.

Montag, den 9. Juli, von nachmittags 3 Uhr an:

Zehnjähriges Stiftungsfest

in **Max Kliems Sommertheater, Hasenheide 13—15.**

Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung, Tanz, Kaffeekochen u. Kinderbelustigung.

Jedes Kind erhält eine Gratistafel. Das Reservieren von Plätzen ist nicht gestattet. Eintrittskarten in den Zahlstellen 25, an der Kasse 30 Pf. Für Tanz zahlen die Herren 50 Pf. extra. 181/1

Kassenöffnung 8 Uhr. — Beginn des Konzerts 4 Uhr, des Tanzes 6 Uhr, des Theaters 7 1/2 Uhr.

Freunde und Kollegen nebst Familien ladet freundlichst ein. **Das Festkomitee.**

Kaufe bei Blitz

Herren- und Knaben-Konfektion.

Nur im Juli kommen bei uns zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf die elegantesten

Herren-Anzüge, Kavaliere . . von 6 90 M. an

Burschen-Anzüge, hochelegant von 4 35 M. an

Kinder-Anzüge, Tip-Top . . von 1 95 M. an

Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . von 1 80 M. an

um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 136/5*

Achtung! **Blitz** Achtung!
3 Geschäfte

9 Rosenthaler Straße 9
Ecke August-Straße.

80 Chaussee-Straße 80

137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chonés Industrie-Palast

Landpartie-

Vereins-Verlosungs-Gegenstände, Lampions, Papiermützen, Radau-Instrumente in hervorr. Auswahl Außergewöhnlich billig z. B.: **Transparente, 1 Dutzend Stocklaterne!** 45 Pf.

Bernhard Keilich, Größt. Spielwar.-Gesch. Dtschl. Gr. Hamburgerstr. 21/23, Ecke Oranienburgerstr. 198 Schauf.

Verlag Max Richter Berlin W. 30 Spayerestr. 27.

Ober 3000 Exempl. verhoult

Die Harnleiden

Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von

Dr. med. Schaper,

BERLIN — Preis 1 Mark.

Dr. Schönemann

Spezial-Arzt für

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

S. Kaliski,

trübere Firma „Baby“

1. Brunnenstrasse 16.

Spezialgeschäft für Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt.

2. Invalidenstr. 160

3. Brunnenstr. 92

4. Reinickendorferstr. 20

5. Frankfurterstr. 115

6. Oranienstr. 31

7. Belle-Alliancestr. 107

8. Tauenzienstr. 7a

9. Besselstr. 18.

Näh- und Stütunterricht, Garantie 5 Jahre.

Vertreter kommt auf Wunsch.

Telephonamt IV 5797



Singer A. 75.00
Ohne Anzahlung
100 wöchentl.
Adler, vcr- und
rückwärts nähend
Wheeler-Wilson.



24/15-2000



Neu, versenkbar.
Ohne Freierhöhung.
Singer B. 100.00
Central-Bobbin 145.00
Bei Barzahlung hoher
Rabatt.



24/15-2000

Das seidene Braut-Kleid

und alle Seiden für Roben, Blusen, Jupons etc. kauft man am vorteilhaftesten direkt im Seiden-Engros-Haus. Nach beendeter Engros-Saison morgen Fortsetzung des Verkaufes zirka 25 000 Meter Seide an Private. Darunter: Reine Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben, glatt und gemustert, jetzt 1,00, 1,50, 2,25 etc. Reineidene Louisines, effektiv gemustert, für elegante Straßen- und Gesellschafts-Roben, jetzt 1,50, 2,25, 2,75 etc. Aparte Blusen- und Jupon-Seiden, Streifen, Schotten, Chinés, jetzt 1,25, 1,50, 2,25 etc. Neuheiten in weiß-schwarz kariert in allen Preislagen. Reineidene schw. Damaste, Merveilleux etc. 15,00, 20,00, 25,00, 30,00 per Robe. Ein Posten weiße schwere Damaste für vornehme Braut-Roben jetzt 1,50, 2,25, 2,50. Prima schw. Taffete für Kleider und Röcke jetzt 1,50, 1,75, 2,25. Rest-Coupons, Wert teilweise bis zirka 4,00, jetzt durchschnittlich 1,00 p. M. — Muster franko! Adresse genau beachten!

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Leipziger-Str. 79, 1 Treppe, am Dönhofsplatz.

Telegramm-Adresse: Seiden-Herzog.

Anzüge Paletots nach Maß

24, 30 und 38 Mark

Unter Garantie des tadellosten Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima modernen Stoffresten Anzüge u. Paletots nach Maß nur zu obigen Preisen.

Keinen Zwang zur Abnahme bei nicht passendem Sitzen. 204/1*

Sonnenscheins Herren-Moden nach Maß. Nur Linden-Straße Nr. 95, 1, neben der Markthalle.

Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.

Telephon Amt IV 5797

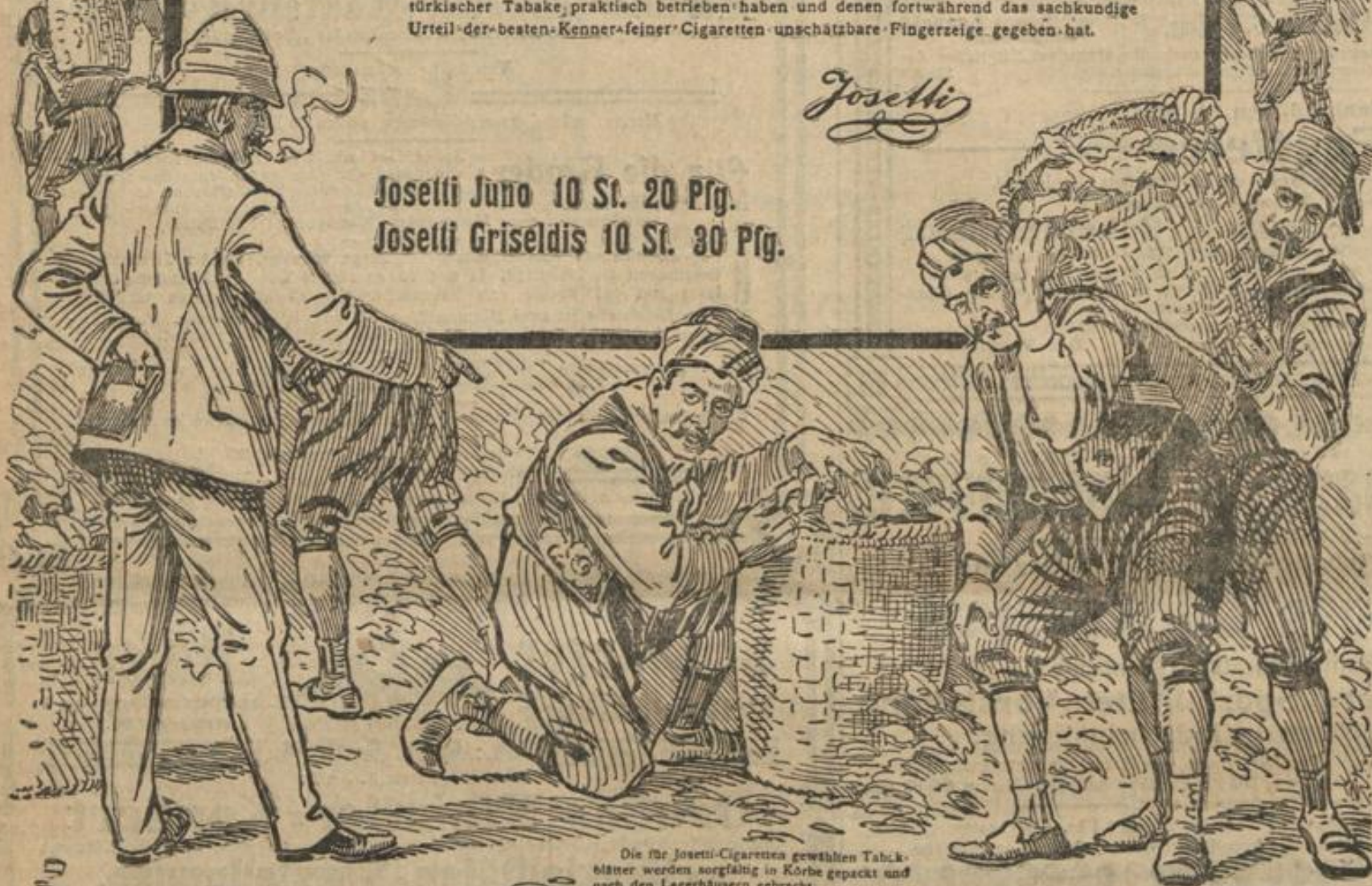
Es ist leicht genug türkische Cigaretten mit mildem Geschmack herzustellen. Dies kann am einfachsten durch Verwendung hoch aromatischer Tabakblätter von mildem Geschmack erreicht werden. Man wird jedoch auf diese Weise eine ganz befriedigende Cigarette von feinsten Qualität nicht herstellen können. Indem man die kräftigsten und leichtesten Tabake, die zu bekommen sind, verwendet, wie dies bei der Herstellung von

JOSETTI CIGARETTEN

der Fall ist, kann man durch sachkundige Zusammenstellung harmonischer Mischungen es ermöglichen, Cigaretten zu erzeugen mit vollsaftigem bouquetreichen Aroma und doch mild und lieblich im Geschmack. Das Geheimnis liegt einzig und allein in der richtigen Zusammenstellung der Mischungen. Es ist unmöglich eine solche zu erreichen, wenn einem nur Erfahrungen, die sich nicht über den Durchschnitt erheben, zur Seite stehen. Wir verfügen über die vereinigten Erfahrungen mehrerer sachverständiger Fachleute, die ein Lebensalter hindurch die Behandlung und Verarbeitung feinsten türkischer Tabake praktisch betrieben haben und denen fortwährend das sachkundige Urteil der besten Kenner feiner Cigaretten unschätzbare Fingerzeige gegeben hat.

Josefetti

Josefetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josefetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Die für Josefetti-Cigaretten gewählten Tabakblätter werden sorgfältig in Körbe gepackt und nach den Lagerhäusern gebracht.

1361L*

Teppichhaus Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158

Erstes Spezialhaus Berlin

für Innendekoration.

Teppiche, Portieren,
Tischdecken, Gardinen,
Stores, Gobelins etc.

Mein neuer, soeben
erschienen

Pracht-Katalog
mit etwa 600 Abbildungen

in künstlerischer Ausstattung
auf Wunsch gratis u. franko.

100%

verdienen Sie beim Einkauf Ihrer
Cigaretten und Zigaretten 20619*
4 Pfg. 1000 St. 20 Pfg. 300 St. 7 Pfg.
5 1000 25 300 9
6 1000 30 300 11
7 1000 35 300 13
8 1000 40 300 14
9 1000 45 300 15
10 1000 50 300 17
1 Pfg. Zigarette 1000 St. 5 Pfg.
2 Pfg. 1000 10
Radnahme. — Berlin franko.
H. Dick, Zigarettenfabrik Schwep-
nitz i. S., Stamenstr. 216.



Deutsche erstklassige Roland-Fahrräder,
Motorräder, Näh-, Landw., Sprech-
und Schreibmaschinen auf Wunsch auf Teil-
zahlung. Anzahlung bei Fahrrädern
20-40 Mk. Abzahlung 7-10 Mk. monatl.
Bei Barzahlung liefern Fahrräder schon
von 30 Mk. an. Fahrradzubehör sehr
billig. Katalog kostenlos.
Roland-Maschinen-Gesellschaft
in Köln 148.

Galvanophone

direkt viel
billiger
und besser als im
Laden
Berlin
Prenzlauerstr. 42 II Hof

Wer — Stoff — hat

fertige Anzüge nach Maß 20 Mk.
Labelloser Stoff, haltbare Futterstoffe
Bei Stofflieferung billige Preise.
Frankfurt, Adersstraße 143,
1362L* Ede Invalidenstraße.

Erfrischend — Durststillend!

Die köstlichsten, erfrischendsten Limonaden, Brause-
limonaden u. Fruchtsyrup bereitet man unverfälscht nur
selbst mittels der
allein echten
Noa's Frucht-Syrup-Extrakte, volle
natürliche Aroma frischer Früchte enthaltend, vorrätig in Himbeer-, Kirsch-,
Erdbeer-, Zitronen-, Pfirsich-, Waldmeister-, Apfelsinen-, Limette etc.,
Preis p. Fl. 50 Pfg. zur Herstellung von 4 Pfd. Frucht-Syrup,
wovon sich das ganze Pfund für u. fertig auf nur 25 Pfg. stellt.
Vorzüglich zu Crème, Speisen, Puddings, Weißbier, Selters etc. Mit
Buderwaffer gemischt, ergibt 1 Fl. Extrakt, Preis 50 Pfg., 15 Str.
wunderbar erquickende Limonade. 1 Glas davon stellt sich auf nur 1 Pfg.
Braurolimonade auf nur 3 Pfg. p. Literflasche.
Noa's Bier-Extrakte mit bestem Malz u. Hopfen zur Bereitung
wohlbekanntlicher, alkoholfreier, groß-
artiger und dabei billiger Handbier. Preis p. Fl. mit einfacher An-
weisung je nach Sorte u. Größe 25, 35, 40, 50 Pfg. je zu
12 1/2 Str., 25 Str. und mehr. Selbstkostenpreis: 1 Fl. Bier 1 1/2 - 2 Pfg.
Noa's Essig-Extrakt vortrefflich zur Bereitung von feinstem
festhaltendem Speise- u. Einmachungs-
Essig 1/2 Fl. 1 Mk., 1/4 Fl. 50 Pfg., Str. 1.60 Mk. ergibt mit 24 Str.
Kaffee = 25 Str. Speiseessig. Herstellungspreis: 1/2 Str. nur 2 Pfg.



Wertvolles Instr. 192seit. Rezeptbuch 11. Auflage, Anleitung zur Bereitung v. Cognac, Rum, allen
Säften, Bieren, Limonaden u. Brauwässern, Selters etc. im Haushalte gratis.
Fabrik u. Max Noa, Berlin, Elsasserstraße 5. das 3. Haus
Verkauf n. Rosenthaler Tor.

Deutsche Bierbrauerei A.-G.

(Gesamtabsatz 1904/05 unserer Interessengemeinschaft 415 114 Hektoliter)
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere 819L*

in Fässern und Flaschen.

Adresse für Faßbier:
Alt Moabit 60.
Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier:
Kaiserin Augusta-Allee 15/16.
Telephon: Amt II, 3066.

Rixdorf,
Otto Bredow, Hermannstr. 56.
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen,
Putz- und Modewaren.

Rixdorf,
Gswald Scholz, Bergstraße 141.
Strawatten, Handschuhe, Bische,
Regenmäntel, Spazierstöcke,
Schirmreparaturen und Bezüge.

„Ein Erfrischungs-Getränk ersten Ranges“
Ist und bleibt die

„Bilz - Brause“

Kein anderes alkoholfreies Getränk hat nur annähernde Riesenerfolge aufzuweisen!



Umsatz 1904
in Berlin
12 Millionen
Flaschen.



Umsatz 1905
in Berlin
20 Millionen
Flaschen.



Besitzer des Sanatoriums I. Ranges Radobenz-Dresden.

Da unter ähnlich klingenden Namen vielfach minderwertige Fabrikate in den Handel gebracht werden,
achte man genau auf das Etikett. Dasselbe trägt außer: **Bildnis und Namenszug von F. E. Bilz**
das gesetzlich geschützte Wortschutzzeichen:

„SINALCO.“

Bilz-Brause ist in allen Restaurants, Cafés, Konditoreien, Speisewirtschaften, Kolonialwarenhand-
lungen etc. zu haben. — Außerdem kann Bilz-Brause durch sämtliche Biergroßhandlungen und
Mineralwasserfabriken zum Preis von Mk. 2.00 pro 30 Flaschen bezogen werden.

Generalvertrieb **OTTO STARICK, Berlin N.O. 18,**
Fernsprecher: Amt 7, No. 1594 und 1006. Landsberger Allee 6-7. Fernsprecher: Amt 7,
No. 1594 und 1006.

Kaufhaus Emil Hoegner Schöneberg

Grünwaldstr. 106
Ecke Akazienstraße.

Manufakturen, Wäsche, Weiß-, Wollwaren, Herren-
Artikel, Berufskleidung, Knaben-Anzüge u. -Mützen,
Mädchenkleider u. -Kopfbedeckungen.

Man verlange Sparmarken.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal Nietzsches Festhalle, Invalidenstr. 84/85, hat den Festtag gewechselt und wird unter dem Namen Rudolf Dettloffs Festhalle weitergeführt.

Achtung, 5. Wahlkreis. Der Wahlkreis begehrt die Feier seines zehnjährigen Bestehens I. durch eine Versammlung, welche am Montag, den 9. Juli, 8 1/2 Uhr abends, im Alten Schützenhaus, Linienstr. 5 stattfindet.

Treptow. Laubentkolonisten, welche den „Vorwärts“ in Treptow und nordöstlich des Rüdigerdorfer Stichamals regelmäßig zugestellt haben wollen, werden ersucht, dies ihrem Expediteur oder der Parteipostition, Treptow, Kieholzstr. 412 im Laden, mitzuteilen.

Schwargendorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr im „Wirtshaus Schwargendorf“, Warnenänderstraße 8 statt.

Friedrichshelde. Die Zahlabende des Wahlvereins finden statt: 1. Bezirk bei Herrn J. Loohe, Luisenstraße 20; 2. Bezirk bei Herrn F. Huberland, Wilhelmstraße 33; 3. und 4. Bezirk bei Herrn G. Schütz, Wilhelmstraße 11; Karlshorst bei Herrn Bruhn, Prinz-Albertstraße 27.

Johannishof, Nieder-Schönebeck und Rudow. Am Dienstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet in Johannishof im Lokale Rittershaus (Inhaber Oscar Meier) eine große Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete des Kreises Teltow-Weesow Bericht über die Tätigkeit des Reichstages erstatten wird.

Waldhof. Am Dienstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kaul, Bismarckstr. 16, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Horst über: „Verbrecherische Staatsmittel“, ferner Kostenbericht vom 2. Quartal sowie Bericht von der Kreis- u. Generalversammlung und Wahl von Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin.

Berliner Nachrichten.

Ein Sonntagsausflug in die Umgebung von Berlin ist für einen Familienvater oftmals kein Vergnügen mehr, wenn er sich mit Frau und Kindern in einen überfüllten Wagnzug drängen muß. Hier hat die Familie erst eine Schwärze durchzumachen, bis sie das ersehnte Ziel erreicht. Fast auf allen Bahnhöfen in Berlin ist das Gedränge des Sonntags gleich groß; nur hier und da findet man mal eine bessere Gelegenheit mitzukommen.

Das sind die „Sommerreisen“ des Berliner Arbeiters, solche Sonntagsausflüge mit Ach und Krach. Er kann nicht ins Gebirge fahren oder an die See, wo er sich einige Wochen dem süßen Nichtstun ergeben kann und in aller Bequemlichkeit die Reise macht, erster oder zweiter Klasse natürlich. Da kann er doch wenigstens verlangen, daß ihm seine kleine Sonntagsfahrt in die Umgebung von Berlin nicht noch verleidet wird.

Zum Prozeß wegen Mutttermordes gegen Jorby. Das freisprechende Urteil gegen Jorby von der furchtbaren Anklage, die eigene Mutter ermordet zu haben, entspricht dem Rechtsbewußtsein, das mit Entschiedenheit fordert und fordert muß, daß niemand verurteilt werde, dessen Schuld nicht klipp und klar erwiesen ist.

Ungeschuldigte, auch die Zeugen werden nicht öffentlich, ohne jede Garantie für ein objektives Verfahren, ja die Zeugen in Abwesenheit des Beschuldigten vernommen. Welche traurigen Wirkungen müssen Zeugenansagen bieten, die durch Einberufen von Personen vor der Polizei oder auf Veranlassung der Polizei oder der Staatsanwaltschaft ohne jegliche Garantie zustande kommen.

Und solch Zeug ist nach unserer Strafprozedur Grundlage eines Prozesses, bei dem es sich um Tod und Leben handelt. Der sogenannte Untersuchungsrichter ist nach der Struktur der Strafprozedur in Wahrheit ja nichts anderes als ein Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft.

Der Jorby-Prozeß hat ferner das völlige Versagen der Polizeibehörden bei Kapitalverbrechen gezeigt. Statt eifrig der Spur des wirklichen Täters nachzuforschen, gehen die Kompetenzbedenken hin und her und man folgt der Spur, über die ein Reporter des Scherblattes auf Hörselagen hin berichtet hat. Wahrscheinlich die volle Dummheit der Polizei zur Aufklärung wirklicher Verbrechen hat sich in diesem Falle wieder einmal offenbart.

Die Ferienspiele für die Schulkinder, die von der Schulverwaltung auf einer Reihe von Schulhöfen an den Wochentagen veranstaltet werden, scheinen diesmal auf einige Hindernisse zu stoßen. Aus dem Südosten der Stadt wird uns mitgeteilt, daß dort die Schulhöfe erst vom 10. Juli ab für diese Spiele freigegeben werden.

Die neue Dranienbrücke in der Mitte des Dranienplatzes ist in ihren Hauptteilen fertig und soll nach Fertigstellung der Beleuchtung dem Verkehr übergeben werden. Das Bauwerk hat eine Breite von 28 Meter zwischen den Brückengelenken, 16 Meter kommen auf den Fahrdamm und je 6 Meter auf die Bürgersteige. Die Brücke ist durchweg aus hellgrünen Werksteinen hergestellt.

Von einem Droschkensperber arg zugerichtet wurde gestern nachmittag der 15jährige Strahenzehner Max Ward aus der Müllerstraße 1. W. hatte in der Potsdamerstraße den Fahrdamm gefegt und wollte eine leerstehende Droschke etwas vorrücken. Er sah das Pferd am Jügel, dabei sah das Tier W. ins Gesicht. Ober- und Unterklippe und auch die Backe wurden dem jungen Rame zerfleischt.

Von einem Postwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern abend der 48 Jahre alte Kaufmann Albert Große aus der Kanitzstr. 96. G. fuhr auf seinem Zweirade den Kurfürstendamm hinunter und an der Ecke der Wilmannsstraße kam ihm plötzlich der Postwagen Nr. 747 in schwarzem Tempo entgegengefahren.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich gestern früh gegen 8 Uhr die 53jährige Ehefrau des Weißflederhändlers W. Aderstr. 28, das Leben genommen. Frau W. war magenleidend und schwache freis in der Brust, bald sterben zu müssen. Diese Angst hatte die Unglückliche bald derart gepackt, daß sie schließlich mit Selbstmordgedanken umging.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag auf dem in der Alten Jakobstr. 23 befindlichen Neubau. Hier stürzte ein nicht auf dem Bau beschäftigter Mann, der wohl jemand besuchen wollte, vom ersten Stock herunter und zog sich nicht unerhebliche innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde mittels Droschke nach dem Krankenhaus gebracht.

Beim Spielen von einem Neubau abgestürzt. Ein schwerer Unglücksfall, der vielleicht noch ein junges Menschenleben fordern wird, hat sich gestern abend in der Schulstraße ereignet. Auf einem dortigen Neubau, an dem gegenwärtig nicht gearbeitet wird, hatten mehrere Schulkinder Versteck gespielt und waren dabei auch an dem Aufhänger hinaufgeklettert. Der 15jährige Schüler Otto Weidner aus der Rudenaderstr. 33 wollte, als er in der dritten Etage angelangt war, einem Spielkameraden auf dem Gerüst ausweichen, verlor jedoch dabei das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe.

Die Sorge ums Brot. Von einem Vergnügungsdampfer ins Wasser gesprungen ist vorgestern nachmittag der 40jährige Kaufmann Karl Holz aus Berlin. Er benutzte den Dampfer „Delphin“ zur Fahrt von Erlner nach Woltersdorfer Schleuse und frang, als sich das Fahrzeug auf dem Flakensee in der Nähe der Eiswerke befand, über das Geländer hinweg in das Wasser. Der Kapitän ließ sofort stoppen und unternahm mit dem Personal Rettungsversuche, die von dem Eisenerstschüler, der sich zufälligerweise mit seinem Rahn in der Nähe der Unfallstelle befand, mit Erfolg unterstützt wurden.

„Der Deserteur“. Mit diesem Roman beginnt soeben der neue Band der in Bogenheften zu 10 Bf. erscheinenden illustrierten Roman-Vibliothek „In freien Stunden“. Der Dichter führt den Leser an die sonnigen Gestade der Bretagne. Weiter und friedlich dehnt sich das blaue Meer und friedlich und heiter scheint sich das Leben hier abzuspielden, bis düstere Wolken die Sonne verhängen und das Meer zu brüllen beginnt. So wie die Natur oftmals plötzlich und unermutet vernichtet, woran sie mühsam lange Zeit gebaut hat, so greift die rauhe Hand des Schicksals auch in das Menschenleben unerbittlich ein und zerstört, was langsam gekeimt, sich eben zur Blüte entfalten will.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Zum Provinzial-Sängerfest in Rathenow am 15. Juli fährt ein Sonderzug ab Berlin (Lehrter Bahnhof) am 14. Juli, abends 8.08 Uhr. Fahrpreis inkl. retour 2.90 M. Um die genaue Anzahl der Teilnehmer festzustellen, und da zu diesem Sonderzuge nur von einer Person sämtliche Fahrkarten gelöst werden müssen, so wollen die Vereine in der nächsten Ausschusssitzung das Fahrgeld für die Mitglieder an den Vorstand entrichten. Weitere Mitteilungen (Rückfahrt usw.) in der Ausschusssitzung. Der Vorstand.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Montagabend pünktlich 9 Uhr, ordentliche Mitgliederversammlung bei Dase, Brunnenstr. 154. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Bestrebungen der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. 2. Mitteilungen des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Genosse Peter vom 4. Wahlkreis bittet die beiden Herren, welche sich am 19. Juni, abends von 11-12 Uhr, im Lokale des Genossen Voigt, Grünauerstr. 3, befanden, in genanntem Lokale ihre Adresse abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

„Fürstenhof“ in Zehlendorf.

Der Nichtbesuch des Lokals „Fürstenhof“ in Zehlendorf ist konsequent durchgeführt. Deshalb Deulen und Zähneklappen seitens des Pächters und der Gemeinde, die bekanntlich verbietet, den „Fürstenhof“ zu sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versammlungen zu benutzen. Mit Erfolg haben unsere Zehlendorfer Genossen aufgefordert, den „Fürstenhof“ nicht zu besuchen. Darauf sind bis jetzt gegen zwei Dugend Strafbefehle wegen vermeintlicher Straßenzugangsübertretung ergangen. Natürlich ist Widerspruch erhoben.

Aber damit war es dem Pächter des „Fürstenhof“ nicht genug. Gestern erhielten 16 Zehlendorfer Genossen einen

Einhaltsbefehl,

der auf Antrag des „Fürstenhof“-Pächters Schwedhelm dahin vom Landgericht II, Zivilkammer, erlassen ist:

„Im Wege der einstweiligen Verfügung wird den Antisozialen unterzagt, weitere Petiten zu vertreiben, in denen aufgefordert wird, den „Fürstenhof“ zu boykottieren, und fern zu sein in der Nähe des „Fürstenhofs“ aufzuhalten, um Gäste von demselben fernzuhalten, bei Anwendung einer Haftstrafe von vierundzwanzig Stunden für jede Zuwiderhandlung.“

Gegen diese merkwürdige einstweilige Verfügung, die anzugeben unterläßt, worauf sie glaubt sich zur Umkehrung des Rechtes der Genossen stützen zu können, die Wahrheit über den „Fürstenhof“ zu verbreiten, sind die erforderlichen Schritte eingeleitet. Zehlendorfer Genossen, die von solcher Verfügung nicht beglückt sind, mögen sich heute am „Fürstenhof“ einfinden.

Jetzt heißt es selbstverständlich erst recht für jeden Arbeiter, der gleichberechtigt sein will und Gleichberechtigung von anderen verlangt:

Das Lokal „Fürstenhof“ in Zehlendorf an der Wanneseebahn besuche ich nicht.

Charlottenburg.

Eine öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beschäftigte sich im Volkshaus mit dem brutalen Akt des bis heute angeblich noch nicht ermittelten Breslauer Handhabers. Der Referent Kollege Geyer kennzeichnet in scharfer Weise das unethische und brutale Vorgehen der Breslauer Polizei im besonderen und das der preussisch-deutschen Polizei im allgemeinen. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages ermahnte der Redner zum Anschluß an die Organisation. Eine Resolution, worin die Versammelten ihrer Entrüstung über jene ruchlose Tat Ausdruck geben und zugleich eine verstärkte Agitation für die Organisation versprochen, wurde einstimmig angenommen. Hietaus führte Genosse Winter noch den Anwesenden die Notwendigkeit des Anschlusses an den Konsumverein vor Augen. Eine in dem Sinne gehaltene Resolution fand gleichfalls einstimmige Annahme. Auch hatten die Ausführungen des Genossen Winter erreicht, daß sich sofort eine Anzahl der Versammelten in den Konsumverein aufnehmen ließen.

Berein Freier Kindergarten. Das zweite Verbot der Vereins ist Anfang Juli zur Ausgabe gelangt und beschäftigt sich mit der Frage: Warum läßt dein Kind?

An dem Kindergarten des Vereins, Charlottenburg, Braudhofstraße 18, konnte infolge der wachsenden Inanspruchnahme der Anstalt die Anstellung einer zweiten Hilfskraft erfolgen. Neuanmeldungen von Kindern werden von 8-1 Uhr im Kindergarten oder bei Frau Toni Suhmann, Berlinerstr. 102, angenommen.

Erwerbsgerichtswahl in Charlottenburg. Arbeiter, Parteigenossen! Infolge der Ungültigkeitserklärung der Erwerbsgerichtswahl vom 29. Januar d. J. im dritten Wahlbezirk durch den Bezirksauschuss in Potsdam, findet am Mittwoch, den 11. Juli, für den dritten Wahlbezirk eine Nachwahl statt. Diese dauert von vormittags 10 bis nachmittags 1 Uhr und von nachmittags 5 bis abends 8 Uhr. Nur wer bis 8 Uhr im Wahllokale anwesend ist, wird zur Abgabe seiner Stimme zugelassen. Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel. Wahlberechtigt sind alle diejenigen Arbeitnehmer, die am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben und im dritten Wahlbezirk Beschäftigung haben oder, wenn sie in Charlottenburg nicht beschäftigt sind, im dritten Wahlbezirk wohnen. Der Bezirk besteht aus 3 Abstimmungsbezirken. Gewählt wird Bezirk A: Tuchhalle der S. G. Gemeindefabrik, Bezirk B: Restauration „Zum Fisch“, Engelstraße 26 und Bezirk C: „Logen-Restaurant“, Dettmerstr. 61, Eingang Kirchhoffstraße. Als Kandidaten fungieren: Otto Schardt, Schlosser; Eduard Pohl, Anschläger; Adolf Schödel, Transportarbeiter.

Arbeiter! Parteigenossen! Wir ersuchen Euch, mit bedeutender Stimmzahl die aufgestellten Kandidaten zu wählen. Auskünfte sind am Wahltag im Bureau des Wahlkomitees, „Volkshaus“, Hofmannstr. 3, vorn, bei Emil Müller zu holen.
Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.
J. A.: Otto Henning, Schlüterstr. 68.

Der Charlottenburger Magistrat teilt folgendes mit: Die Waisenverwaltung in Charlottenburg sucht eine größere Anzahl geeigneter Pflegeeltern für Säuglinge in Charlottenburg selbst, sowie in Berlin und den anliegenden Vororten. Erwünscht sind namentlich Meldungen von Pflegemüttern, die bereit sind, Säuglinge in frühesten Alter unmittelbar nach der Entlassung der Mütter aus der Entbindungsanstalt in Pflege zu nehmen. Meldungen werden baldigt an die Geschäftsstelle der Waisenverwaltung Charlottenburg, im Rathaus, erbeten. Mündliche Auskunft wird dort Erdgeschoss Zimmer 31 täglich von 12—2 Uhr erteilt.

Steglitz.

Eine verwickelte Geschichte. Die kürzlich berichtet, wurde der sozialdemokratische Protest gegen die Gemeindevahlen im ersten Bezirk von der Gemeindevertretung auf Antrag der Wahlprüfungs-Kommission für unbegründet erklärt. Hiermit müssen wir uns vorläufig bescheiden. Jedoch wollen wir eine Feststellung des Kommissionsberichtsstaters Dr. Wehendorf, die jedenfalls zu denken gibt, unseren Lesern nicht vorenthalten. Unser Protest richtete unter anderem auch, daß bei der Stichwahl infolge einer unzulässigen Beschränkung der Öffentlichkeit der Wahlstilles stattgefunden habe, als eine Anzahl Wähler durch Polizeibeamte veranlaßt wurden, sofort nach Stimmabgabe das Wahllokal zu verlassen. In der Gemeindevertretung vom 30. März erklärte der Gemeindevorsteher Wuhrow, der als Wahlvorsteher fungiert hatte, zu diesem Beschwerdepunkte, daß dem Wahlvorstande davon nichts bekannt geworden sei; er habe indessen von dem Polizeikommissar Hoffmann einen Bericht darüber eingefordert. In diesem Bericht, der zur Verlesung gelangte, behauptete der Kommissar, daß a b e n d s dergleichen nicht vorgekommen sei. Hierauf sich stützend, bemerkte Herr Wuhrow, daß also auch dieser Beschwerdepunkt hinfällig sei. Am letzten Freitag führte nun aber Herr Dr. Wehendorf aus, daß die in dem Protest aufgestellte Behauptung der Beschränkung der Öffentlichkeit zugegeben werden müsse; doch sei dadurch niemand das Wahlrecht verliert worden, denn denjenigen Wählern, die angaben, sie hätten noch nicht gewählt, sei ohne weiteres der Zutritt wieder gestattet worden. Die Entfernung der Wähler, die ihre Stimme bereits abgegeben hatten, sei auf Anordnung des Wahlvorstandes erfolgt. Die Öffentlichkeit der Wahl sei nur eine bedingte, und wenn in Rücksicht auf den beschränkten Raum der Wahlvorstand behufs glatter Abwicklung der Wahlgänge eine solche Anordnung erlasse, so handle er im Rahmen seiner Befugnisse. Die juristische Rabulistik des Herrn Dr. Wehendorf interessiert uns hier weniger als die interessante Feststellung, daß die von uns gerügte Beschränkung der Öffentlichkeit tatsächlich stattgefunden hat, und daß sie von dem Wahlvorstand ausdrücklich angeordnet worden ist. Ja, was denn nun? Der Gemeindevorsteher Wuhrow berichtet am 30. März, daß dem Wahlvorsteher Wuhrow und dessen Beisitzern am 14. März nichts von den protestierten Behauptungen bekannt geworden sei, und der Amtsvorsteher Wuhrow läßt sich vorfinden noch durch den Polizeikommissar bestätigen, daß der Gemeindevorsteher Wuhrow recht hat, wenn er den Wahlvorsteher Wuhrow gegen den Vorwurf der Beschränkung der Öffentlichkeit in Schutz nimmt. Jetzt kommt Herr Dr. Wehendorf und sagt mit düren Worten das Gegenteil. Wer hat nun recht?

Zehlendorf.

Echt russisch. Der von der Zehlendorfer Arbeiterschaft gegen das Lokal „Fürstehof“ geführte Boykott läßt die dortige Polizei nicht zur Ruhe kommen. Es genügt schon, daß sich am Bahnhof gegenüber dem „Fürstehof“ zwei Personen etwas erzählen, so kann man sicher sein, daß das einen Hüter der göttlichen Ordnung geradezu nervös macht. Strafmandate von 9 M. sind alsdann eine besondere Vergünstigung. Indes ist es gar nicht Seltenes, daß man einen Boykottposten sifflert und, obwohl er nicht unbekannt ist, ihn einige Stunden auf der Wache behält, wenn nicht gar zehn bis zwölf Stunden ins Spritzenhaus sperrt. Das sind eben Einrichtungen, mit denen sich die steuerzahlenden Bürger Zehlendorfs abfinden müssen.

Unsere Genossen werden jedoch nicht unterlassen, gegen solche Polizeivillkür Befehle einzulegen. Wenn man glaubt, dadurch den Boykott gegen den „Fürstehof“ zu bannen, so befindet man sich sicher auf falscher Fährte. Wehr denn je wird die Zehlendorfer Arbeiterschaft ihre Pflicht erfüllen, d. h. so lange den Kampf führen, bis man sie als gleichberechtigten Faktor betrachtet.

Ober-Schöne-weide.

Jugendspiele. Wie allenthalben, so finden auch für die Ober-Schöne-weider Kinder Jugendspiele statt. Zu diesem Zwecke werden

die Eltern ersucht, heute nachmittags 2 Uhr mit ihren Kindern an den Spielen der freien Turnerschaft teilzunehmen. Treffpunkt ist Edison- und Wilhelmshofstraßen-Ecke. Von da findet der gemeinsame Abmarsch nach dem Spielplatz statt.

Lichtenberg.

Kinderspiele. Unter Leitung eines Mitgliedes der freien Turnerschaft Stralau-Rummelsburg, Abteilung Lichtenberg, finden Kinderspiele für Kinder von 4 bis 14 Jahren an den fünf Ferien-Sonntagen, vom 8. Juli bis 12. August, auf dem Spielplatz des Herrn Giersch, Frankfurter Chaussee 129, von vormittags 8—1 Uhr statt. Treffpunkt 1/8 Uhr an folgenden Sammelplätzen: 1. Frankfurter Allee, Ecke Blumenthalstraße; 2. Frankfurter Chaussee, Ecke Büttelstraße. Regere Beteiligung erwünscht. Anfragen sind an Karl Hoffmann, O. 112, Blumenthalstr. 7, zu richten.

Pankow.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein richtete vor vier Wochen an die Gemeinde das Ersuchen, ihm eine Turnhalle zu überlassen. Auf Grund der Regierungsverfügung vom 22. März 1904, betreffend die Verwendung zu anderen Zwecken als zu denen des öffentlichen Unterrichtes, erklärte sich die Schulkommission und der Kreisschulinspektor für unzuständig, es wurde deshalb das Gesuch dem Landrat des Kreises Nieder-Barnim überwiesen, welcher dem Vorstehenden den nachfolgenden Bescheid zustellen ließ:

Dem an den Gemeindevorstand in Pankow gerichteten Gesuch vom 8. v. M. wegen Ueberlassung der Turnhalle der Gemeindegemeinschaft in der Brunowstraße hat ich nicht in der Lage. Die Turnhalle ist zunächst und ausschließlich für die Volksschule mit ihren 18 Klassen, deren Zahl von Jahr zu Jahr beträchtlich wächst, bestimmt und darf dieser Bestimmung nur insoweit entzogen werden, als es sich mit dem Interesse der Volksschule verträgt. Da nun diese 18 Klassen die Halle nicht allein des Vormittags, sondern auch an den Nachmittagen benutzen, müssen für die sehr nötige Lüftung und Säuberung die Abende freibleiben. Auch kann dem Schuldienste, der im Winter noch die Zentralheizung der Schule bedienen und dementsprechend in dieser Jahreszeit schon vor Tagesanbruch seinen Dienst antreten muß, nicht noch zugemutet werden, die Halle abends nach 10 Uhr zu reinigen, was bei der in Aussicht genommenen Benutzung geschehen müßte. Schließlich erscheint es unzulässig, daß der Verein, welcher sich nicht im Besitz eigener Turngeräte befindet, die der Schule gehörigen Geräte benutzt.

J. A.: von Seidlitz, Regierungsassessor.

An den Vorstehenden des Arbeiter-Turnvereins Pankow
Herrn Maurer Friedrich Sasse in Pankow.

Diese garte Rücksichtnahme auf die Ueberanstrengung des Schuldieners wirkt um so lächerlicher, als man weiß, daß die Herren von der Regierung sich sonst verdammt wenig um die Befolgung und Arbeitsleistung der von der Gemeinde besoldeten Schuldiener kümmern. Der fernere Einwand, daß der Turnverein sich nicht im Besitz eigener Turngeräte befindet, kann nur erheiternd wirken, indem der in Frage kommende Turnverein für die Benutzung bezahlt hätte. Die Turngeräte sind Eigentum der Gemeinde und haben unserer Auffassung nach die Steuerzahler ein Anrecht auf die Benutzung der Geräte.

Man sollte doch nicht derartige Ausreden gebrauchen, sondern einfach sagen: den Arbeiter-Turnvereinen verweigern wir die öffentlichen Turnräume, wir treiben zwar die jugendlichen Turner in Restaurationen, wo sie schließlich trinken müssen, aber der Staat ist gerettet.

Unsere Gemeindevorsteher werden nunmehr den Antrag stellen, dem Arbeiter-Turnverein die Turnhalle der Realschule zu öffnen, da dort schon seit Jahren verschiedene Turnvereine unbehindert turnen.

Sollte wider Erwarten der Antrag abgelehnt werden, so werden unsere Genossen den Antrag stellen, eine Gemeindegemeinschaft nebst Spielplatz zu erbauen, da eine dergleiche Einrichtung nicht den Schulbestimmungen unterliegt.

Spandau.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung vor den Ferien am Donnerstag hatte noch eine Tagesordnung von 33 Nummern, sowie vier dringliche Vorlagen zu erledigen. Der schwache Besuch dieser Sitzung (von der sozialdemokratischen Fraktion war nur ein Mitglied anwesend) ließ schon auf große Ferienstimmung schließen. Es wäre doch aber zu wünschen gewesen, daß unsere Fraktion stärker vertreten war, zumal der Neubau einer Gemeindegemeinschaft vorlag, wobei unsere Fraktion hinsichtlich der Einrichtung von Draußenbädern in dieser Schule Anträge stellen und vertreten konnte. Es muß das Fehlen fast aller Mitglieder der schon nicht starken sozialdemokratischen Fraktion unbedingt gerügt werden. Von den vier dringlichen Vorlagen betraf die eine die Beschickung des Fortstages zu Danzig durch den Oberförster und zwei Deputationsmitglieder. Die Versammlung setzte der Reiselust infolge einen kleinen Dampfer auf, als sie nur die Mittel für den Oberförster und ein Deputationsmitglied bewilligte. Die zweite Vorlage betrifft die Festsetzung der

Wasserklinie der Seeresstraße, die dritte einen Grundstücksverkauf. Diese beiden Vorlagen werden debattelos genehmigt. Ebenso die vierte Vorlage, die die Herstellung der Zufahrtsstraße zum neuen Vorortbahnhof von der Stadt auszuführen verlangt. Auch dieser stimmte die Versammlung zu. Der anwesende Genosse Köppl nahm zu der Vorlage keine Stellung. Es wäre aber erwünscht gewesen, wenn die sozialdemokratische Fraktion den Antrag hätte stellen können, die Kosten der Straße von den 700 000 M., welche die Stadt als Kosten zu den Bahnbauten bewilligt, in Abzug zu bringen. Insofern ist das Fehlen unserer Genossen auch zu bedauern.

Den Finalabschluß für 1905 behandelt dann die erste Nummer der Tagesordnung. Nach diesem Abschluß hat sich für das Jahr 1905 ein Gesamtüberschuß von 308 465,65 M. ergeben. Nach der Vorlage sollen von den Ueberschüssen aus der stammereifasse überwiesen werden: 11 000 M. dem Straßenregulierungsfonds, 25 000 M. dem Baufonds einer Turnhalle, 8070,56 M. dem Grundstücks-erwerbungs-fonds, 75 000 M. sollen für das Etatsjahr 1907 vorgetragen werden. Der Rest von 125 000 M. soll einem zu bildenden Steuerangleichsfonds und die Ueberschüsse der Gasfasse und der Elektrizitätsfasse den Reservefonds dieser Kassen überwiesen werden. Die Versammlung kam jedoch noch zu keinem definitiven Resultat über diese Vorlage; der Vorsitzende Schröder ist nämlich mit der Verteilung der Ueberschüsse nicht einverstanden. Er will, daß 139 970 M. für das Etatsjahr 1907 vorgetragen werden, um eine Herabsetzung der Steuerzuschläge herbeizuführen. Die Versammlung vertagte schließlich die Vorlage auf sechs Monate. Da der Referent Stadtverordneter Thomas hervorgehoben, daß der Grundbesitz den Löwenanteil zu diesen Ueberschüssen beigetragen, so steht zu befürchten, daß bei der eventuellen Steuererleichterung die Grundbesitzer versuchen, den Löwenanteil zu erringen, und werden unsere Genossen scharf darüber zu wachen haben, daß dieses verhindert wird.

Die zweite Vorlage betrifft die Genehmigung des Projekts für den Neubau eines Schulhauses für die zweite Gemeindegemeinschaft an der Volkstetrasse neben der Realschule und Bewilligung der Mittel mit 320 000 M. Die Mittel sollen durch eine 3/4—4 proz. Anleihe mit 2 proz. Amortisation beschafft werden. Für dieses Schulhaus soll auch gleich eine Doppeltturnhalle gebaut werden. Die eine davon gehört zur 2. Gemeindegemeinschaft, die andere, die sogenannte Jubiläumsturnhalle soll für allgemeine Benutzung freigegeben werden. Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung der Vorlage zu. Es wird ja unseren Genossen wohl noch Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche bezüglich der Benutzung der Jubiläumsturnhalle zum Vortrag zu bringen, daß nämlich auch den hiesigen Turnvereinen unterschiedslos die Benutzung der Halle zur Verfügung gestellt wird.

Erwähnenswert ist noch, daß für den verbindlichen katholischen Religionsunterricht der geborenen Schulen noch 300 M. gefordert werden. 500 M. hatte die Versammlung hierzu bereits bewilligt, da aber der Unterricht vom Priester und vom Kaplan erteilt wird, so waren die 500 M. nicht ausreichend. Man sieht, auch die Diener der christlichen Kirche wissen den weltlichen Mammmon zu schätzen und da der Appetit gewöhnlich beim Essen kommt und die Kirche sowie ihre Diener, wie man sagt, einen guten Magen haben, so dürfte man sich auch nicht wundern, wenn über kurz oder lang noch eine diesbezügliche Mehrforderung kommt. Die Versammlung bewilligte selbstverständlich auch diese 300 M. aus dem Steuersäckel, zu dem auch eine große Anzahl Personen beitragen, die von der Kirche und ihren Dienern nichts wissen wollen.

Die übrigen Vorlagen wurden meist debattelos genehmigt.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Engelhardt, ob die A. E. G. denn schon dem Verträge bezüglich des Ankaufes der Straßenbahn seitens der Stadt zugestimmt, erwidert Bürgermeister Wolf, daß dies bis auf einige unwesentliche Kleinigkeiten geschehen sei und die endgültige Ratifizierung des Vertrages demnächst erfolgen werde.

Potsdam.

Der Wahlverein nahm in seiner Sitzung vom 4. Juli den Massenbericht für das 2. Quartal d. J. entgegen. Die Einnahme betrug 433,48 M., die Ausgabe 374,08 M., Bestand 59,40 M. — Unter Hinweis auf den ungenügenden Massenbestand richtete der Vorsitzende die Lausheit der Genossen, die dazu beigetragen habe, daß die in letzter Zeit vom Wahlverein arrangierten Veranstaltungen sämtlich mit einem Defizit abschloßen. Rüge der Appell des Genossen Staab an die Pflichterfüllung der Parteigenossen den gewünschten und notwendigen Erfolg zeitigen. — Zur re i d g e n e r a l v e r s a m l u n g wurde ein Antrag angenommen, daß die Broschüre über den politischen Massenstreik im ganzen Wahlkreis gratis verteilt werden soll. — Eine längere Debatte entpanden sich noch bei dem Punkt „Stiftungs-fest“. Beschlossen wurde schließlich, das Stiftungs-fest am 28. August im „Vitoria-garten“ zu feiern.

Singereisen sei noch auf das am 5. August stattfindende Stiftungs-fest unseres benachbarten Brudervereins in Bornim-Vornstedt, sowie auf die Dampfperle der Vektoren Genossen, welche am kommenden Sonntag (8. Juli) nach Potsdam kommen und mittags zwischen 11 und 12 Uhr am „Kietwit“ anlegen.

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Stralauer Bezirk).
Bezirk 177b.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Genosse, der Zimmerer
Friedrich Puttenat
wohnhaft Simon Dachstraße 1
(früher: Rastauerstraße 28)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag,
den 9. Juli, nachmittags
3 Uhr, vom Trauerhause,
Simon Dachstraße aus nach dem
Thomas-Kirchhof in Nikdorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige
Nachricht, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater und Schwieger-
vater, der Zimmerer
Friedrich Puttenat
plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet Montag,
nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-
hause, Simon Dachstr. 1, nach dem
Thomas-Kirchhof in Nikdorf,
Hermannstraße, statt.
Um stille Beileid bitten
die trauernden Hinterbliebenen.

Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
(Bezirk 8.)
Allen Kameraden hiermit zur
Nachricht, daß unser Mitglied
Otto Fabian
durch Abitur tödlich verunglückt ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Wilmersdorfer Kirch-
hofes, Berlinerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.
254/18

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Zimmerer.
(E. S. R. 2, Hamburg.)
Bezirk 3.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Zimmerer
Wilhelm Stange,
Gubenerstraße 13 wohnhaft, am
5. Juli 1906 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Juli, nachmittags
3 Uhr, vom Trauerhause
Gubenerstraße 13 aus nach dem
St. Marienkirchhof in Wilhelm-
berg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
257/17

Für die überaus herzliche Teilnahme
und herrlichen Kranzspenden beim
Beitgang meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters, des Koch-
machermeisters
Wilhelm Kummer
sagen wir allen lieben Verwandten,
Freunden und Bekannten, sowie der
Kochmacher-Innung unseren tief-
gefühlten Dank.
Die trauernde Witwe:
Auguste Kummer nebst
Familie.
Berlin O., Frankfurter Allee 58.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden bei der
Beerdigung unseres lieben Vaters
und Schwiegervaters
Hermann Malzahn
sagen wir allen Freunden und Kol-
legen, die ihm das letzte Geleit ge-
geben, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zentral-Kranken- und
Sterbekasse der Zimmerer.
(E. H. No. 2, Hamburg.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Zimmerer
Friedrich Puttenat
Simon Dachstr. 1 wohnhaft, am
4. Juli verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 9. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Thomas-
Kirchhof, Hermannstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand, Bezirk V.

Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
(Bezirk 5.)
Allen Kameraden hiermit zur
Nachricht, daß unser langjähriges
Mitglied
Friedrich Puttenat
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mont-
tag, den 9. Juli, nachmittags
3 Uhr, vom Trauerhause Simon
Dachstraße 1 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau, unsere
gute Schwelger und Schwiegerin
Emma Gutte
geb. Bocke
nach langen schweren Leiden am
6. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr,
im Alter von 45 Jahren sanft
entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Montag,
den 9. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des städti-
schen Friedhofes in Friedrichs-
feld, 2864b
Um stille Teilnahme bittet im
Namen der Hinterbliebenen
Der trauernde Gatte
Wilhelm Gutte.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Hiermit zur Nachricht, daß
die Ehefrau unseres Bundes-
mitgliedes
Berta Glagow
aus dem Klub „Freiweg I“ am
4. Juli verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes
in der Wagstraße aus statt.
Der Vorstand.

BREUER'S Festsäle
„Zur Königshank“
Gr. Frankfurterstr. 117. X Inh. Curt Breuer. X Amt Villa, 8142
Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Gesam-
träume zur Abhaltung von **Versammlungen** und **Festsitzungen** jeder Art
zu den kulantesten Bedingungen.
Um recht regen Zutritt bittet [16292*] Curt Breuer, Galtwirt.

Trinkt **Brand's Brause**
alkoholfrei wohlschmeckend

Generalvertrieb für Berlin W., SW. und die westlichen Vororte
V. Stabinski, Wilmersdorf-Berlin W.,
Badenschestr. 18. Tel. Amt Wi. No. 444.

Jedes **Jenensia-Rad**
ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teillzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder 96.—, Sozial-Luxus-, Freilauf, mit 100.—
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.